



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie



Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht März 2014

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:

20. Februar 2014

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), Bundesregierung/
Bergmann (S. 2), Deutsche Messe (S. 5), GHM Gesellschaft
für Handwerksmessen mbH (S. 6), Doug Armand – Getty
Images (S. 11), Ingo Bartussek – Fotolia (S. 18), Zweite
Verordnung zur Änderung der Energieeinsparverordnung
(S. 21), Ingo Bartussek – Fotolia (S. 23), SusanneB –
iStockphoto (S. 24), Europäische Kommission (S. 27),
MP2 – Fotolia (S. 28), Rawpixel – iStockphoto (S. 31),
digitalskillet – iStockphoto (S. 35)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen	4
Auf einen Blick	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage	9
Der Jahreswirtschaftsbericht 2014	11
Ohne Energieeffizienz keine Energiewende	18
Die EU-Ökodesign-Richtlinie: weniger ist oft mehr	23
Demografiestrategie und Fachkräftesicherung für die deutsche Wirtschaft	31
II. Wirtschaftliche Lage	37
Internationale Wirtschaftsentwicklung	38
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	40
III. Übersichten und Grafiken	51
1. Gesamtwirtschaft	52
2. Produzierendes Gewerbe	60
3. Privater Konsum	68
4. Außenwirtschaft	70
5. Arbeitsmarkt	72
6. Preise	74
7. Monetäre Entwicklung	78
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse	80
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben	82

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser!

Der Jahreswirtschaftsbericht 2014 der Bundesregierung, den wir Ihnen im Rahmen dieser Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ vorstellen, hat eine ganz einfache Botschaft: Er ist ein Dokument der ausgestreckten Hand! Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit, Zusammenarbeit, Zusammenhalt und Sozialpartnerschaft sind die Bausteine, aus denen sich die Soziale Marktwirtschaft heute zusammensetzen muss. Dafür stehen wir.

Die Soziale Marktwirtschaft gehört zu den besten Traditionen der deutschen Geschichte. Sie hat sich nicht zuletzt in den Erschütterungen der Finanzmarktkrise glänzend bewährt. Deshalb trägt der Jahreswirtschaftsbericht den Titel „Soziale Marktwirtschaft heute – Impulse für Wachstum und Zusammenhalt“. Wir wollen damit eine gute Tradition für die Zukunft fruchtbar machen: Die Wirtschaftspolitik als Angebot an engagierte Unternehmer, an Handwerk und Mittelstand ebenso wie an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das Wirtschaftsministerium steht damit als Haus der Wirtschaft Unternehmern wie auch den Gewerkschaften offen. Denn sie alle sind Stützpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft.

Der Jahreswirtschaftsbericht 2014 zeigt deutlich: Die deutsche Wirtschaft befindet sich auf einem soliden Wachstumskurs. Die Beschäftigung nimmt weiter zu und wird in diesem Jahr eine neue Rekordmarke erreichen. Deutschland kann damit zum Motor der wirtschaftlichen Erholung in Europa werden. Für dieses Jahr geht die Bundesregierung von einer Zunahme der Wirtschaftsleistung in Deutschland von real 1,8 Prozent aus. Das Wachstum wird dabei von der Binnenwirtschaft getragen. Dies trägt zusammen mit den notwendigen Reformen in den Krisenländern dazu bei, dass sich der deutsche Leistungsbilanz-

überschuss in diesem Jahr zurückbildet und sich die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa ein Stück weit abbauen.

Doch die günstige konjunkturelle Lage darf uns nicht den Blick darauf verstellen, dass Deutschland vor großen und unbewältigten Herausforderungen steht: Das Investitionsniveau ist im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich. Die Dynamik der Unternehmensgründungen, insbesondere in technologienahen Bereichen, ist rückläufig. Die Umsetzung von Forschungsergebnissen in industrielle Prozesse dauert zu lange. Wir haben einen im internationalen Vergleich großen Niedriglohnsektor und eine zu hohe Zahl an atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Und der demografische Wandel führt nicht nur in den neuen Ländern zu einem erheblichen Fachkräftemangel.

Wir wollen diesen Herausforderungen im intensiven Dialog und in einer vertrauensvollen Kooperation mit Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften gemeinsam begegnen. Wir müssen dabei die veraltete Politik der falschen Alternativen überwinden: Staat oder Markt, Nachfrage oder Angebot, Konsolidierung oder Wachstum, Industrie oder Umwelt, Flexibilität oder Sicherheit sind nur scheinbare Gegensätze. Wir werden hierzu die Politik der nächsten Jahre ganz konkret an fünf „I's“ ausrichten:

- ▶ Investitionen: Wir stoßen Investitionen durch Unternehmen und die öffentlichen Haushalte an. Ziel ist eine Investitionsquote, die oberhalb des Durchschnitts der OECD-Länder liegt.
- ▶ Innovationen: Wir verfolgen eine gestaltende Industriepolitik. Sie orientiert sich an Leitmärkten und Leittechnologien des 21. Jahrhunderts, stellt wissenschaftliche Infrastrukturen bereit, um diese zu unterstützen, und verbessert die Umsetzung von Innovationen.

- ▶ Infrastrukturen: Mit einer Investitionsoffensive in den Zukunftsfeldern Digitales und Verkehr wollen wir Deutschland zukunftsfähig erhalten. Wir werden daher die Verkehrsinvestitionen erhöhen und den Breitbandausbau vorantreiben.
- ▶ Internationalisierung: Wir wollen die deutschen Unternehmen – vor allem KMU – beim Handel mit wachstumsstarken internationalen Märkten unterstützen. Deutschland muss zudem als Standort für ausländische Investitionen noch attraktiver werden.
- ▶ Integration aller Qualifizierungsreserven: Fachkräfte bestimmen auch, wie stark in Deutschland investiert wird. Wir müssen daher die Qualifizierungsreserven im Inland nutzen: Dazu gehört etwa, die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss und die Abbrecherquote in der Lehre zu verringern sowie Menschen unter 35 Jahren ohne Berufsabschluss eine zweite Chance zu eröffnen. Zudem ist und bleibt Zuwanderung notwendig, um den deutschen Fachkräftebedarf zu decken.

Auf diese Weise kann es uns gelingen, die Soziale Marktwirtschaft neu mit Leben zu füllen, nachhaltigen Fortschritt zu sichern und den Wohlstand und den sozialen Zusammenhalt in Deutschland zu stärken.

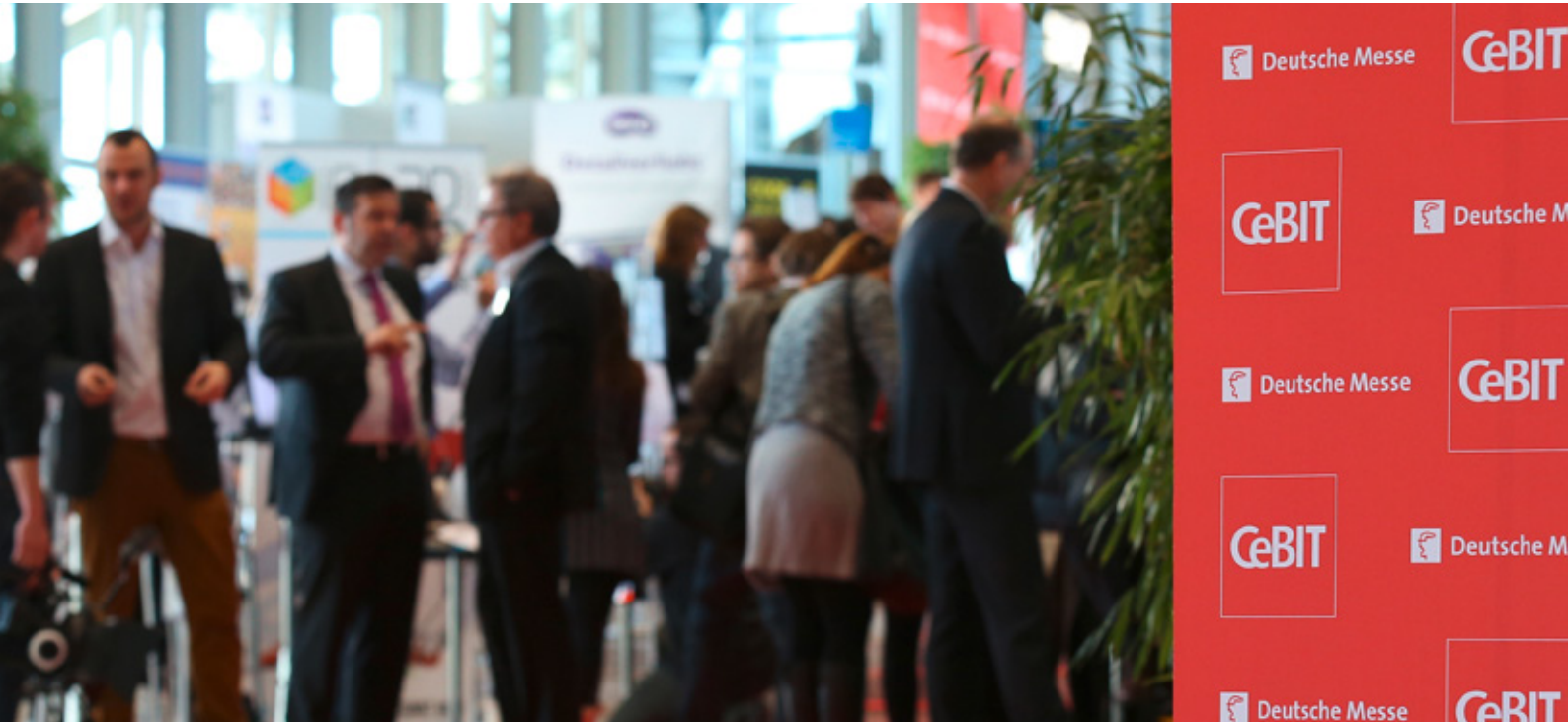
Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Das BMWi auf der CeBIT 2014



Die CeBIT findet vom 10. bis 14. März in Hannover statt und steht unter dem Leitthema „Datability“. Dahinter verbirgt sich die Verknüpfung von Big Data und Sustainability (Nachhaltigkeit). Datability steht laut CeBIT für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Verarbeitung großer Datenmengen. Das diesjährige Partnerland der CeBIT ist Großbritannien.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) ist wie in den Vorjahren auf der größten IT-Messe der Welt mit einem eigenen Messestand in Halle 9 vertreten. Das BMWi will dort mit Herstellern und Anwendern von IT, aber auch mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen. Wir werden über Fördermöglichkeiten und Technologieprogramme für Cloud Computing, Big Data und Industrie 4.0 informieren sowie intelligente IT-Lösungen für den Energiebereich und die Heimvernetzung vorstellen. Am Stand des BMWi werden auch die Gewinner des „Gründerwettbewerb – IKT Innovativ“ ausgezeichnet. Ehemalige Preisträger des Wettbewerbs können sich auf dem BMWi-Stand präsentieren. Unter dem Motto „IT-Sicherheit ist KEIN Spiel“ informiert die Initiative „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ auf dem BMWi-Stand über praktische Angebote und Hilfestellungen für kleine und mittlere Unternehmen. So steht

insbesondere ein kostenloser Webseiten-Check im Mittelpunkt, mit dem Unternehmen ihre Internetauftritte auf Schadsoftware wie Viren und Trojaner überprüfen lassen können. Ein Rahmenprogramm mit einem Live-Hacking soll die Besucher für das Thema IT-Sicherheit sensibilisieren.

Bundesminister Gabriel wird die CeBIT besuchen und Gespräche mit Ausstellern und Besuchern zur Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft führen. Die Bundesregierung entwickelt derzeit Eckpunkte einer Digitalen Agenda, die die sichere Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen soll. Ein wichtiger Punkt ist die Stärkung der jungen digitalen Wirtschaft. Das zeigt sich auch auf der CeBIT: Für junge IT-Unternehmen hat die CeBIT eine komplette Messehalle eingerichtet, in der sich Startups der Initiative CODE_n präsentieren. Am 10. März findet dort auch der Young IT Day des BMWi mit Minister Gabriel statt. Zu einer Digitalen Agenda gehören auch die Modernisierung und Vernetzung der Infrastrukturen für Energie und Verkehr durch IT und Internet. Eckpunkte einer „Strategie Intelligente Netze“ wird Bundesminister Gabriel auch am 10. März auf der CeBIT am Stand des BMWi vorstellen.

Große Chancen sieht das BMWi im Markt für intelligente Heimvernetzung. Der Umsatz im Bereich Smart Home soll im Zeitraum 2015 bis 2025 von 2,3 auf 19 Milliarden Euro ansteigen. Industrie, Handwerk und Wohnungswirtschaft werden am Stand des BMWi eine gemeinsame Erklärung zur zeitgemäßen informationstechnischen Infrastruktur im Neubau bzw. bei der Kernsanierung präsentieren. Anwendungen wie „Ich habe meinen Herd nicht ausgeschaltet, verlasse das Haus und werde über mein Smartphone auf den nicht ausgeschalteten Herd hingewiesen“ sind heutzutage keine Fiktion mehr – sie sind umsetzbar. Durch Smartphones und Tablets haben viele von uns mittlerweile auch schon eine potenzielle Schnittstelle zum Smart Home und seinen Anwendungen griffbereit.

Internationale Handwerksmesse 2014 mit BMWi

Vom 12. bis 18. März 2014 findet in München die Internationale Handwerksmesse 2014 (IHM) statt. Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, wird die Messe eröffnen. Der wirtschaftliche Hintergrund der Messe ist erfreulich und die Stimmung im Handwerk ist gut. Der Zentralverband des deutschen Handwerks erwartet für das Jahr 2014 eine positive wirtschaftliche Entwicklung mit einem Wachstum der Handwerksumsätze von bis zu zwei Prozent und einer Zunahme der Beschäftigung um rund 25.000 Personen. Das deutsche Handwerk stellt mit mehr als einer Million Betrieben, 5,3 Millionen Beschäftigten und über 400.000 Auszubildenden eine wichtige Säule der deutschen Wirtschaft dar.

Mehr als 1.000 Aussteller aus Deutschland und aus über 30 Staaten präsentieren die Vielfalt ihrer handwerklichen Leistungen auf der Messe. Sie steht unter dem Motto „Können kennt keine Grenzen“. Durch das Motto wird das besondere Qualifikationsniveau des deutschen Handwerks hervorgehoben. Aussteller und Institutionen zeigen, dass das Handwerk nicht nur für die Qualifizierung sorgt, sondern auch für Qualität und Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes steht.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ist wie in den Vorjahren mit einem großen Gemeinschaftsstand in der Halle C 2 vertreten. Das Schwerpunktthema in diesem Jahr heißt Handwerk für den Menschen – Gesundheitsberufe im Handwerk. Neben den Exponaten im Gesundheitshandwerk können sich die Besucher der IHM 2014 über Förderprogramme und Initiativen des BMWi informieren. Vor Ort sind Experten von der Förderberatung, der BMWi-Initiative „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“, des Bundesam-

Weitere Informationen zum Messestand des BMWi sowie zu den einzelnen Veranstaltungen auf der CeBIT finden Sie unter:



http://bit.ly/BMWi_CeBIT

Kontakt: Bernd Neujahr
Referat: Grundsatzfragen der Informationsgesellschaft und der IT-Wirtschaft



tes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) und von der Germany Trade and Invest (GTAI) GmbH. Auch die Verbraucherzentrale Bayern und die Energieberatung durch den Zentralverband Deutscher Schornsteinfeger werden vertreten sein. Ein Live-Hacking soll die Besucher für das Thema IT-Sicherheit sensibilisieren.

Zu Gast auf der IHM werden auch die europäischen KMU-Botschafter sein. Dabei handelt es sich um ein 2011 gegründetes Netzwerk aus Regierungsvertretern und Mitgliedern europäischer Dachverbände. Es setzt sich für die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen und damit auch des Handwerks auf europäischer Ebene ein. Ein wichtiges Thema auf europäischer Ebene ist auch die Sicherung des Fachkräftebedarfs und die gleichzeitige Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit in vielen EU-Ländern. Die duale Ausbildung, wie sie auch im Handwerk in Deutschland gelebt wird, hat hier inzwischen Vorbildcharakter.



Weitere Informationen unter
http://bit.ly/BMWi_IHM

Kontakt: Joachim Garrecht
Referat: Handwerk, Industrie- und Handelskammern

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

März 2014	
04.03.	Energieministerrat in Brüssel
10./11.03.	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
11.03.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
20.03.	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
20./21.03.	Europäischer Rat in Brüssel
April 2014	
01./02.04.	Informeller ECOFIN in Athen
09.04.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
11.-13.04.	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington
15.04.	Frühjahrsprojektion der Bundesregierung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
24./25.04.	Informeller Wettbewerbsfähigkeitsrat
28.04.	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Mai 2014	
05./06.05.	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
06.-08.05.	Steuerschätzung in Berlin
08.05.	Handelsministerrat in Brüssel
12.05.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
15./16.05.	Europäischer Rat in Brüssel
26./27.05.	Wettbewerbsfähigkeitsrat

In eigener Sache: die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:

<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>



Überblick über die wirtschaftliche Lage¹

- ▶ Die Weichen für einen soliden, stetigen Aufschwung in Deutschland im Jahr 2014 sind gestellt.
- ▶ Im Jahresschlussquartal hat sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts leicht beschleunigt.
- ▶ Das Produzierende Gewerbe verzeichnete im vierten Quartal deutliche Produktionszuwächse; auch Auftragseingänge und Geschäftsklima entwickeln sich positiv.
- ▶ Unter Ausschaltung von Saisoneinflüssen hat die Erwerbstätigkeit weiter zugenommen und die Arbeitslosigkeit ist weiter zurückgegangen.

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs. Die gesamtwirtschaftliche Leistung hat sich im Jahresschlussquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt weiter um 0,4% gegenüber dem Vorquartal erhöht.² Nach der Stagnation im ersten Quartal 2013 knüpfte es damit an das Wachstum im zweiten (+0,7%) und dritten Quartal (+0,3%) an. Das Bruttoinlandsprodukt nahm im Jahresdurchschnitt 2013 um 0,4% zu. Impulse kamen im vierten Quartal vom Außenhandel, da sich die Exporte besser entwickelten als die Importe. Die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten belebten sich ebenfalls. Die staatlichen Konsumausgaben nahmen demgegenüber nicht weiter zu, die privaten Konsumausgaben schwächten sich nach den kräftigen Anstiegen in den beiden Vorquartalen geringfügig ab. Dämpfend auf die Bruttowertschöpfung wirkte, dass ein Teil der Nachfrage durch Vorratsabbau und nicht aus laufender Produktion bedient wurde.

Für das laufende Jahr 2014 sind die Weichen für einen soliden und stetigen Aufschwung gestellt, der an Breite gewinnt. Er wird vor allem von der Binnennachfrage getragen. Die Konsumausgaben werden weiter zunehmen und die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten werden sich spürbar beschleunigen. Insgesamt erwartet die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion 2014 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,8%.

Die Weltwirtschaft hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres leicht belebt. Ihre konjunkturellen Perspektiven hellen sich allmählich weiter auf. Die Verunsicherung an den Finanzmärkten hat sich zurückgebildet. Strukturelle Probleme sowohl im Bereich der Finanzmärkte als auch in der Realwirtschaft bestehen aber vielerorts fort. Die notwendigen Anpassungsprozesse dämpfen noch die wirtschaftliche Dynamik. Auch bleiben die Entwicklungen in den einzelnen Ländern und Regionen heterogen. Die stärkeren Wachstumsimpulse kommen derzeit aus den Industrieländern, während die Schwellenländer nicht an das starke Wachstumstempo der vorangegangenen Jahre anknüpfen können. In einigen von ihnen hat zudem ein Abfluss von ausländischem Finanzkapital eingesetzt, der die nationalen Währungen unter Abwertungsdruck setzt und strukturellen Reformbedarf offenlegt.

Die Erholung der Weltwirtschaft verbessert die Perspektiven für die deutschen Warenexporte. Trotz leichtem Rückgang im Dezember (-0,9%)³ sind die Ausfuhren zum Jahresende im Trend wieder leicht aufwärtsgerichtet. Die nominalen Einfuhren von Waren schwächten sich im Dezember um 0,6% ab und setzten damit ihren Seitwärtstrend fort. Dämpfend wirkte dabei der Rückgang der Einfuhrpreise. Die Handels- und Leistungsbilanzen wiesen im Dezember einen etwas höheren Überschuss aus als vor einem Jahr. Die Zunahme der Auslandsbestellungen und die hohen Exporterwartungen der Unternehmen bestätigen, dass sich die Aussichten für die deutsche Exportwirtschaft aufhellen.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist im Dezember leicht um 0,6% zurückgegangen, nachdem sie im Monat zuvor um 2,4% zugenommen hatte. Bei einem geringen Anstieg der Erzeugung im Baugewerbe wirkte vor allem die Abschwächung der Industrie- und Energieproduktion dämpfend. Im vierten Quartal insgesamt lag die Industrieproduktion aber deutlich um 0,6% über dem Ergebnis des dritten Quartals. Die Industrie blieb damit die konjunkturell treibende Kraft. Dagegen entwickelte sich der Bau nach dem recht starken dritten Quartal vergleichsweise schwach (-0,8%). Angesichts der in den letzten Monaten insgesamt lebhaften Bestelltätigkeit in der Industrie und im Bauhauptgewerbe bleiben die Aussichten für das Produzierende Gewerbe aber positiv. Diese Einschätzung ist auch durch

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 17. Februar 2014 vorlagen.

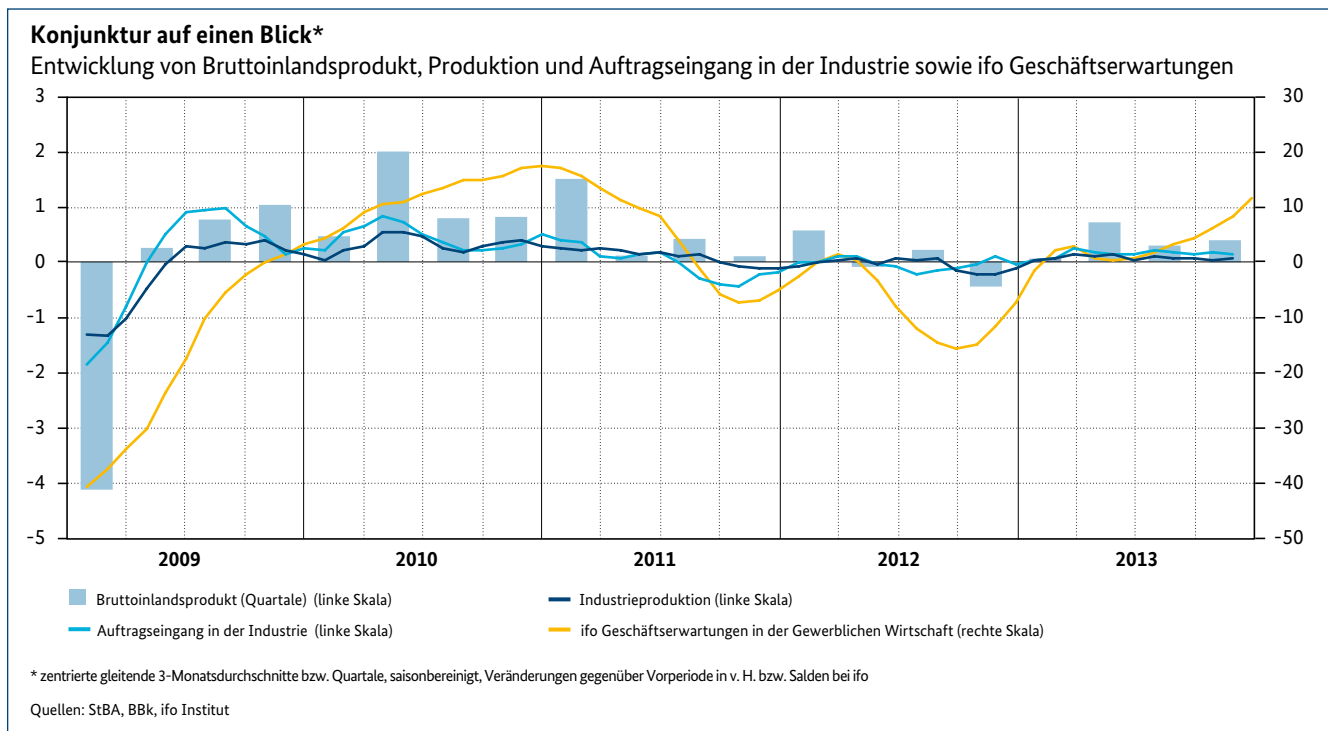
2 Laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 14. Februar 2014. Die ausführliche Meldung zum Bruttoinlandsprodukt für das vierte Quartal 2013 wird vom Statistischen Bundesamt am 25. Februar 2014 veröffentlicht.

3 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Angaben.

die einschlägigen Stimmungsindikatoren unterlegt, die sich im Januar teilweise deutlich verbesserten.

Die Rahmenbedingungen für den privaten Konsum bleiben günstig. Gleichwohl zeigte die Umsatzentwicklung im Einzelhandel ein noch recht gemischtes Muster. Während sich die Einzelhandelsumsätze im engeren Sinne, d. h. ohne den Handel mit Kraftfahrzeugen, im vierten Quartal schwächer entwickelten, weist der Kfz-Handel (Stand November 2013) einen klaren Aufwärtstrend auf. Der ifo Geschäftsklimaindikator signalisiert weiterhin Zuversicht bei den Unternehmen. Zunehmend optimistischer zeigen sich zu Beginn dieses Jahres die Konsumenten. Das GfK-Konsumklima verbesserte sich im Februar weiter deutlich. Steigende Einkommen, ein ruhiges Preisklima und ein sich festigender Aufschwung in Deutschland stärken das Vertrauen und sorgen für eine merklich wachsende Anschaffungsneigung bei geringerer Sparneigung.

Der Arbeitsmarkt zeigte zum Jahreswechsel weiterhin eine erfreuliche Entwicklung. Saisonbereinigt setzte sich der Beschäftigungsaufbau spürbar fort. Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit ging den zweiten Monat in Folge zurück. Dabei wurde die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Januar durch die relativ milde Witterung und eine etwas stärkere Entlastungswirkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik unterstützt. Nach den Ursprungszahlen gab es im Dezember 42,06 Millionen Erwerbstätige. Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Januar jahreszeitlich bedingt auf 3,136 Millionen Personen. Das Vorjahresniveau wurde erstmals seit über einem Jahr wieder leicht unterschritten. Angesichts der sich abzeichnenden konjunkturellen Belebung bleiben die Perspektiven für den Arbeitsmarkt positiv.



Der Jahreswirtschaftsbericht 2014

Soziale Marktwirtschaft heute – Impulse für Wachstum und Zusammenhalt

Das Bundeskabinett hat am 12. Februar 2014 den Jahreswirtschaftsbericht 2014 der Bundesregierung beschlossen. Sie erwartet im Jahresdurchschnitt ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,8 Prozent. Unter dem Titel „Soziale Marktwirtschaft heute – Impulse für Wachstum und Beschäftigung“ zeigt der Bericht, wie es gelingen kann, nachhaltigen Fortschritt zu sichern und Wohlstand und sozialen Zusammenhalt in Deutschland zu stärken. Mit einer modernen und praxisnahen Wirtschaftspolitik strebt die Bundesregierung neue Impulse des Dialogs, der Kooperation und der vertrauensvollen Sozialpartnerschaft an.



Soziale Marktwirtschaft heute – Strategie für nachhaltigen Fortschritt, Wachstum und Beschäftigung

Das Bundeskabinett hat am 12. Februar 2014 den Jahreswirtschaftsbericht 2014 der Bundesregierung beschlossen. Er trägt den Titel „Soziale Marktwirtschaft heute – Impulse für Wachstum und Beschäftigung“.

Die Bundesregierung beschreibt darin das Ziel, die Grundlagen für Wohlstand, gesellschaftlichen Zusammenhalt und hohe Lebensqualität in Deutschland zu sichern und auszubauen. Eine Bedingung hierfür ist dauerhaftes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit sozialer Verantwortung und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verknüpft. Das setzt eine

starke Binnendynamik und ein attraktives Investitionsumfeld, internationale Wettbewerbsfähigkeit und Exportstärke sowie gute Beschäftigungs- und Teilhabemöglichkeiten voraus.

Die Bundesregierung setzt auf **Zukunftsinvestitionen** mit dem Ziel, eine Investitionsquote mindestens im Durchschnitt der OECD-Länder zu erreichen. Sie setzt auf **Innovationen** und Forschung, auf leistungsfähige Infrastrukturen vor allem in den Bereichen Verkehr, Informations- und Kommunikationstechnologie, auf die **Integration von Arbeitskräften** und nicht zuletzt auf die weitere **Internationalisierung** der deutschen Wirtschaft mit der besonderen Aufgabe, kleinen und mittelständischen Unternehmen den Weg auf wachstumsstarke globale Märkte zu ebnet. Dazu gilt es, unproduktive Blockaden durch eine moderne und

praxisnahe Wirtschaftspolitik zu überwinden. Oft nur scheinbare Gegensätze zwischen Markt und Staat, Wachstum und Nachhaltigkeit, Investitionen und soliden Haushalten, Industrie und Ökologie oder internationale Wettbewerbsfähigkeit und gute Arbeit gilt es aufzulösen.

Die Bundesregierung strebt neue Impulse des Dialogs, der Kooperation und der vertrauensvollen Sozialpartnerschaft an. Kompass ist dabei, die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern, zu vitalisieren und zu aktualisieren. Nur auf dieser Grundlage kann es gelingen, die Herausforderungen der kommenden Jahre zu bewältigen und Wohlstand sowie sozialen Zusammenhalt in Deutschland zu stärken.

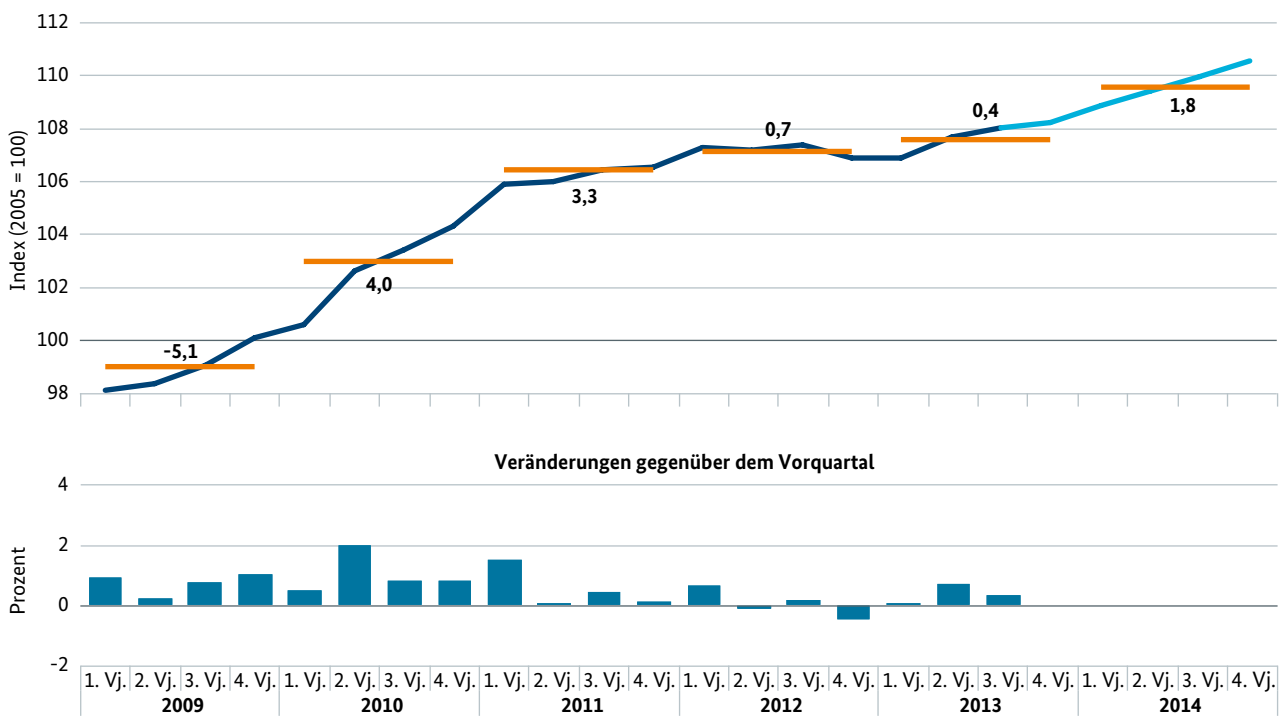
Bruttoinlandsprodukt wächst um 1,8 Prozent

Wie im Jahreswirtschaftsbericht 2013 projiziert, hat das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2013 um 0,4 Prozent zugenommen. Nach einer witterungsbedingten Schwächephase im Winterhalbjahr 2012/13 ist die deutsche Wirtschaft auf einen stabilen Erholungskurs eingeschwenkt.

Die konjunkturelle Dynamik war im Verlauf des Jahres 2013 erheblich höher als im Jahr zuvor. Von Schlussquartal zu Schlussquartal stieg die Wirtschaftsleistung mit einer Verlaufsrate von 1,2 Prozent (2012 0,3 Prozent). Dies entsprach in etwa dem Potenzialwachstum.

Für das Jahr 2014 geht die Bundesregierung von einer jahresdurchschnittlichen Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 1,8 Prozent aus. Die solide konjunkturelle Grunddynamik zeigt sich in einer breit angelegten und stetigen Aufwärtsbewegung. Dies spiegelt sich in der Verlaufsrate wider, die mit 2,0 Prozent nochmals kräftiger ausfällt als im vergangenen Jahr. Damit mündet die gesamtwirtschaftliche Erholung in diesem Jahr in einen Aufschwung auf breiter Basis ein. Auch die Stimmungsindikatoren deuten darauf hin, dass Verbraucher und Unternehmen auf eine positive Konjunktorentwicklung vertrauen. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland liegt damit voraussichtlich abermals deutlich über dem Durchschnitt des Euroraums. Das Wachstum in diesem Jahr wird von binnenwirtschaftlichen Kräften getragen.

Abbildung 1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland (preisbereinigt)



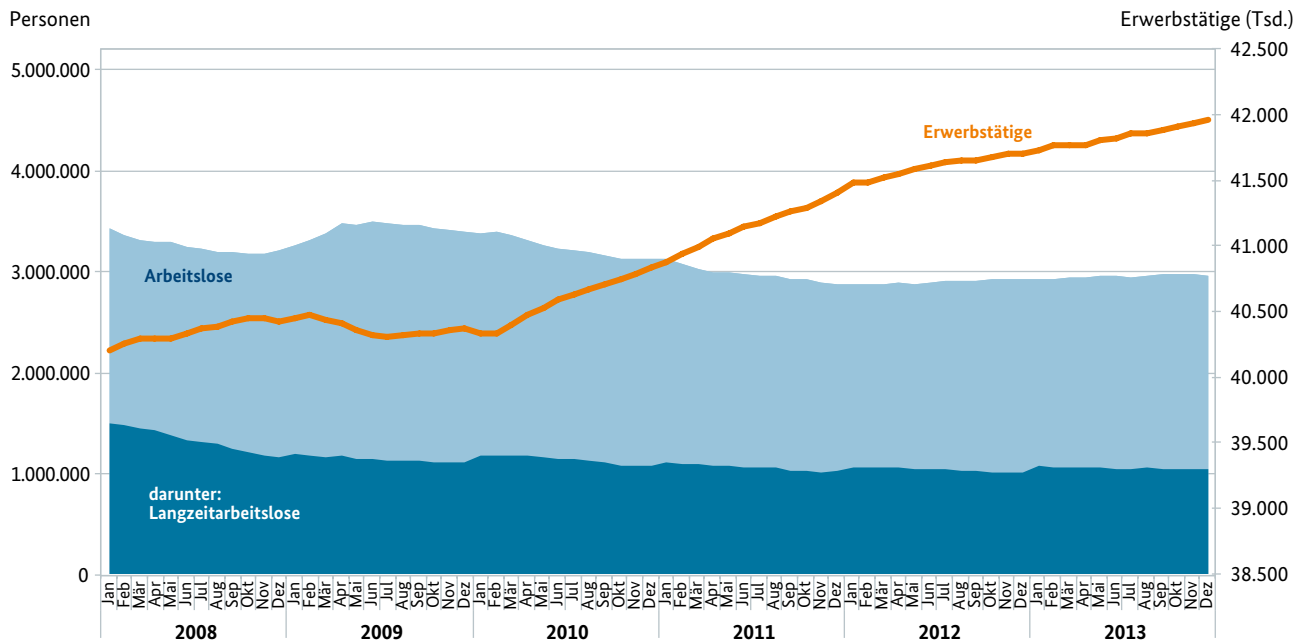
Linie blau: Verlauf vierteljährlich, in Preisen des Vorjahres, saison- und kalenderbereinigt
 Linien orange: Jahresdurchschnitte, in Preisen des Vorjahres; Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent
 Balken blau: Veränderungen in Prozent, saison- und kalenderbereinigt

Quelle: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bis 3. Quartal 2013 Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Eine zentrale Rolle hierfür spielt die gute Entwicklung des Arbeitsmarkts, der auf einen weiteren Beschäftigungsrekord zusteuert. Die Erwerbstätigkeit steigt in diesem Jahr

um 240.000 Personen auf nunmehr 42,1 Millionen. Die positiven Wachstums- und Gewinnaussichten der Unternehmen lassen Beschäftigung und Löhne steigen.

Abbildung 2: Arbeitslose und Erwerbstätige in Deutschland



Arbeitslose: saisonbereinigte Werte; Langzeitarbeitslose: Ursprungswerte
Erwerbstätige: Inlandskonzept, saisonbereinigte Werte (rechte Skala)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt

Übersicht 1: Ausgewählte Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland¹

	2012	2013	Jahresprojektion 2014
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent, soweit nicht anders angegeben			
BIP (preisbereinigt)	0,7	0,4	1,8
Erwerbstätige (im Inland)	1,1	0,6	0,6
Arbeitslosenquote in Prozent (Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) ²	6,8	6,9	6,8
Verwendung des BIP preisbereinigt (real)			
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	0,8	0,9	1,4
Ausrüstungen	-4,0	-2,2	4,0
Bauten	-1,4	-0,3	3,2
Inlandsnachfrage	-0,3	0,7	2,0
Exporte	3,2	0,6	4,1
Importe	1,4	1,3	5,0
Außenbeitrag (Impuls) ³	0,9	-0,3	-0,1
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (nominal)	2,9	2,3	2,7

1 Bis 2013 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 2014;

2 Bezogen auf alle Erwerbspersonen;

3 Absolute Veränderung des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP).

Angesichts der günstigen Rahmenbedingungen weiten die privaten Haushalte ihre Ausgaben für Konsum und Wohnungsbau spürbar aus. Höhere Ausrüstungsinvestitionen und zunehmende Exporte stimulieren aufgrund ihres hohen Importanteils von über 40 Prozent zugleich auch die deutschen Einfuhren. Die Importe werden in diesem Jahr stärker zunehmen als die Exporte. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss wird dadurch reduziert. Steigende Importe sowie zunehmende Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen tragen gemeinsam mit den notwendigen Strukturreformen in den Krisenländern zur wirtschaftlichen Erholung in Europa bei.

Öffentliche Finanzen solide gestalten

Die Bundesregierung setzt sich das Ziel, die Neuverschuldung zu stoppen und die Schuldenstandsquote nachhaltig zu senken. Zentral hierfür ist es, den erfolgreichen Konsolidierungskurs fortzuführen.

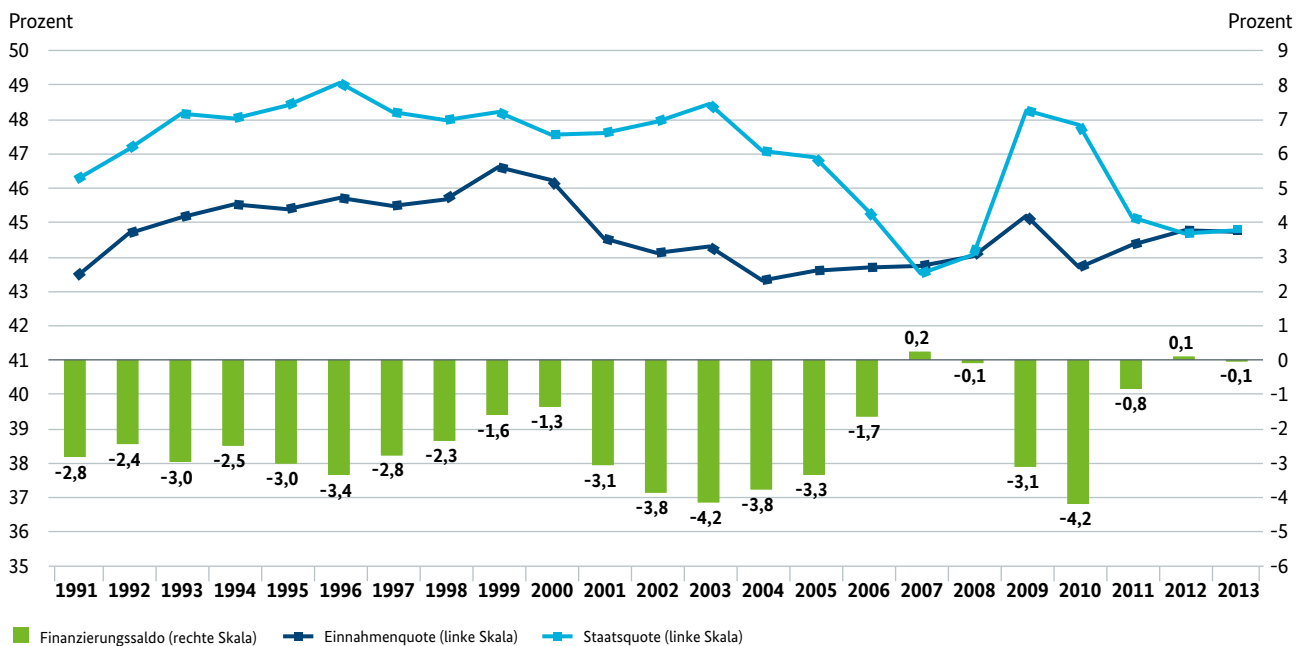
Der Staat erreichte 2013 zum zweiten Mal in Folge einen annähernd ausgeglichenen Haushalt. Im laufenden Jahr wird der Staatshaushalt erneut annähernd ausgeglichen sein und

strukturell einen leichten Überschuss erzielen. Alle auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene eingegangenen haushaltspolitischen Verpflichtungen werden so erfüllt.

Der Bundeshaushalt hat wesentlichen Anteil an der positiven Entwicklung der öffentlichen Finanzen insgesamt. Geleitet von klaren haushaltspolitischen Grundsätzen wird die Bundesregierung die Konsolidierung des Bundeshaushalts fortführen. So soll – über die Legislaturperiode gerechnet – das Wachstum der Ausgaben das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts möglichst nicht übersteigen.

Der Bund hält die Vorgaben der Schuldenregel ein. Die Bundesregierung wird Einnahmen und Ausgaben so gestalten, dass der Haushalt dieses Jahr strukturell ausgeglichen ist und ab dem kommenden Jahr der Bundeshaushalt ohne Nettokreditaufnahme aufgestellt wird. Gleichzeitig wird die Bundesregierung auf der Ausgabenseite klare Prioritäten setzen und Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur stärken. Der Bund trägt damit wesentlich zur geplanten Absenkung der gesamtstaatlichen Schuldenstandsquote auf unter 70 Prozent des BIP bis Ende 2017 und auf unter 60 Prozent des BIP innerhalb von zehn Jahren bei.

Abbildung 3: Ausgaben, Einnahmen und Maastricht-Finanzierungssaldo des Staates (in Prozent des BIP)



1995: Ohne die Vermögenstransfers der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungsbaununternehmen der DDR. Inklusive dieses Effekts belief sich das gesamtstaatliche Defizit auf 9,5% des BIP.
 2000: Ohne UMTS-Erlöse. Inklusive dieses Effekts wies der Staatshaushalt einen Überschuss in Höhe von 1,1% des BIP auf.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Die Bundesregierung will Steuerflucht und -vermeidung eindämmen. Sie arbeitet hierzu aktiv mit ihren europäischen und internationalen Partnern in der OECD-Initiative Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) zusammen. Soweit sich die Ziele im Rahmen dieser Initiative bis 2015 nicht realisieren lassen, wird die Bundesregierung nationale Maßnahmen ergreifen.

Für gute Arbeit und soziale Sicherheit

Der Arbeitsmarkt ist derzeit aufnahmefähig wie selten zuvor und eröffnet Chancen für Menschen, die bisher noch nicht an dieser positiven Entwicklung teilhaben konnten. Zugleich hat sich jedoch der niedrig entlohnte Sektor seit den 90er Jahren in problematischer Weise ausgeweitet. Die Bundesregierung will deshalb die Rahmenbedingungen für sichere und gute Arbeit mit einer fairen Bezahlung und für eine starke Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern und Gewerkschaften anpassen. Mit einem allgemeinverbindlichen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro brutto je Zeitsunde soll ein angemessener Mindestschutz überall in Deutschland sichergestellt werden. Die Bundesregierung korrigiert durch eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt soziale Verwerfungen, die durch den Strukturwandel der Arbeit, aber auch durch den teilweisen Missbrauch von Instrumenten wie der Arbeitnehmerüberlassung oder durch Werkvertragsgestaltungen entstanden sind. Sie wird die Arbeitnehmerüberlassung auf ihre Kernfunktionen hin orientieren.

Die Menschen sollen sich auf die sozialen Sicherungssysteme auch im Alter verlassen können. Die Bundesregierung will deshalb die Lebensleistungen sowie eine langjährige Beitragszahlung in die Rentenkasse stärker würdigen. Daher ermöglicht sie erstens langjährig Beschäftigten einen um zwei Jahre früheren abschlagsfreien Rentenzugang nach 45 Beitragsjahren. Zweitens wird die Erziehungsleistung der Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, mit einem zusätzlichen Entgelt pro Kind in der gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigt.

Investitionen, Wettbewerb und ein dynamischer Mittelstand für eine zukunftsfähige Wirtschaft

Deutschlands Stärken liegen in einer mittelständisch geprägten Wirtschaft, deren Kern auch weiterhin eine moderne, dynamische Industrie ist. Hemmnisse bei der Mittelstandsfinanzierung müssen abgebaut werden. Ein wichtiger

Punkt wird sein, die „klassische“ Mittelstandsfinanzierung über Sparkassen, Volks- und Genossenschaftsbanken, Privatbanken und Förderbanken sowie Bürgschaftsbanken sicherzustellen.

Die Bundesregierung steht zum integrierten Konzern DB AG. Sie wird durch eine Eisenbahnregulierung mit Augenmaß Transparenz und einen diskriminierungsfreien Marktzugang sichern. Dies trägt auch zur nachhaltigen Finanzierung der Bahninfrastruktur bei. Diese ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und bleibt in der Hand des Bundes.

Im Vergaberecht sollte die Möglichkeit, soziale und ökologische Aspekte im Einklang mit dem Wirtschaftlichkeitsgrundsatz zu berücksichtigen, gestärkt werden. Die Bundesregierung wird zudem prüfen, inwieweit – unter Beachtung des Europarechts – auf Bundesebene Regelungen getroffen werden können, die die Vergabe öffentlicher Aufträge von der Einhaltung allgemeinverbindlicher Tarifverträge abhängig machen.

Mit Innovationen und Infrastruktur den Standort Deutschland stärken

Die Bundesregierung wird verstärkt in Infrastruktur investieren und die Bedingungen für eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur verbessern. Ein wettbewerbsfähiges Innovationsumfeld sowie eine moderne Infrastruktur sind zudem zentrale Voraussetzungen für leistungsfähige Unternehmen und gesamtwirtschaftliches Wachstum in Deutschland. Die Bundesregierung setzt sowohl auf mehr Investitionen der öffentlichen Hand als auch auf bessere Rahmenbedingungen für private Investitionen. Für dringend notwendige Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur werden in den nächsten vier Jahren insgesamt fünf Milliarden Euro zusätzlich bereitgestellt, die vorrangig in den Erhalt fließen sollen. Die Bundesregierung wird zudem eine umfassende Digitale Agenda 2014–2017 beschließen und gemeinsam mit Wirtschaft, Tarifpartnern, Zivilgesellschaft und Wissenschaft umsetzen.

Den Erfolg der Energiewende sichern

Die Bundesregierung wird die Energiewende konsequent fortführen. Leitschnur ist dabei das „energiepolitische Dreieck“ aus den gleichrangigen Zielen Klima- und Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. Bei ihrer weiteren Umsetzung müssen Kosteneffizienz, Wirt-

schaftlichkeit, Planbarkeit und Verlässlichkeit stärker beachtet werden.

Die Bundesregierung setzt sich für einen nachhaltigen, stetigen und bezahlbaren Ausbau sowie eine weitere Markt- und Systemintegration der erneuerbaren Energien ein. Sie wird bis Ostern 2014 einen Vorschlag für eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vorlegen, mit der die bisherige Kostendynamik des EEG durchbrochen und so die Steigerung der Stromkosten für Stromverbraucher begrenzt werden soll. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu sichern, hält die Bundesregierung an der Besonderen Ausgleichsregelung fest.

Die Bundesregierung erstellt 2014 einen Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz, der die Ziele für die verschiedenen Bereiche, die Instrumente, die Finanzierung und die Verantwortung der einzelnen Akteure zusammenfasst.

Europa auf dem Weg zur Wachstums- und Stabilitätsunion

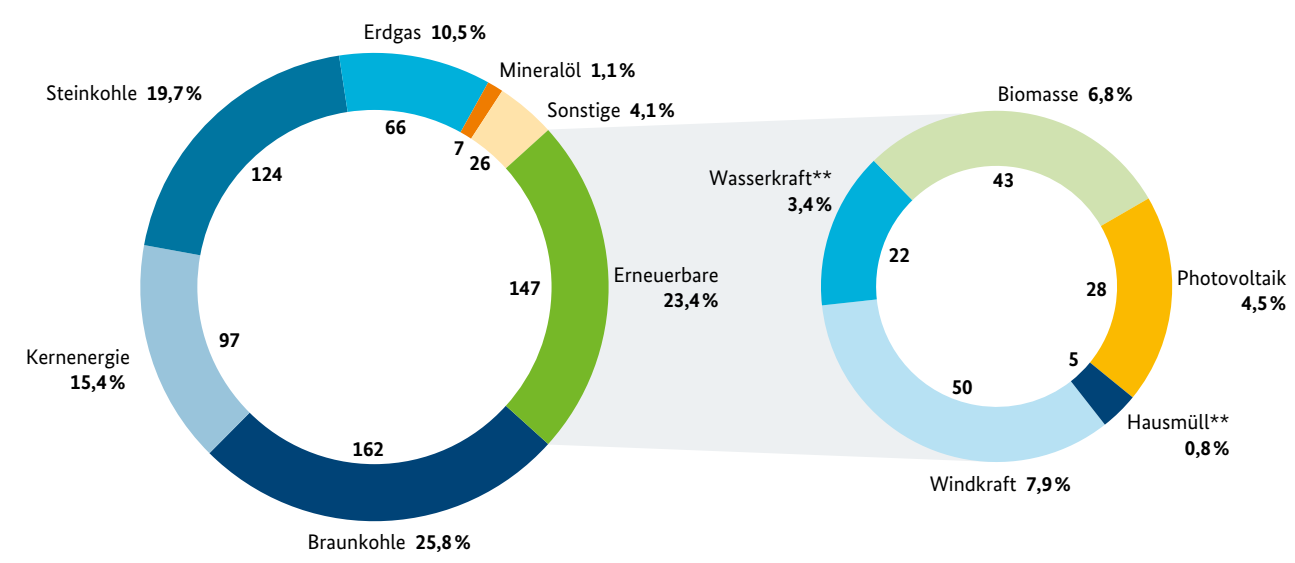
In Europa mehren sich die Zeichen einer wirtschaftlichen Erholung. Dies ist – neben den Maßnahmen auf europäischer Ebene – den erheblichen Reformanstrengungen in den

Programmländern zu verdanken, aber auch der unterstützenden Politik der EZB. Dennoch ist die Krise nicht überwunden. Damit Europa dauerhaft einen Weg aus der Krise findet, ist ein umfassender politischer Ansatz erforderlich, der Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und eine strikte, nachhaltige Haushaltskonsolidierung mit Zukunftsinvestitionen in Wachstum und Beschäftigung in sozial ausgewogener Weise verbindet. So muss der im Juni 2012 vom Europäischen Rat beschlossene Pakt für Wachstum und Beschäftigung entschlossen umgesetzt werden.

Die Bundesregierung setzt sich gemeinsam mit den europäischen Partnern dafür ein, unter Einhaltung der Vorgaben des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakts wirtschaftliche Ungleichgewichte abzubauen. In Deutschland werden hierzu die binnenwirtschaftliche Dynamik mit weiterem Beschäftigungsanstieg, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die Orientierung von Zeit- und Leiharbeit auf ihre Kernfunktionen, angemessene Rahmenbedingungen für eine verantwortungsvolle Tarifpolitik sowie die Stärkung von Investitionen beitragen.

Die Bundesregierung setzt sich außerdem weiterhin mit Nachdruck dafür ein, dass eine Finanztransaktionssteuer im Wege der Verstärkten Zusammenarbeit in der EU mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz zügig umgesetzt wird.

Abbildung 4: Bruttostromerzeugung in Deutschland 2013 (insgesamt 629 TWh*)



* vorläufig ** regenerativer Anteil
 Quelle: AG Energiebilanzen, Stand: Dezember 2013

Eine dienende Funktion der Finanzmärkte

Auch „systemrelevante“ Banken müssen in Zukunft aus dem Markt ausscheiden können. Die Bundesregierung hat sich daher für klare europaweite Abwicklungsregeln und eine klare Haftungskaskade eingesetzt: Verluste müssen danach zunächst von der Bank und deren Anteilseignern, dann von ihren Gläubigern getragen werden. Für darüber hinaus bestehenden Finanzierungsbedarf müssen von den Banken gespeiste Abwicklungsfonds geschaffen werden. Sollten die Mittel des Privatsektors nicht ausreichen und Steuergelder für die Abwicklung einer Bank erforderlich werden, so sind staatliche Mittel zunächst vom jeweiligen Mitgliedstaat aufzubringen. Eine direkte Rekapitalisierung von Banken aus dem ESM kommt aus Sicht der Bundesregierung nur in Betracht, wenn zuvor alle anderen Mittel ausgeschöpft worden sind.

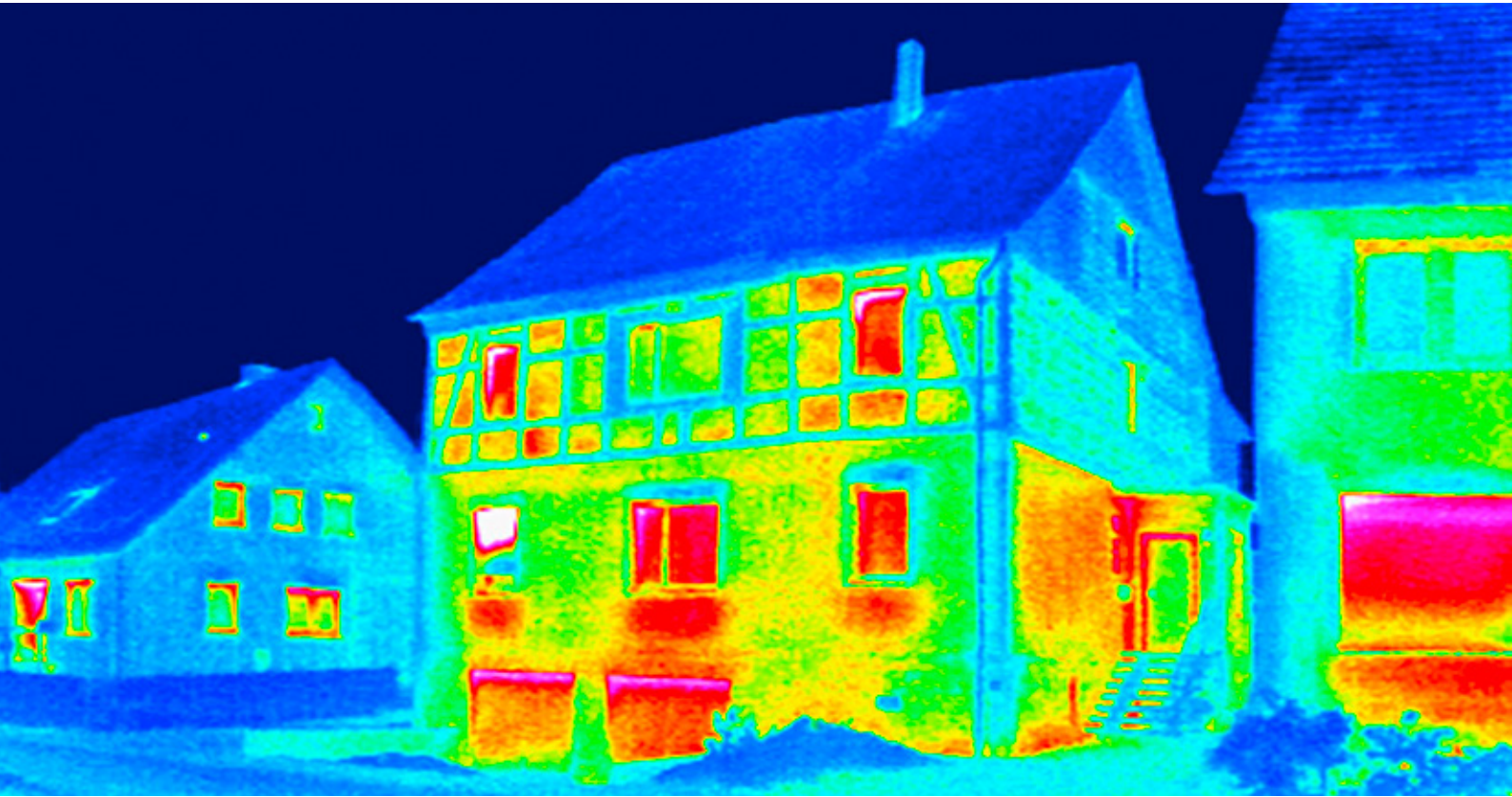


Der Jahreswirtschaftsbericht 2014 im Internet:
<http://bit.ly/JWB2014>

Kontakt: Dr. Markus Utsch
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

Ohne Energieeffizienz keine Energiewende

Energie, die nicht verbraucht wird, muss auch nicht produziert, transportiert und bezahlt werden. Obwohl Deutschland in Sachen Energieeffizienz im internationalen Vergleich zu den Vorreitern gehört, bestehen weiterhin in allen Verbrauchssektoren große Einsparpotenziale. Weil Energiekosten weltweit eine immer größere Rolle spielen, bietet Energieeffizienz gleichzeitig große Marktchancen für innovative Unternehmen aus Deutschland.



Energieeffizienz als zweite Säule der Energiewende

Deutschland hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt, um das große gesamtgesellschaftliche Projekt eines Umbaus der deutschen Energieversorgung zum Erfolg zu führen. Bis zum Jahr 2020 sollen die Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent sinken. In Zukunft soll Energie vorwiegend aus erneuerbaren Quellen erzeugt werden: Der Anteil der Erneuerbaren Energien soll bis 2025 40 bis 45 Prozent betragen, bis zum Jahr 2035 sogar zwischen 55 und 60 Prozent. Der stufenweise Ausstieg aus der Atomenergie bis 2022 ist gesetzlich festgelegt. Gleichzeitig soll die Energiewende den Wohlstand in Deutschland nicht gefährden. Deutschland muss als erfolgreicher Wirtschafts- und Industriestandort erhalten bleiben. Deshalb stehen die Ziele der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung gleichrangig neben den

Klimaschutzziele. Energieeffizienz trägt zu allen Zielen dieses Energiepolitischen Dreiecks gleichermaßen bei.



Deutschland hat schon viel erreicht ...

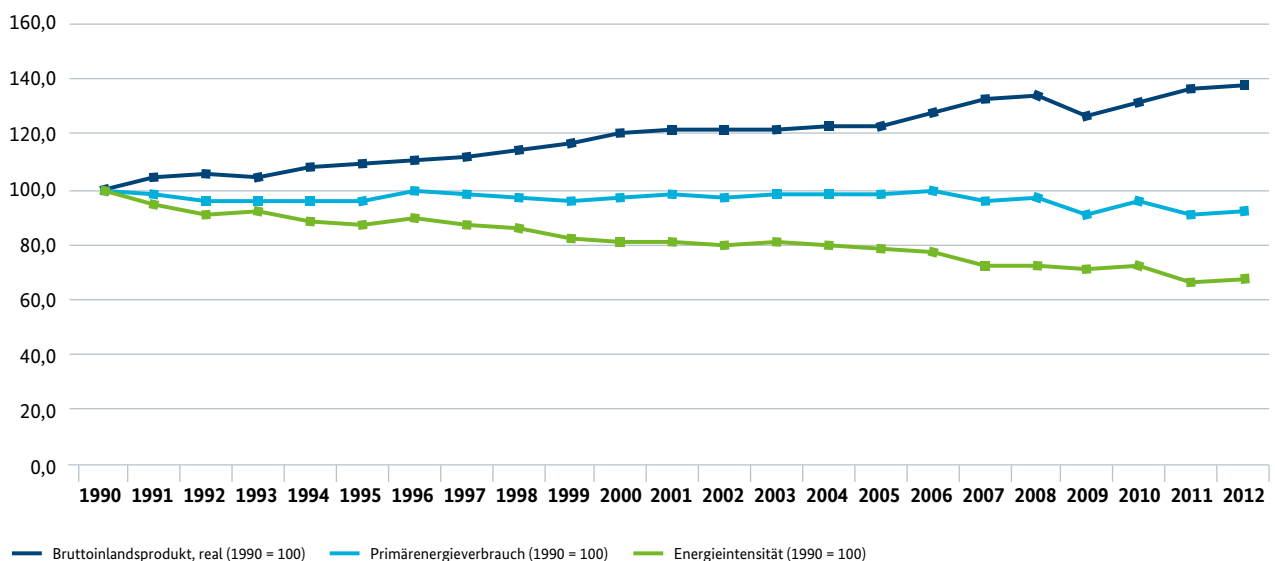
Im internationalen Vergleich gehört die deutsche Wirtschaft schon heute zu den energieeffizientesten der Welt. So ist es zwischen 1990 und 2012 gelungen, Wirtschaftswachstum bei sinkendem Energieverbrauch zu erreichen. Während das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Zeitraum um 34,9 Prozent gestiegen ist, ist der Primärenergieverbrauch im selben Zeitraum um 8,5 Prozent gesunken. Im Vergleich zum Jahr 1990 ist die Energieintensität 2012 um 31,7 Prozent gesunken. 2012 wurde also für die Erarbeitung einer Outputeinheit der Volkswirtschaft deutlich weniger Energie verbraucht. Auch wenn man die unterschiedlichen Verbrauchssektoren getrennt voneinander betrachtet, lässt sich feststellen, dass die Effizienzfortschritte der letzten Jahrzehnte in der Breite beeindruckend sind. Im Industriesektor war der Energieverbrauch pro Einheit Bruttoproduktionswert 2012 rund 24,2 Prozent niedriger als 1990, bei Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (so genannter GHD-Sektor) ist die Energieintensität im gleichen Zeitraum sogar um 42,8 Prozent gesunken (Einheit: Gigajoule/Bruttowertschöpfung). Im Gebäudebereich wurde 2012 rund 22,5 Prozent weniger Heizenergie benötigt als vor zwanzig Jahren (Einheit: Megajoule/Quadratmeter), auch der Stromverbrauch pro Quadratmeterwohnfläche ist um 8,5 Prozent gesunken (alle Zahlen AG Energiebilanzen).

... dennoch bestehen erhebliche Potenziale und Herausforderungen

Auch wenn die Effizienzfortschritte beeindruckend sind, gibt es in allen Verbrauchssektoren noch erhebliche Effizienzpotenziale. Diese gilt es zu heben, um die nationalen und europäischen Ziele zu erreichen. Das gilt insbesondere für den Gebäudesektor, der heute für einen Großteil des Energieverbrauchs verantwortlich ist. Das Ziel eines nahezu CO₂-neutralen Gebäudebestandes bis 2050 wird nur durch verstärkte Investitionstätigkeit vor allem bei der Gebäudesanierung erreicht werden können. Aber auch in der Industrie, im Dienstleistungssektor, im Verkehrssektor, bei der öffentlichen Hand und bei den privaten Haushalten bestehen noch große Potenziale für Einsparungen.

Die Umsetzung der EU-Effizienzrichtlinie soll dazu beitragen, dass die bestehenden Effizienzpotenziale ausgeschöpft werden. Diese Richtlinie trägt der Querschnittsbedeutung des Themas Energieeffizienz Rechnung und erfasst ganz unterschiedliche Bereiche – etwa den Gebäudebereich im öffentlichen Sektor, den Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung oder die Verbreitung von Energieaudits. In einigen Bereichen hat Deutschland bereits frühzeitig Regelungen getroffen, die zum Teil über die Anforderungen der Richtlinie hinausgehen, in anderen Bereichen ist gesetzgeberisches Handeln notwendig. Auch bei der Richtlinienum-

Abbildung 1: Energieintensität: Die Abbildung zeigt die Entkopplung von Bruttoinlandsprodukt und Energieverbrauch im Zeitraum 1990 – 2012



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen und Statistisches Bundesamt, 2013

setzung ist es entscheidend, die Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit der Maßnahmen nicht aus den Augen zu verlieren.

Ein breiter Instrumentenmix für mehr Energieeffizienz

Energieeffizienz ist unsere günstigste Energiequelle. Deshalb soll Energieeffizienz in Zukunft noch mehr Gewicht erhalten. Die Bundesregierung wird noch in diesem Jahr einen Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz verabschieden. Dieser Aktionsplan soll alle Ziele, Verantwortlichkeiten und Instrumente für mehr Energieeffizienz zusammenführen und so Energieeffizienz sichtbarer machen. Schwerpunkte sind auch in Zukunft Information und Beratung sowie die Förderung von mehr Energieeffizienz in Unternehmen, Haushalten, der öffentlichen Hand und Gebäuden.

Private Haushalte

Im Bereich der privaten Haushalte steht sachliche, fundierte und unabhängige Information über den individuellen Energieverbrauch und die vielfältigen Einsparmöglichkeiten an erster Stelle. Die Informationsportale der Initiative Energieeffizienz und der Stromsparinitiative bieten umfassende Informationen und die Möglichkeit, den eigenen Stromverbrauch unkompliziert online zu analysieren (www.stromeffizienz.de; www.die-stromsparinitiative.de). Eine weitere wichtige Hilfestellung ist die individuelle Energieberatung in den eigenen vier Wänden. Weil hohe Energiepreise für Haushalte mit geringem Einkommen besonders belastend sind, sind die Beratungsangebote für diese Haushalte kostenlos (www.verbraucherzentrale-energieberatung.de; www.stromspar-check.de).

Energieeffiziente Produkte

Im Bereich der energieverbrauchsrelevanten Produkte (hierzu gehören insbesondere Haushaltsgeräte) sollen die Instrumente der EU-Toprunner-Strategie zusammenwirken, um Effizienzpotenziale zu erschließen. Mit der Energieverbrauchskennzeichnungs-Richtlinie sowie der Öko-design-Richtlinie besteht hierfür ein bewährter Rahmen. Die beiden Instrumente werden im Artikel zur EU-Öko-design-Richtlinie auf Seite 23 näher beleuchtet.

Gebäude

Der Gebäudebereich ist aufgrund des großen Anteils am Gesamtenergieverbrauch auch ein zentraler Ansatzpunkt. Hier wirken Information und Beratung, finanzielle Anreize und Ordnungsrecht zusammen.

Im Mittelpunkt steht die Energieeinsparverordnung (EnEV), die verbindliche Vorgaben insbesondere für die energetische Qualität von Neubauten setzt. An diesen Effizienzvorgaben orientieren sich auch die finanziellen Anreize, die die KfW-Gebäudeprogramme bieten. Je effizienter ein Neubau errichtet oder je effizienter ein bestehendes Gebäude saniert wird, desto umfangreicher ist die Förderung durch die KfW.

Die EnEV und das ihr zugrunde liegende Energieeinsparungsgesetz (EnEG) wurden 2013 novelliert. Mit der Novelle wurde entsprechend den europäischen Vorgaben der EU-Gebäuderichtlinie eine Grundpflicht für Niedrigstenergiegebäude eingeführt. Ab dem Jahr 2021 müssen alle Neubauten im Niedrigstenergiegebäudestandard errichtet werden. Für öffentliche Neubauten gilt diese Verpflichtung bereits ab 2019. Die konkreten Vorgaben für Niedrigstenergiegebäude müssen noch definiert werden.

Im Rahmen der Novellierung des EnEG wurde ferner die bestehende Außerbetriebnahmeverpflichtung für bestimmte alte Nachtstromspeicherheizungen gestrichen. Dieser Schritt wurde unternommen, um sich das Potenzial dieser Heizungen als dezentrale Speicher im Rahmen der Energiewende zu erhalten.

Am 16. Oktober 2013 wurde die Novelle der EnEV mit folgenden Kernpunkten vom Bundeskabinett beschlossen:

► **Ambitionierte Anhebung der Effizienzstandards für Neubauten:**

Ab 1. Januar 2016 werden die Anforderungen an den Primärenergiebedarf von Neubauten um ca. 25 Prozent, die Anforderungen an die Wärmedämmung der Gebäudehülle um ca. 20 Prozent erhöht. Dies ist ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zum Niedrigstenergiegebäudestandard.

► **Keine Sanierungsvorgaben für Bestandsgebäude:**

Mit der Novelle wurden nach sorgfältiger Abwägung der Kosten und Einsparpotenziale keine Sanierungsvorgaben für Bestandsgebäude eingeführt. Allerdings wurde die bestehende Außerbetriebnahmeverpflichtung für bestimmte alte Heizkessel ausgeweitet. Diese erfasst nun

Konstanttemperaturheizkessel, die vor 1985 bzw. vor mehr als 30 Jahren eingebaut wurden. Bislang galt die Verpflichtung zur Nachrüstung nur für Heizkessel, die vor 1978 eingebaut wurden. Ausgenommen sind Niedertemperatur-Heizkessel sowie Brennwertkessel und viele selbst genutzte Ein- und Zweifamilienhäuser.

► **Stärkung des Energieausweises als Informationsinstrument:**

Um Energieeffizienz als Auswahlkriterium für Immobilieninteressenten zu stärken, wurde mit der EnEV 2013 eine Verpflichtung zur Angabe energetischer Kennwerte in Immobilienanzeigen bei Verkauf und Vermietung eingeführt. Diese umfasst auch die eingeführten Effizienzklassen für Wohngebäude. Diese sind bei neuen Energieausweisen anzuwenden und lehnen sich an die bekannten Effizienzklassen für Haushaltsgeräte mit einer Buchstabenskala von A+ bis H an. Darüber hinaus wurde die bereits seit der EnEV 2007 bestehende Pflicht zur Vorlage eines Energieausweises konkretisiert: Der Energieausweis muss nun bei Besichtigung einer Immobilie vorgelegt werden und dem Käufer oder Mieter bei Vertragsschluss übergeben werden.

Um sich auf die neuen Vorgaben der EnEV einstellen zu können, erhalten die Bürgerinnen und Bürger sowie die betroffenen Unternehmen ausreichend Zeit. Die EnEV 2013 tritt am 1. Mai 2014 in Kraft.

Industrie und Gewerbe

Deutsche Unternehmen sind im internationalen Vergleich schon heute sehr energieeffizient. Gerade wenn der Energiekostenanteil an der Produktion hoch ist, steht die Verbesserung der Energieeffizienz im Fokus. Dennoch bestehen auch im Bereich der Unternehmen noch Hemmnisse, die einer vollständigen Hebung der Effizienzpotenziale entgegenstehen. Ansatzpunkte sind auch hier die Bereitstellung qualitativ hochwertiger Information, individuelle Beratung, die Förderung von Energiemanagementsystemen sowie die Förderung bestimmter hocheffizienter Technologien durch Zuschüsse.

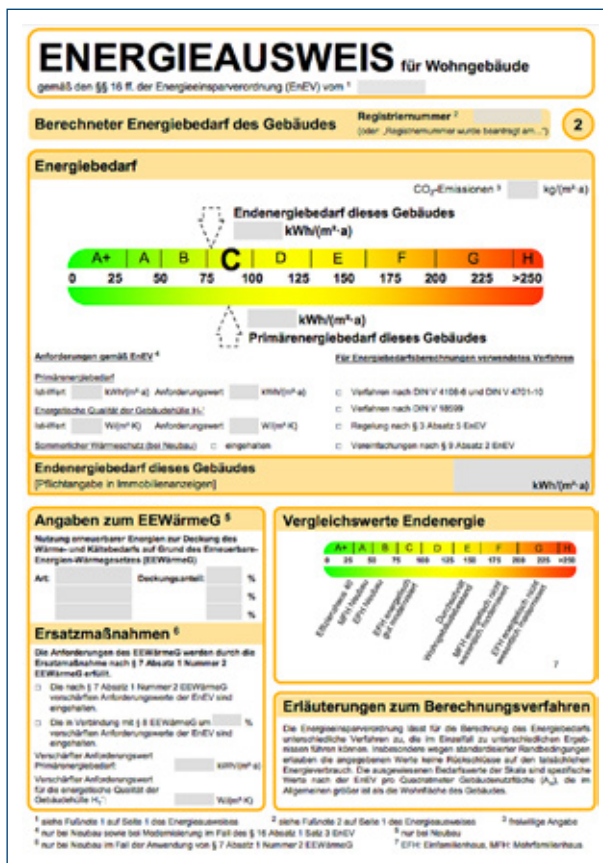
Kommunen und öffentliche Hand

Der öffentlichen Hand kommt auch in Sachen Energieeffizienz eine Vorbildfunktion zu. Das Vergaberecht verpflichtet die öffentliche Hand schon heute, bei Beschaffungen auch Effizienzgesichtspunkte zu berücksichtigen. Die beim Beschaffungsamt des Bundesinnenministeriums eingerichtete Kompetenzstelle für Nachhaltige Beschaffung unterstützt öffentliche Auftraggeber bei der nachhaltigen Beschaffung. Bund und Länder arbeiten in der „Allianz für nachhaltige Beschaffung“ eng zusammen.

Das Informationsportal der Initiative Energieeffizienz bietet auch für Kommunen speziell aufbereitete Informationen, insbesondere im Bereich Stromeffizienz – etwa zum Thema energieeffiziente Straßenbeleuchtung. Kommunen können zudem von den KfW-Programmen zur effizienten Stadtsanierung profitieren.

Energieeffizienz bietet Marktchancen für Unternehmen ...

Investitionen in mehr Energieeffizienz tragen zur Reduzierung der Kosten für Energieverbraucher bei. Gleichzeitig wird so ein Beitrag zu den Zielen der Energiewende geleistet. Durch die Nachfrage der Verbraucher nach Energieeffizienz sind aber auch neue Produkte und Dienstleistungen entstanden, die Marktchancen für Unternehmen, Handwerker und Selbstständige bieten.



Der neue Energieausweis für Wohngebäude

Der Markt für Energiedienstleistungen ist in Deutschland schon weit entwickelt. Besondere Bedeutung haben die Segmente Energieberatung und Energiemanagementsysteme sowie der große Bereich des Contracting. Beim Contracting übernimmt ein Dienstleister die Lieferung von Energie und teilweise auch die Wartung der Anlagen. Weil der Dienstleister in der Regel einen festen Preis erhält, ersetzt er häufig ineffiziente Anlagen – denn so kann er seinen Gewinn steigern.

Neben den Energiedienstleistungen spielt auch der Markt für energieeffiziente Produkte eine wichtige Rolle. So müssen z.B. energieeffiziente Haushaltsgeräte entwickelt und neue Dämmstoffe erfunden werden. Die intelligente Vernetzung von Verbrauch und Bezug von Energie, bekannt unter dem Schlagwort „Smart Home“, ist ein weiterer Wachstumsmarkt.

... weltweit

Die Erfahrung steigender Energiepreise ist nicht auf Deutschland und Europa beschränkt. Mit steigenden Preisen und steigender Umweltbelastung besonders in den Schwellenländern werden energieeffiziente Technologien und Produkte weltweit immer stärker nachgefragt. Deutsche Unternehmen haben hier – auch durch die Energiewende und die daraus entstandenen Anreize für energieeffizientes Handeln – einen Wettbewerbsvorteil. Energieeffiziente

Technik „made in Germany“ ist schon heute weltweit gefragt. Die Exportinitiative Energieeffizienz unterstützt insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bei ihrem Schritt ins Ausland.

Fazit

Deutschland ist in Sachen Energieeffizienz auf einem guten Weg und hat im internationalen Vergleich schon viel erreicht. Dennoch gibt es auch hierzulande noch erhebliche Potenziale. Die weitere Steigerung der Energieeffizienz ist dabei nicht nur Voraussetzung dafür, dass die ehrgeizigen Energieziele erreicht werden, sie bietet auch erhebliche Marktchancen für Unternehmen.



Weitere Informationen:

http://bit.ly/BMWi_EnEff

Kontakt: Elena Brosch-Pahlke
Referat: Grundsatzfragen der Energieeffizienz und der rationellen Energienutzung
und Karin Lenski
Referat: Spezielle Fragen der rationellen Energienutzung und der Energieeffizienz; dena

Die EU-Ökodesign-Richtlinie: weniger ist oft mehr

Bessere Energieeffizienz ist nicht nur eine Frage von Produktionsprozessen, Gebäudesanierung oder Verkehr. Auch die Gestaltung von Produkten kann einen wichtigen Beitrag leisten. Die europäische Ökodesign-Richtlinie¹ schafft dafür wichtige Anreize, indem sie verbindliche Mindestanforderungen für die umweltgerechte Gestaltung von Produkten setzt. Aktuell bestehen für 22 Produktgruppen Vorgaben für ein energieeffizientes und umweltgerechtes Design. Wenn diese wirtschaftlich vertretbar, technisch machbar und ökologisch sinnvoll sind, können Verbraucher, Unternehmen und Klima davon gleichermaßen profitieren.



Energieeffizienz von Produkten als Baustein der Energiewende

Kühlschränke, Heizkessel, Fernseher, Waschmaschinen – unzählige dieser und anderer Geräte sind weltweit im Einsatz. Die Internationale Energie Agentur (IEA) rechnet Haushaltsgeräte und andere energieverbrauchsrelevante Produkte zu einem der am schnellsten wachsenden Energieverbrauchssektoren. Energieeinsparpotenziale von mindestens 1.000 Terawattstunden pro Jahr sollen nach Prognosen der IEA bis 2030 im Geräte- und Produktbereich kosteneffizient realisierbar sein.

Steigenden Energiepreisen und wachsendem Energiebedarf kann nur begegnet werden, wenn Energie effizient eingesetzt wird. Einsparpotenziale sollen ausgeschöpft werden.

Dies ist nicht nur für Verbraucher sinnvoll, sondern stellt gleichermaßen eine wichtige Stellschraube für Unternehmen zur Sicherung von Wettbewerbsvorteilen dar. Der effiziente Einsatz von Energie ermöglicht kostengünstigere Produktion.

Das Energiekonzept der Bundesregierung und die im Zuge der Energiewende erfolgten Ergänzungen weisen der Energieeffizienz eine Schlüsselstellung beim Erreichen der energiepolitischen Ziele zu.² Der Primärenergieverbrauch in Deutschland soll bis 2020 um 20 Prozent und bis 2050 um 50 Prozent gegenüber dem Verbrauch in 2008 sinken. Auch die IEA zählt Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz zum wichtigsten Baustein auf dem Weg zur Begrenzung der CO₂-Emissionen.

1 Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte ABl. EU Nr. L 285 vom 31. Oktober 2009, S. 10 (früher Richtlinie 2005/32/EG).

2 Siehe ausführlich: Beitrag „Energieeffizienz“ auf Seite 18.

Die europäischen und nationalen Zielstellungen erfordern Steigerungen der Energieeffizienz in vielen Bereichen – nicht zuletzt bei energieverbrauchsrelevanten Konsumgütern. Die EU-Ökodesign-Richtlinie bildet hierbei das zentrale Element, um den Energieverbrauch von Produkten zu verringern.

Ökodesign-Richtlinie und produktspezifische Verordnungen

Die EU-Ökodesign-Richtlinie setzt seit 2005 das Konzept der umweltgerechten Gestaltung (Ökodesign) von Produkten um und bildet den Rahmen für verbindliche Mindestanforderungen an die Gestaltung von bestimmten Produkten. Dabei setzt die Ökodesign-Richtlinie bereits in der Phase der Produktgestaltung (dem Produktdesign) an, da hier der Großteil der von Produkten ausgehenden Umweltwirkungen vorbestimmt wird. Dadurch soll auch der Markt für effiziente und umweltfreundliche Produkte gestärkt werden.

Von der Richtlinie waren zunächst nur energiebetriebene Produkte erfasst, wie zum Beispiel Haushaltsgeräte, Heizungen und Elektronikprodukte.³ Der Anwendungsbereich ist im Zuge der Novellierung im Jahr 2009 auf energieverbrauchsrelevante Produkte erweitert worden. Zu diesen zählen neben energiebetriebenen Produkten auch solche, die den Verbrauch von Energie beeinflussen können – dies sind beispielsweise Fenster, Stromkabel und Dämmstoffe. Für derartige mittelbar Energie verbrauchende Produkte bestehen derzeit keine Mindestanforderungen.

Konkrete Vorschriften für alle erfassten Produkte ergeben sich nicht direkt aus der Richtlinie, sondern aus auf ihr basierenden Durchführungsverordnungen der EU. Die Richtlinie enthält einen Katalog von Kriterien für die Einbeziehung einer Produktgruppe in eine Durchführungsmaßnahme (Artikel 15 Absatz 2):

- ▶ Das EU-weite Verkaufs- und Handelsvolumen muss erheblich sein und den Richtwert von 200.000 Stück pro Jahr übersteigen.

- ▶ Vom Produkt müssen erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen.
- ▶ Das Produkt muss signifikante Verbesserungspotenziale seiner Umweltverträglichkeit aufweisen, die ohne übermäßig hohe Kosten realisierbar sind.

Die Europäische Kommission legt nach Prüfung der Kriterien fest, welche Produkte für eine Durchführungsverordnung vorgesehen werden.⁴ Als Alternative zu Durchführungsverordnungen können Hersteller freiwillige Selbstverpflichtungen für bestimmte Produktgruppen eingehen. Selbstverpflichtungen können Verordnungen ersetzen, wenn sich die Ziele der Ökodesign-Richtlinie auf diesem Weg schneller oder kostengünstiger erreichen lassen.

Effizienzpotenziale im Produktbereich heben

Die Europäische Kommission prognostiziert für das Jahr 2020 Energieeinsparungen von bis zu 366 Terawattstunden pro Jahr innerhalb der EU durch die ersten 13 Ökodesign-Verordnungen verglichen mit dem Energieverbrauch ohne



3 Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2005 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte und zur Änderung der Richtlinie 92/42/EWG des Rates sowie der Richtlinien 96/57/EG und 2000/55/EG des Europäischen Parlaments und des Rates; ABl. EU Nr. L 191 vom 22. Juli 2005, S. 29 (Vorläufer der Richtlinie 2009/125/EG).

4 Europäische Kommission, Commission Staff Working Document „Establishment of the Working Plan 2012-2014 under the Ecodesign Directive“, abrufbar unter: <http://bit.ly/1jCwdXq>

Übersicht 1: Ökodesign-Produktverordnungen (Stand Januar 2014)

Verordnungen Nr.	Produktgruppe	Inkrafttreten
EG 1275/2008	Stromverbrauch im Bereitschafts- und Aus-Zustand (stand-by)	Januar 2009
EG 107/2009	Einfache Set-Top-Boxen	Februar 2009
EG 244/2009	Beleuchtung im Haushalt (ungebündeltes Licht)	April 2009
EG 245/2009	Straßen- und Bürobeleuchtung	April 2009
EG 278/2009	Ladegeräte und Netzteile	April 2009
EG 640/2009	Elektromotoren	August 2009
EG 641/2009	Umlaufpumpen	August 2009
EG 642/2009	Fernsehgeräte	August 2009
EG 643/2009	Kühl- und Tiefkühlgeräte im Haushalt	August 2009
EU 1015/2010	Waschmaschinen im Haushalt	Dezember 2010
EU 1016/2010	Geschirrspüler im Haushalt	Dezember 2010
EU 327/2011	Ventilatoren	April 2011
EU 206/2012	Klima- und Lüftungstechnik im Haushalt	März 2012
EU 547/2012	Wasserpumpen	Juli 2012
EU 932/2012	Wäschetrockner im Haushalt	November 2012
EU 1194/2012	Beleuchtung im Haushalt (gebündeltes Licht)	Januar 2013
EU 617/2013	Computer	Juli 2013
EU 666/2013	Staubsauger	Juli 2013
EU 801/2013	Stromverbrauch im vernetzten Bereitschafts- und Aus-Zustand (networked stand-by). Änderung der Verordnung EG 1215/2008	September 2013
EU 813/2013	Raumheizgeräte und Kombiheizgeräte	September 2013
EU 814/2013	Warmwasserbereiter und -speicher	September 2013
EU 66/2014	Backöfen, Kochmulden und Dunstabzugshauben im Haushalt	Februar 2014

Ökodesign-Anforderungen.⁵ Diese möglichen Einsparungen würden etwa 12 Prozent des Stromverbrauchs der EU im Jahr 2009 entsprechen.⁶

Aktuell 22 Ökodesign-Produktverordnungen in Kraft

Derzeit sind für 22 Produktgruppen Durchführungsverordnungen in Kraft (vgl. Übersicht 1). Die produktspezifischen Verordnungen legen verbindliche Mindestanforderungen an das umweltgerechte Produktdesign bestimmter Produktgruppen fest. Sie sehen stets eine Staffelung der Anforderungen vor. In der ersten Stufe sollen moderate Vorgaben nur die größten Verschwender vom Binnenmarkt verdrängen. Die nach bestimmten Übergangszeiten folgenden Stu-

fen stellen strengere Anforderungen an die Produkte. Die Staffelung und Übergangszeiten sollen den Herstellern ermöglichen, sich auf die Vorgaben einzustellen und die Produktentwicklung voranzutreiben.

Die Neuregelung von Ökodesign-Anforderungen für die Produktgruppe Heizungen und Warmwasserbereiter hat besondere Beachtung gefunden. Diese Geräte weisen ein hohes Marktvolumen und signifikante Einsparpotenziale auf. Die Europäische Kommission rechnet durch die Ökodesign- und Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung⁷ für Heizungen in 2020 mit jährlichen Energieeinsparungen in der EU von rund 530 Terawattstunden im Vergleich zum Energieverbrauch ohne Regelung. Dies entspricht nahezu dem jährlichen Bruttoenergieverbrauch der Tschechischen Republik.⁸

5 Diese Durchführungsverordnungen betreffen folgende Produktgruppen: Stromverbrauch im Bereitschafts- und Aus-Zustand (stand-by); Einfache Set-Top-Boxen; Beleuchtung im Haushalt (ungebündeltes Licht); Straßen- und Bürobeleuchtung; Ladegeräte und Netzteile; Elektromotoren; Umlaufpumpen; Fernsehgeräte; Kühl- und Tiefkühlgeräte im Haushalt; Waschmaschinen im Haushalt; Geschirrspüler im Haushalt; Ventilatoren; Klima- und Lüftungstechnik im Haushalt.

6 Europäische Kommission, Generaldirektion Unternehmen und Industrie, Veröffentlichung „Ecodesign Your Future“, abrufbar unter <http://bit.ly/Mx1YEZ>

7 Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 über die Angabe des Verbrauchs an Energie und anderen Ressourcen durch energieverbrauchsrelevante Produkte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen; Amtsblatt EU Nr. L 153 vom 18. Juni 2010, S. 1.

8 Explanatory Memorandum to Commission Regulation (...) with regard to ecodesign requirements for space heaters and combination heaters, abrufbar unter: <http://bit.ly/1hk24M7>

Nur Dialog führt zu sachgerechten Verordnungen

Die produktspezifischen Durchführungsverordnungen werden von der Europäischen Kommission unter Einbindung von Industrie-, Verbraucher- und Umweltverbänden sowie den Mitgliedstaaten erarbeitet. Die mehrjährigen Prozesse schließen wissenschaftliche Voruntersuchungen, Beratungen und Diskussionen mit betroffenen Kreisen sowie Abstimmung und Prüfung durch die europäischen Institutionen ein. Die nachstehende Abbildung fasst den Ablauf des Rechtsetzungsprozesses einer Verordnung zusammen.

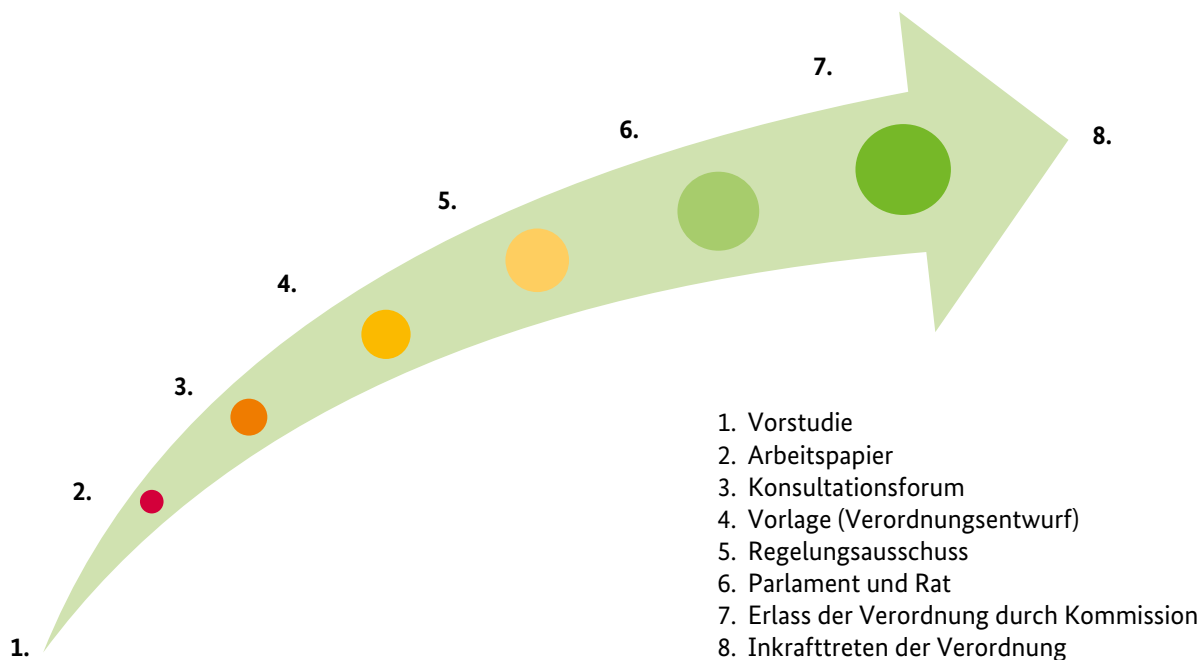
Überforderung von Verbrauchern und Industrie vermeiden

Ökodesign-Anforderungen können neben positiven Effekten auch unerwünschte Auswirkungen auf Industrie und Verbraucher haben. Nicht selten sind hocheffiziente Geräte in der Anschaffung teurer als weniger effiziente Modelle. Verbraucher können durch höhere Anfangsinvestitionen belastet werden. Die höhere Investition kann sich wegen des geringeren Energieverbrauchs erst über den gesamten Lebenszyklus auszahlen.

Hersteller werden durch Ökodesign-Anforderungen in der Produktgestaltung eingeschränkt. Die ausgewogene Berücksichtigung von Hersteller- und Verbraucherinteressen bei der Erarbeitung der Ökodesign-Anforderungen ist aus Sicht der Bundesregierung unerlässlich. Die Vorgaben der Ökodesign-Richtlinie, die unerwünschte Effekte vermeiden sollen, müssen beachtet werden (Artikel 15 Absatz 5):

- ▶ Die Funktionsweise eines Produkts darf aus Sicht des Benutzers nicht nennenswert beeinträchtigt werden.
- ▶ Gesundheit, Sicherheit und Umwelt dürfen nicht beeinträchtigt werden.
- ▶ Für Verbraucher dürfen keine nennenswerten Verteuerungen eintreten.
- ▶ Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie darf nicht beeinträchtigt werden.
- ▶ Festlegungen auf bestimmte Technologien eines Herstellers dürfen nicht erfolgen.
- ▶ Übermäßige Bürokratiekosten für Hersteller müssen vermieden werden.

Abbildung 1: Prozess von einer Vorstudie zum Inkrafttreten der Verordnung



Bundesregierung bringt sich intensiv ein

Die Bundesregierung beteiligt sich intensiv am Verfahren bis zum Erlass der Ökodesign-Verordnungen und setzt in allen Verfahrensschritten auf eine enge Abstimmung und Kooperation mit Industrie-, Umwelt- und Verbraucherverbänden.

Im Auftrag des BMWi werden durch die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) Beraterkreise zur Bewertung und Diskussion der Vorschläge der Europäischen Kommission zu produktgruppenspezifischen und übergreifenden Fragen veranstaltet.⁹ Die Ergebnisse werden in den europäischen Prozess eingebracht.

Voraussetzung für Innovationen: Entscheidungsspielräume für Hersteller

Hersteller von energieverbrauchsrelevanten Produkten benötigen zur Entwicklung effizienter Technologien Freiräume für Innovationen und Entscheidungsspielraum bei der Auswahl der besten Lösung. Die Durchführungsverordnungen eröffnen diese Handlungsoptionen, indem sie Effizienzanforderungen bestimmen, aber keine Festlegungen zu bestimmten Technologien enthalten (Technologieneutralität). Das BMWi setzt sich in allen Produktgruppen für technologieneutrale Anforderungen ein, die ökologisch sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar sind.

Die Ökodesign-Anforderungen sind Marktzugangskriterium für Hersteller und Importeure, die Produkte auf dem Gemeinschaftsmarkt verkaufen. Der Hersteller erklärt die Konformität des Produkts mit dem CE-Zeichen. Produkte, die die Mindestanforderungen nicht einhalten, dürfen im Binnenmarkt nicht vermarktet werden.

Marktüberwachung durch Bundesländer

Die Überprüfung der Ökodesign-Konformität von Produkten obliegt in Deutschland den Marktüberwachungsbehörden der Bundesländer. Die notwendigen Befugnisse für Probenahmen, Prüfungen und erforderlichenfalls Sanktionierungen sind durch das Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz (EVPG)¹⁰ und die EVPG-Verordnung¹¹ im

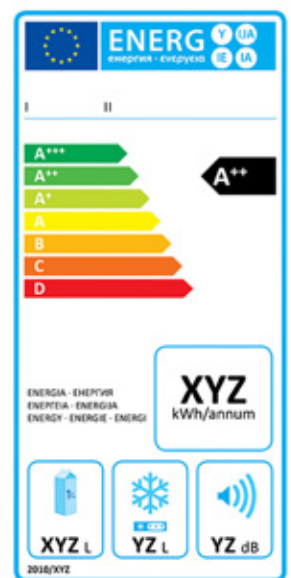
nationalen Recht geregelt. Die Rechtsvorschriften setzen die Ökodesign-Richtlinie in das nationale Recht um. Der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) überträgt das EVPG die Aufgaben einer „Beauftragten Stelle“ bei der Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie. Dazu gehört die Unterstützung der Länder bei der Koordinierung der Marktüberwachungsaufgaben.

EU-Top-Runner-Strategie: Der Mix macht's!

Die Ökodesign-Richtlinie ist nicht der einzige Baustein für Energieeffizienzsteigerungen im Produktbereich. Die EU-Top-Runner-Strategie kombiniert die hierfür wichtigsten Instrumente: Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung (Labelling). Das Ökodesign unterstützt durch die gestufte Steigerung der Mindestanforderungen die schrittweise Verdrängung von Energieverschwendern vom Markt. Die Kennzeichnung des Energieverbrauchs von Produkten über das Energielabel fördert die Marktdurchdringung mit effizienten Produkten. Die Kombination beider Instrumente soll Anreize für Hersteller schaffen, Innovationen in energieeffiziente Technologie anzuschieben, und Transparenz für Verbraucher zum Energieverbrauch herstellen. Die Instrumente der EU-Top-Runner-Strategie sind abschließend und lassen keinen Raum für weitergehende nationale Regulierungen der jeweiligen Produktgruppen.

Energieeffizienz auf einen Blick: das Energielabel

Das Energielabel schafft mit einer farbigen Energieeffizienzska und der Einstufung von A (sehr effizient) bis G (wenig effizient) Transparenz für Verbraucher bei der Kaufentscheidung für ein Produkt. Für bestimmte Produktgruppen ist die Skala um die Klassen bis A+++ erweitert worden. Grundlage der europaweit einheitlichen Kennzeichnung von energieverbrauchsrelevanten Produkten



⁹ Weitere Informationen sind verfügbar unter: www.ebpg.bam.de

¹⁰ Gesetz über die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte vom 27. Februar 2008 (BGBl. I S. 258).

¹¹ EVPG-Verordnung vom 14. August 2013 (BGBl. I S. 3221).

ist die Energieverbrauchskennzeichnungsrichtlinie. Sie hat sich als erfolgreiches Instrument für Verbraucher und Hersteller bewährt. Verbraucher vertrauen auf verlässliche Informationen zu Energieverbrauch und anderen Umweltparametern und Hersteller werben erfolgreich mit hocheffizienten Produkten, die das Label A oder A+++ tragen dürfen. Der Wettbewerb der Hersteller um Produkte, die möglichst hohe Effizienzklassen erreichen, setzt ein großes Innovationspotenzial frei. Bisher sind für elf Produktgruppen Energieverbrauchskennzeichnungsverordnungen der EU in Kraft (vgl. Übersicht 2).

Markttrend zu hocheffizienten Geräten wird unterstützt

Die Bundesregierung unterstützt die EU-Top-Runner-Strategie und setzt sich für eine ambitionierte Umsetzung und Weiterentwicklung der Instrumente ein. An den Diskussions- und Abstimmungsprozessen auf europäischer Ebene beteiligt sich die Bundesregierung aktiv. Derzeit bereitet die Europäische Kommission die Überprüfung der Energieverbrauchskennzeichnungsrichtlinie und einiger Aspekte der Ökodesign-Richtlinie vor. Die Bundesregierung begleitet den Prozess und bezieht die nationalen Wirtschafts-, Verbraucher- und Umweltverbände ein.¹²



Staubsauger: Hersteller übertreffen Ökodesign-Anforderungen

Die neue Ökodesign-Durchführungsverordnung für Staubsauger (in Kraft seit 2. August 2013)¹³ löst lebhafte Diskussionen aus. Verbraucher befürchten, dass die Saugleistung von Ökodesign-konformen Staubsaugern schlechter sei und zukünftig keine befriedigenden Saugergebnisse mehr erzielt werden könnten. Diese Sorgen sind unbegründet. Am Beispiel der Staubsauger zeigt sich, dass Ökodesign-Verordnungen für Verbraucher, Klima und Umwelt gleichermaßen sinnvoll sind.

Übersicht 2: Energielabel-Produktvorschriften (Stand Januar 2014)

Produktgruppe	Richtlinie/Verordnung	Inkrafttreten
kombinierte Wasch-Trocken-Automaten im Haushalt	Richtlinie 96/60/EG	Oktober 1996
Elektrobacköfen im Haushalt	Richtlinie 2002/40/EG	Mai 2002
Geschirrspüler im Haushalt	Verordnung (EU) Nr. 1059/2010	Dezember 2010
Kühlgeräte- und Tiefkühlgeräte im Haushalt	Verordnung (EU) Nr. 1060/2010	Dezember 2010
Waschmaschinen im Haushalt	Verordnung (EU) Nr. 1061/2010	Dezember 2010
Fernsehgeräte	Verordnung (EU) Nr. 1062/2010	Dezember 2010
Klimageräte	Verordnung (EU) Nr. 626/2011	Juli 2011
Wäschetrockner im Haushalt	Verordnung (EU) Nr. 392/2012	Mai 2012
Lampen und Leuchten	Verordnung (EU) Nr. 874/2012	Oktober 2012
Staubsauger	Verordnung (EU) Nr. 665/2013	Juli 2013
Raumheizgeräte und Kombiheizgeräte	Verordnung (EU) Nr. 811/2013	September 2013
Warmwasserbereiter und -speicher	Verordnung (EU) Nr. 812/2013	September 2013
Backöfen und Dunstabzugshauben im Haushalt	Verordnung (EU) Nr. 65/2014	Februar 2014

¹² Weitere Informationen sind verfügbar unter: www.top-runner.info

¹³ Verordnung (EU) Nr. 666/2013 der Kommission vom 8. Juli 2013 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Staubsaugern; Amtsblatt EU Nr. L 192 vom 13. Juli 2013, S. 24.

„Wattschlacht“ bei Staubsaugern überholt

Die Formel „Je mehr Watt, desto besser“, die für Staubsauger lange herangezogen wurde, ist nicht zutreffend. Trotz der jahrelangen Aufrüstung der Geräte durch die Staubsaugerhersteller mit immer höherer Leistung werden keine besseren Saugergebnisse erreicht. Lediglich der Stromverbrauch steigt. Hervorragende Saugleistung kann mit effizienten Geräten mit niedrigerer Wattzahl erzielt werden. Schon im Herbst 2013 bewiesen Hersteller, dass die Öko-design-Mindesteffizienzwerte für Staubsauger, die ab September 2014 verpflichtend werden, machbar sind. Sie präsentierten effiziente und saugleistungsstarke Geräte, die die zukünftigen Anforderungen deutlich unterbieten. Die Einführung der Energieeffizienz-Anforderungen an Staubsauger erfolgt in zwei Stufen. Ab September 2014 wird die maximale Leistung von Staubsauger-Neugeräten bei 1600 Watt gedeckelt und 2017 auf maximal 900 Watt begrenzt.

Weiterentwicklung mit Augenmaß

Ressourcen- und Materialeffizienzanforderungen: noch viele offene Fragen

Zunehmend fließen auch Materialeffizienzanforderungen in die Ökodesign-Verordnungen ein: Aktuelles Beispiel ist die Regelung zu Staubsaugern. Sie legt Anforderungen an

die Mindestlebensdauer des Motors und an die Stabilität des Saugschlauchs fest. Ressourcen- und Materialeffizienzanforderungen führen zu einer Reihe von Herausforderungen, für die aus Sicht des BMWi Lösungen erarbeitet werden müssen, bevor weitere Vorgaben Eingang in Öko-design-Verordnungen finden:

- ▶ Es sind geeignete produktbezogene Bewertungsmaßstäbe und Indikatoren für Ressourcen- und Materialeffizienzanforderungen zu entwickeln.
- ▶ Die Messbarkeit entsprechender Produkthanforderungen muss sichergestellt sein, um eine Überprüfung durch die Marktüberwachungsbehörden zu ermöglichen.
- ▶ Die Anforderungen müssen für das Ziel der Verringerung der Umweltauswirkungen relevant sein.
- ▶ Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie darf durch zusätzliche Anforderungen nicht beeinträchtigt werden.

Ohne Marktüberwachung bleibt die EU-Top-Runner-Strategie ein „zahnloser Tiger“

Eine EU-weite effektive Marktüberwachung ist entscheidend für den langfristigen Erfolg der Ökodesign-Richtlinie

Vergleich: Produktbezogene Energieeffizienzprogramme weltweit

Mit der EU-Top-Runner-Strategie vergleichbare Programme mit Produkt-Mindestanforderungen und Energieverbrauchskennzeichnung bestehen auch in anderen Ländern:

- ▶ **Australien** führt seit den späten 1980er Jahren ein Labelling- und Mindeststandards-Programm durch. Über 20 Produktgruppen sind erfasst.
- ▶ **Japan** hat seit 1998 Mindesteffizienzanforderungen für 19 Produktgruppen gesetzt und diese seit 2004 um eine Energieverbrauchskennzeichnung ergänzt.
- ▶ Das Effizienzstandard- und Labelling-Programm der **USA** reicht bis etwa 1975 zurück. Mittlerweile bestehen Mindestanforderungen für 50 Produktgruppen.
- ▶ **China** verfolgt seit den späten 1980er Jahren ein Programm mit Mindestanforderungen. Eine Energieverbrauchskennzeichnung besteht seit 2004. 39 Produktgruppen sind mittlerweile erfasst.
- ▶ Zum Vergleich: Die **EU** hat unter der Top-Runner-Strategie seit 1992 für 13 Produktgruppen Energielabel verabschiedet. Seit 2005 kamen für bislang 22 Produktgruppen Ökodesign-Mindestanforderungen dazu. Vier Produktgruppen befinden sich im Ökodesign-Rechtsetzungsprozess. Für weitere 14 laufen Vorstudien.

und der EU-Top-Runner-Strategie. Unzureichende Marktüberwachungsaktivitäten der Mitgliedstaaten können zu einem Wettbewerbsnachteil der Hersteller, die die Anforderungen einhalten, führen. Sie verursachen darüber hinaus einen Vertrauens- und Akzeptanzverlust bei Verbrauchern. Die Marktüberwachung in Europa darf kein Flickenteppich sein: Nur durch flächendeckende und abgestimmte Überwachungsstrukturen und Sanktionsmechanismen werden Benachteiligungen der europäischen Industrie vermieden und die Ziele der Ökodesign-Richtlinie dauerhaft erreicht. Das BMWi unterstützt in Zusammenarbeit mit der BAM die Marktüberwachungsbehörden der Bundesländer beim Aufbau effektiver Marktüberwachungsprogramme und deren Durchführung. Hier konnten in den vergangenen Jahren beachtliche Erfolge verzeichnet werden.

Fazit

Nach Einschätzung des BMWi haben sich die EU-Ökodesign-Richtlinie und die EU-Top-Runner-Strategie bislang bewährt. Das zentrale Ziel der Energieeffizienzsteigerung von Produkten sollte bei ihrer Fortführung und Weiterentwicklung im Fokus bleiben. Die Akzeptanz von Herstellern und Verbrauchern für die Ökodesign-Richtlinie und die EU-Top-Runner-Strategie wird weiter bestehen, wenn sie gleichermaßen profitieren: durch merkbare Energieeinsparungen und neue Marktchancen für hocheffiziente Produkte. Damit können die Ökodesign-Richtlinie und die EU-Top-Runner-Strategie zu einem Erfolg für Hersteller, Verbraucher und Umwelt werden.



Die Ökodesign-Richtlinie im Internet:

<http://bit.ly/Oekodesign-Richtlinie>

Kontakt: Arne Küper
Referat: Konsumgüterindustrie

Demografiestrategie und Fachkräftesicherung für die deutsche Wirtschaft

Fachkräftesicherung ist ein zentraler Bestandteil der Demografiestrategie. Denn Wirtschaftswachstum und tragfähige öffentliche Finanzen sind auf ein stabiles Arbeitskräftepotenzial angewiesen. Dabei geht es sowohl um eine verstärkte Aktivierung von Menschen im Inland als auch um qualifizierte Zuwanderung. Zur Frage, was getan werden kann, um ausländische Fachkräfte zu gewinnen und eine Willkommenskultur zu schaffen, leiten das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag eine Arbeitsgruppe. Ihre Aktivitäten stehen im Mittelpunkt dieses Beitrags.



Zukunft heute gestalten

In diesem Jahr feiert der geburtenstärkste Jahrgang seit dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland seinen 50. Geburtstag. In diesem und im nächsten Jahrzehnt wird die Bevölkerung in Deutschland jedoch deutlich altern und auch die Bevölkerungszahl wird zurückgehen. Daraus ergeben sich eine Vielzahl an Herausforderungen, aber auch eine Reihe an Chancen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Diesen zu begegnen, bildet schon seit einigen Jahren einen Schwerpunkt der Regierungsarbeit.

Bereits 2009 wurde die ressortübergreifende Zusammenarbeit zu diesem Thema verstärkt. Diese mündete 2011 in einem Demografiebericht und der im April 2012 verabschiedeten Demografiestrategie.

Kern der Demografiestrategie bilden sechs Handlungsfelder (vgl. Kasten 1). Diese beziehen sich auf Lebensbereiche, die

der demografische Wandel besonders stark verändert und in denen gleichzeitig auch neue Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet werden. Dazu gehören beispielsweise das Familien- und Arbeitsleben sowie Lebensqualität in ländlichen Regionen.



Die Demografiestrategie der Bundesregierung:
<http://bit.ly/Demografiestrategie>

Die Umsetzung der Demografiestrategie wird von einem Dialogprozess begleitet: Derzeit bearbeiten zehn thematische Arbeitsgruppen die Handlungsfelder. Vertreten sind Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie Bürgerinnen und Bürger. Im Rahmen regelmäßiger Demografieipfel werden aktuelle Ergebnisse und Entwicklungen aus den Arbeitsgruppen einem breiten Publikum vorgestellt.

Kasten 1: Die sechs Handlungsfelder der Demografiestrategie

- ▶ Familie als Gemeinschaft stärken
- ▶ Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten
- ▶ Selbstbestimmtes Leben im Alter
- ▶ Lebensqualität in ländlichen Räumen und integrative Stadtpolitik
- ▶ Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand sichern
- ▶ Handlungsfähigkeit des Staates erhalten

Zentrales Element: Fachkräftesicherung für die Wirtschaft

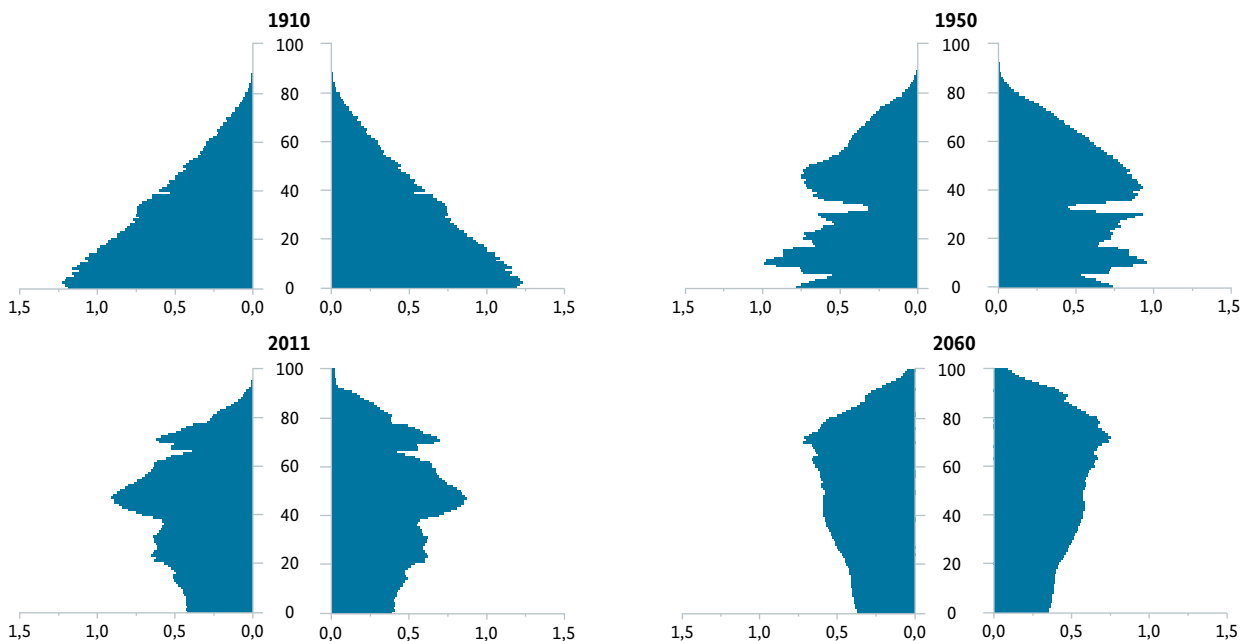
Auch die deutsche Wirtschaft spürt den demografischen Wandel: Die Veränderungen in der Gesellschaft wirken sich auf Märkte und Nachfrage aus.

Ein Rückgang der Bevölkerung geht einher mit einem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials, also der Zahl aller

Menschen, die arbeiten können, wollen und dürfen. Dies hat direkte Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum und den technischen Fortschritt. Schon heute bestehen in bestimmten Branchen und Regionen Deutschlands Fachkräftengpässe. Dies trifft insbesondere bei technischen sowie Gesundheits- und Pflegeberufen zu. Perspektivisch werden vor allem die Engpässe im beruflich qualifizierten Bereich zunehmen (vgl. Abb. 2 und 3). Denn die Generation der „Babyboomer“ steht zwar größtenteils noch im Erwerbsleben. Ihre Erwerbsbeteiligung in den kommenden Jahren wird aber stetig abnehmen. Die Fachkräftesicherung gehört deshalb zu den zentralen Bausteinen der Demografiestrategie.

Zwei Arbeitsgruppen in dem Dialogprozess zur Demografiestrategie entwickeln konkrete Maßnahmen zur Förderung der Fachkräftesicherung in Deutschland. Die Bundesregierung möchte zunächst – auch im Einklang mit ihrem 2011 beschlossenen Fachkräftekonzept – die Menschen im Inland in den Blick nehmen. Dazu gehören z. B. eine gute Integration in den Arbeitsmarkt, Chancengleichheit von Frauen und Männern in Unternehmen und ein höherer Anteil von Frauen in Führungspositionen. Selbst bei optimaler Nutzung des inländischen Potenzials durch noch

Abbildung 1: Schematische Darstellung des Altersaufbaus der Bevölkerung von 1910 bis 2060
(in Prozent der Gesamtbevölkerung)

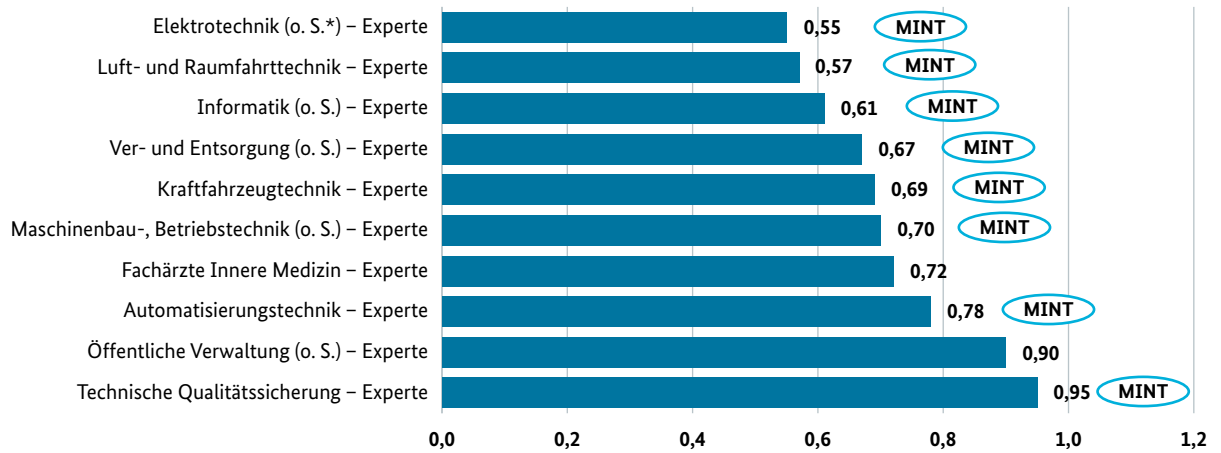


Die schematische Darstellung der Altersstrukturen hat sich im Laufe von mehr als 100 Jahren deutlich gewandelt. Für die Zukunft ist mit einem immer schmäler werdenden Sockel in den jüngeren Jahrgängen zu rechnen.

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Bevölkerungsentwicklung. Daten, Fakten, Trends zum demografischen Wandel, 2013, S. 10

Abbildung 2: Top 10 der Sockelengpassberufe für Akademikerinnen und Akademiker (mit Hervorhebung der darin enthaltenen Berufe im MINT¹-Bereich)

Relation aus Arbeitslosen und gemeldeten offenen Stellen für den Zeitraum 09/2011 bis 08/2013, Berufsgattungen mit mindestens 100 Arbeitslosen

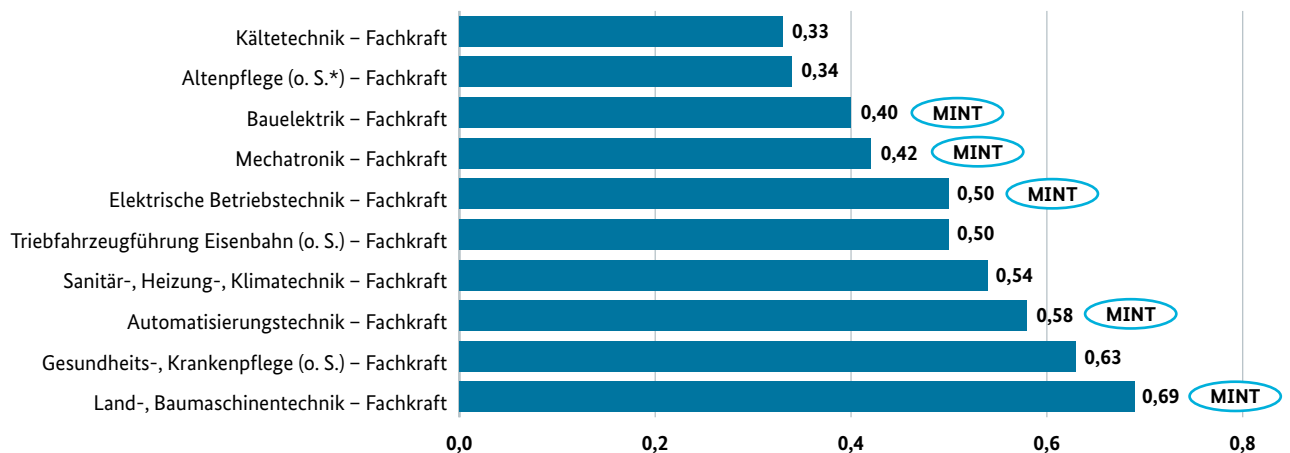


*o. S.: ohne Spezialisierung

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft: Fachkräfteengpässe in Unternehmen, Januar 2014, S. 20-21

Abbildung 3: Top 10 der Sockelengpassberufe für beruflich Qualifizierte (mit Hervorhebung der darin enthaltenen Berufe im MINT¹-Bereich)

Relation aus Arbeitslosen und gemeldeten offenen Stellen für den Zeitraum 09/2011 bis 08/2013, Berufsgattungen mit mindestens 100 Arbeitslosen



*o. S.: ohne Spezialisierung

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft: Fachkräfteengpässe in Unternehmen, Januar 2014, S. 17

1 MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

mehr Bildungs- und Mobilisierungsanstrengungen bleibt jedoch auch Zuwanderung von internationalen Fachkräften notwendig. Deshalb sollen auch die Chancen auf dem globalen Arbeitsmarkt genutzt werden, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen.

- ▶ Die Arbeitsgruppe „Mobilisierung aller Potenziale zur Sicherung der Fachkräftebasis“ setzt sich unter Leitung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der Bundesagentur für Arbeit mit den inländischen Potenzialen auseinander. Der Fokus liegt bislang auf der Integration junger Erwachsener ohne Berufsabschluss und Frauen in den Arbeitsmarkt.²
- ▶ Die Arbeitsgruppe „Ausländisches Arbeitskräftepotenzial erschließen und Willkommenskultur schaffen“ unter Leitung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) und des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) will qualifizierte Zuwanderung nach Deutschland fördern. Dafür werden nicht nur bestehende Maßnahmen gebündelt, sondern auch gemeinsam neue erarbeitet. Neben dem Werben um Fachkräfte im Ausland soll die Attraktivität Deutschlands als Zuwanderungsland

Kasten 2: Das Fachkräftekonzept der Bundesregierung

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung hat die Bundesregierung 2011 beschlossen, ihre Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs entlang von fünf Sicherungspfaden zu strukturieren und aufeinander abzustimmen:

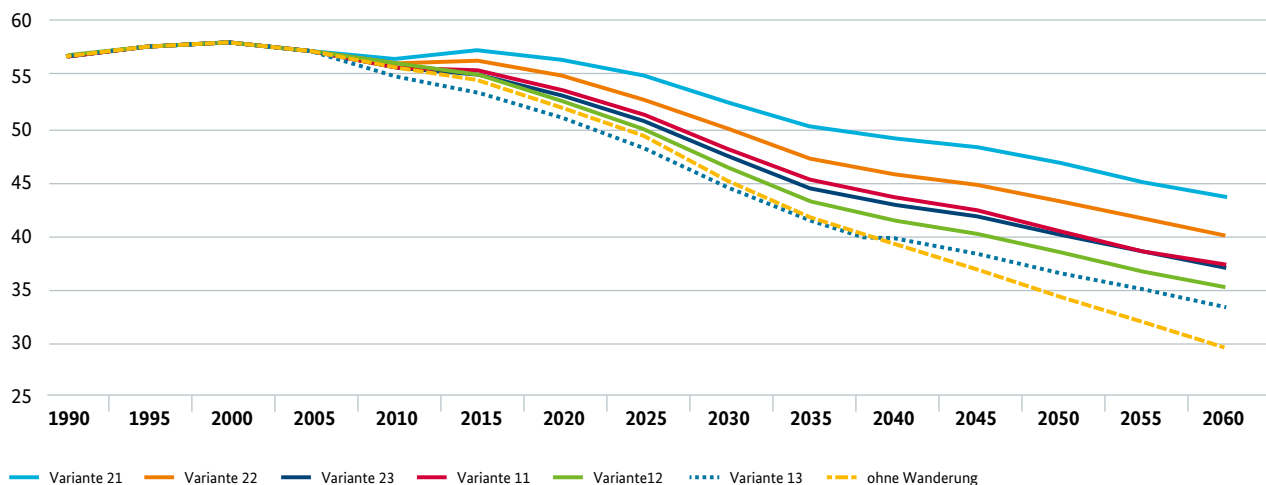
1. Aktivierung und Beschäftigungssicherung (insbesondere für Ältere und Arbeitslose)
2. Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
3. Bildungschancen für alle von Anfang an
4. Qualifizierung: Aus- und Weiterbildung
5. **Integration und qualifizierte Zuwanderung**



Das Fachkräftekonzept der Bundesregierung:
http://bit.ly/BMWi_Fachkraeftesicherung

Abbildung 4: Projektion der Erwerbsbevölkerung (Alter 15 bis einschließlich 66 Jahre)

1990 bis 2060 – ab 2009 Projektion, in Mio. Personen



	Variante 21	Variante 22	Variante 23	Variante 11	Variante 12	Variante 13	ohne Wanderung
Zuwanderung	hohe			niedrige			
Abwanderung	niedrige	mittlere	hohe	niedrige	mittlere	hohe	ohne

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung: IAB-Forschungsbericht 10/2013, S. 25

2 Für weitere Informationen siehe auch S. 40ff. des Berichts „Jedes Alter zählt“, der zum 2. Demografiegipfel im Mai 2013 veröffentlicht wurde: <http://bit.ly/jedesAlter>

gesteigert und eine Willkommenskultur in Unternehmen, Verwaltung und Gesellschaft etabliert werden. Im Zentrum der Überlegungen der Arbeitsgruppe stehen neben den entwicklungspolitischen Interessen der Herkunftsländer die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

Praxisnahe Lösungen gefordert – insbesondere für KMU

Die Vorteile der Rekrutierung von ausländischen Fachkräften liegen auf der Hand: Sie helfen, den Fachkräftebedarf zu sichern, fördern die Vielfalt in der Belegschaft, können Impulse setzen und Zugänge zu neuen Märkten ebnen. Dennoch greifen KMU derzeit noch relativ selten auf das Potenzial aus dem Ausland zurück. Um sich im Wettbewerb um Fachkräfte behaupten zu können, müssen gerade KMU zunehmend innovativ sein. Die internationale Personalrekrutierung ist aber vielfach eine Herausforderung. Dabei spielen sowohl rechtliche Rahmenbedingungen als auch „weichere“ Aspekte wie die Integration der neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihrer Familien eine wichtige Rolle.

Die Arbeitsgruppe „Ausländisches Arbeitskräftepotenzial erschließen und Willkommenskultur schaffen“ unterstützt KMU und andere Zielgruppen durch die Bereitstellung von Informationen sowie praktischen und handhabbaren Hilfestellungen. Dabei bringt jedes Mitglied seine spezifische Expertise und Erfahrung ein:

- ▶ Das Willkommensportal „Make it in Germany“ hilft bei der Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland. Fachkräfte weltweit erhalten Informationen zu Leben und Arbeiten in Deutschland, insbesondere den neuen Zuwanderungsmöglichkeiten; Arbeitgeber bekommen Tipps für die Rekrutierung internationaler Fachkräfte. Um dies auch in außereuropäischen Staaten zu unterstützen, wird das Willkommensportal in Indien, Indonesien und Vietnam durch Pilotprojekte begleitet.³



www.make-it-in-germany.com



- ▶ Ein „Wegweiser zu deutschen Organisationen im Ausland“⁴ führt die wichtigsten Institutionen und Organisationen auf, die im Ausland über Leben und Arbeiten in Deutschland informieren.
- ▶ Die „Praxistipps für Arbeitgeber“ (in Arbeit) enthalten ganz konkrete Hinweise für Unternehmen, was für die erfolgreiche Beschäftigung und Integration von Fachkräften und Auszubildenden relevant ist. Dies beinhaltet bspw. Informationen zu Deutschkursen.
- ▶ Ein „zentraler Ansprechpartner für Zuwanderungsfragen“ (in Planung) soll die Beratungskompetenz einschlägiger Akteure bündeln und Fachkräfte, Studierende und Auszubildende aus dem Ausland u. a. über Arbeitsmarktchancen und den Erhalt einer Arbeitserlaubnis informieren.
- ▶ Vorbildliche Beispiele regionaler Netzwerke zur Fachkräftegewinnung sollen deutschlandweit verbreitet werden.
- ▶ Eine Wirkungsanalyse beschäftigt sich mit der Umsetzung der gesetzlichen Regelungen mit Blick auf Fachkräfte aus dem Ausland. Dabei wird auch die Anwendung des Rechtsrahmens durch Wirtschaft, Verwaltung und ausländische Fachkräfte selbst bewertet. Hintergrund ist, dass Deutschland mittlerweile, auch nach Bewertung der OECD, über vergleichsweise offene Zuwanderungsmöglichkeiten für Fachkräfte aus dem Ausland verfügt. Offen ist, ob diese schon optimal von Unternehmen und Fachkräften genutzt werden.

³ Siehe www.make-it-in-germany.com/die-offensive/pilotprojekte

⁴ Zuwanderung von Fachkräften: Welche Organisationen helfen: http://bit.ly/DIHK_Wegweiser

- Vier mittelständische Unternehmen, die bereits erfolgreich Willkommenskultur „leben“ und Fachkräfte aus dem Ausland vorbildlich in ihre Belegschaft aufgenommen haben, wurden im Jahr 2013 mit dem BMWi-Unternehmenspreis für mehr Willkommenskultur ausgezeichnet. Denn obgleich die Rekrutierung internationaler Fachkräfte für viele KMU noch unbekanntes Terrain ist, gibt es schon viele erfolgreiche Best-Practice-Beispiele.

Ausblick: Bekenntnis zu qualifizierter Zuwanderung

Anlässlich der Debatte um das Inkrafttreten der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus Rumänien und Bulgarien betonen Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften gleichermaßen die Notwendigkeit der Zuwanderung internationaler Fachkräfte.⁵ In der DIHK-Konjunkturumfrage vom Herbst 2013 geben je nach Branche zwischen 36 und 42 Prozent der Unternehmen an, dass der Fachkräftemangel für ihr Unternehmen ein Geschäftsrisiko darstellt. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat dargestellt, dass Zuwanderung nicht nur dazu beiträgt, die Fachkräftelücke zu verkleinern, sondern stabilisierend auf die öffentlichen Haushalte wirkt. Auch in der Bevölkerung stößt die Zuwanderung internationaler Fachkräfte mittlerweile mehrheitlich auf Akzeptanz: Laut ARD-DeutschlandTrend vom Januar 2014 sind 68 Prozent der Deutschen der Auffassung, dass die deutsche Wirtschaft qualifizierte Arbeitskräfte aus anderen Ländern braucht.

Die Zuwanderung nach Deutschland ist zuletzt insbesondere aus europäischen Ländern angestiegen. Dies könnte sich aber ändern, sobald sich die wirtschaftliche Gesamtlage wieder erholt und sich den Fachkräften attraktivere Perspektiven in ihren Herkunftsländern eröffnen, die gleichzeitig vor ähnlichen demografischen Entwicklungen stehen.

Deutschland steht in hartem Wettbewerb um die klügsten Köpfe mit den etablierten Zuwanderungsländern. Neben der Verbesserung des Deutschlandbildes im Ausland ist deshalb erforderlich, die Verwaltungsverfahren transparenter zu gestalten und eine Willkommenskultur im Land zu etablieren. Dafür bedarf es einer sachlich geführten Diskussion in der Öffentlichkeit sowie einer positiven Besetzung des Themas Zuwanderung.

Die bevorstehenden demografischen Veränderungen werfen zentrale wirtschaftspolitische Fragestellungen auf – insbesondere die Sicherung des Fachkräftebedarfs. Die Notwendigkeit, diesen Herausforderungen weiterhin zu begegnen und Gestaltungsspielräume zu nutzen, wurde auch im Koalitionsvertrag festgehalten: Die Arbeiten der Arbeitsgruppe „Ausländisches Arbeitskräftepotenzial erschließen und Willkommenskultur schaffen“ werden fortgesetzt, damit die Nachhaltigkeit der bisherigen und geplanten Maßnahmen gewährleistet wird. So können zentrale Weichen frühzeitig gestellt und insbesondere auch für KMU attraktive Chancen eröffnet werden.

Kontakt: Marianne Bielecka und Katharina Hierl
Referat: Fachkräfte, Bildungspolitik und berufliche Bildung – Werben um Fachkräfte im Ausland

5 Die Bundesregierung hat Anfang des Jahres einen Staatssekretärsausschuss eingerichtet, der sich mit Rechtsfragen und Herausforderungen in Zusammenhang mit dieser Debatte beschäftigt.

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung¹

Weltwirtschaft: Verhaltene Belegung setzt sich fort.

Die Weltwirtschaft hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres leicht belebt und ihre konjunkturellen Perspektiven hellen sich allmählich weiter auf. Die Verunsicherung an den Finanzmärkten hat sich zurückgebildet. Wichtige Frühindikatoren verbesserten sich erneut leicht. Der OECD Composite Leading Indicator für die OECD-Staaten setzte im Dezember seinen seit etwa einem Jahr anhaltenden Aufwärtstrend fort. Der globale Markt Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe blieb im Januar in etwa auf seinem Zweieinhalb-Jahres-Hoch. Strukturelle Probleme sowohl im Bereich der Finanzmärkte als auch in der Realwirtschaft bestehen aber vielerorts fort. Die notwendigen Anpassungsprozesse dämpfen noch die wirtschaftliche Dynamik. Auch bleiben die Entwicklungen in den einzelnen Ländern und Regionen heterogen. Die stärkeren Wachstumsimpulse kommen derzeit aus den Industrieländern, während die Schwellenländer nicht an das starke Wachstumstempo der vorangegangenen Jahre anknüpfen können. In einigen von ihnen hat zudem ein Abfluss von ausländischem Finanzkapital eingesetzt, der die nationalen Währungen unter Abwertungsdruck setzt und strukturellen Reformbedarf offenlegt. Der IWF rechnet in seiner

Wachstumsprognose vom Januar 2014 mit einem Anstieg des BIP der Weltwirtschaft von 3,7% in 2014 und von 3,9% im Jahr 2015. Den Anstieg des Welthandelsvolumens schätzt der IWF im laufenden Jahr auf +4,5% und 2015 auf +5,2%.

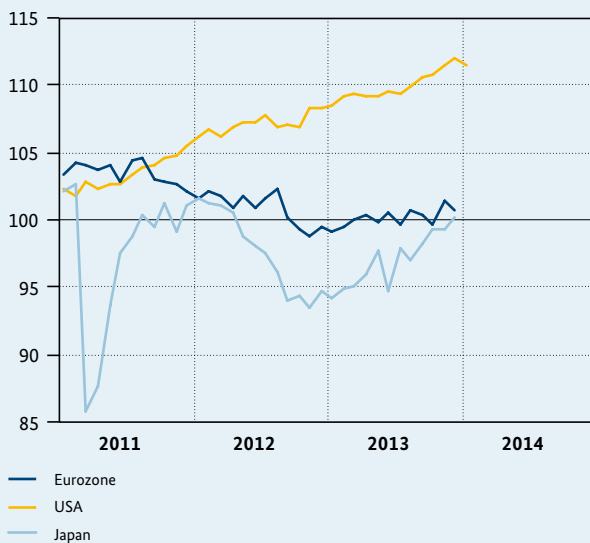
USA: Wirtschaft auf solidem Wachstumskurs.

Nach dem außergewöhnlich kräftigen Wachstum im dritten Quartal 2013 (+1,0% bzw. annualisiert +4,1%) hat das Wachstum im vierten Quartal wieder etwas Tempo eingebüßt (+0,8% bzw. annualisiert +3,2%). Dies war auch auf Witterungseinflüsse zurückzuführen. Insgesamt befindet sich die US-Wirtschaft auf einem soliden Wachstumskurs. Die Industrieproduktion schwächte sich zwar im Januar nicht zuletzt witterungsbedingt spürbar ab, eine Trendwende zeichnet sich aber angesichts der positiven Entwicklung der Auftragseingänge in der zweiten Jahreshälfte 2013 nicht ab. Die Arbeitslosenquote sank im Januar weiter auf 6,6%. Die Zahl der neu geschaffenen Stellen nahm allerdings nur um 113.000 zu, während sich der Stellenzuwachs im Monatsdurchschnitt 2013 auf rund 180.000 belief. Auch das ISM-Geschäftsklima in der Industrie schwächte sich im Januar spürbar ab. Die Fed hat erneut verdeutlicht, die allmähliche Reduzierung der Anleihekäufe fortzusetzen. Gleichwohl bleibt die Geldpolitik weiterhin sehr expansiv. Mit dem Mitte Dezember ausgehandelten Haushaltskompromiss und der jüngsten Anhebung der Schuldenobergrenze wurde ein wesentlicher Risiko- und Bremsfaktor für die US-Konjunktur zumindest bis zum Frühjahr 2015 ausgeräumt. Der IWF rechnet für 2014 mit einem Wachstum von 2,8%, nach +1,9% im abgelaufenen Jahr.

Japan: Wachstum verlangsamt sich.

Das Wachstum der japanischen Wirtschaft hatte sich im Gefolge der sehr expansiven geldpolitischen Maßnahmen der Zentralbank und kräftiger fiskalischer Impulse in der ersten Jahreshälfte 2013 erstmals wieder spürbar erhöht. Nach Zuwächsen des Bruttoinlandsprodukts in den ersten beiden Quartalen 2013 um preisbereinigt 1,2% bzw. 1,0% schwächte sich das Wachstum im dritten und vierten Quartal aber wieder auf +0,3% ab. Die Auftragseingänge

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 17. Februar 2014 vorlagen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum
(preis- und saisonbereinigt)

	2012 Q4	2013 Q1	2013 Q2	2013 Q3	2013 Q4
Euroraum	-0,5	-0,2	0,3	0,1	0,3
USA	0,0	0,3	0,6	1,0	0,8
Japan	-0,1	1,2	1,0	0,3	0,3

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Euroraum	12,1	12,0	12,0	12,0	-
USA	7,2	7,2	7,0	6,7	6,6
Japan	4,0	4,0	4,0	3,7	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Euroraum	1,1	0,7	0,9	0,8	0,7
USA	1,2	1,0	1,2	1,5	-
Japan	1,0	1,1	1,6	1,6	-

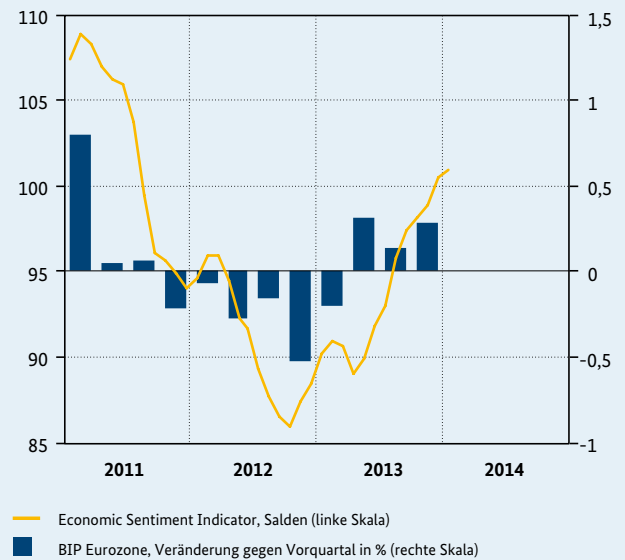
Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

gingen im Dezember zurück, die Industrieproduktion setzte demgegenüber ihre Aufwärtstendenz fort. Die Preise nehmen wieder etwas stärker zu. Die Jahresrate der Verbraucherpreise verblieb im Dezember 2013 bei 1,6% und hielt damit den höchsten Wert seit Oktober 2008. Andererseits entwickelten sich die Löhne und Gehälter noch vergleichsweise gedämpft. Im April 2014 soll die Konsumsteuer um 3 Prozentpunkte auf 8% erhöht werden. Um den dämpfenden Effekten dieser Maßnahme entgegenzuwirken, wurde Anfang Dezember ein weiteres Konjunkturpaket im Umfang von umgerechnet knapp 40 Mrd. Euro beschlossen. Es soll aus Steuermehreinnahmen finanziert werden. Ob damit der Übergang in einen sich selbst tragenden Aufschwung gelingt, bleibt abzuwarten. Das Konsumentenvertrauen trübte sich jedenfalls im Januar weiter ein. Der IWF rechnet in seiner Prognose vom Januar für das laufende Jahr 2014 mit einem BIP-Wachstum von 1,7%.

Euroraum: Allmähliche Belebung im laufenden Jahr.

Die Eurozone verzeichnete nach anderthalbjähriger Rezession seit dem zweiten Quartal des vergangenen Jahres wieder ein leichtes Wachstum. Getragen wurde dies vor allem

Eurozone: BIP und Economic Sentiment (saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, European Commission

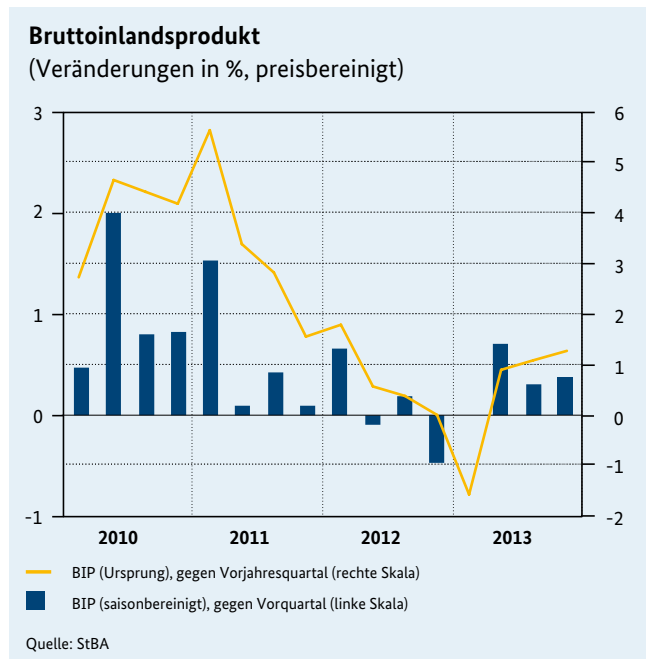
durch die Belebung in einigen Kernländern, insbesondere auch in Deutschland. Aber auch in Irland oder Programmländern wie Portugal und Spanien gelang die konjunkturelle Wende. Im Jahresschlussquartal 2013 erhöhte sich das BIP in der Eurozone weiter um 0,3%. Hierzu leisteten nunmehr auch Frankreich und Italien wieder einen Beitrag. Das Indikatorenbild ist derzeit noch gemischt, deutet aber insgesamt auf eine Wende zum Besseren in den Peripherieländern und eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung in den Kernländern hin. Der Economic Sentiment Indicator für den Euroraum setzte im Januar 2014 seine Aufwärtsentwicklung fort. Die Industrieproduktion ging im Dezember zurück (-0,7%) und blieb auch im gesamten vierten Quartal verhalten. Die Jahresrate der Verbraucherpreise schwächte sich im Januar weiter auf +0,7% ab. Der IWF bestätigte zuletzt seine Schätzung vom Frühjahr und rechnet für das Gesamtjahr 2014 mit einem Wachstum von +1,0%, nach einem Rückgang um 0,4% im abgelaufenen Jahr.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts setzt sich zum Jahreswechsel fort.

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs. Die gesamtwirtschaftliche Leistung hat sich im Jahresschlussquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt weiter um 0,4%² gegenüber dem Vorquartal erhöht.³ Nach der Stagnation im ersten Quartal 2013 knüpfte es damit an das Wachstum im zweiten (+0,7%) und dritten Quartal (+0,3%) an. Das Bruttoinlandsprodukt nahm im Jahresdurchschnitt 2013 um 0,4% zu. Impulse kamen im vierten Quartal vom Außenhandel, da sich die Exporte besser entwickelten als die Importe. Die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten belebten sich ebenfalls. Die staatlichen Konsumausgaben nahmen demgegenüber nicht weiter zu, die privaten Konsumausgaben schwächten sich nach den kräftigen Anstiegen in den beiden Vorquartalen geringfügig ab. Dämpfend auf die Bruttowertschöpfung wirkte, dass ein Teil der Nachfrage durch Vorratsabbau und nicht aus laufender Produktion bedient wurde.



Für das laufende Jahr 2014 sind die Weichen für einen soliden und stetigen Aufschwung gestellt, der an Breite gewinnt. Er wird vor allem von der Binnennachfrage getragen. Die Konsumausgaben werden weiter zunehmen und die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten werden sich spürbar beschleunigen. Insgesamt erwartet die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion 2014 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,8%.

2. Produzierendes Gewerbe

Weiterer Anstieg der Erzeugung im Produzierenden Gewerbe im Jahresschlussquartal 2013.

Wachstumsträger bleibt die Industrie.

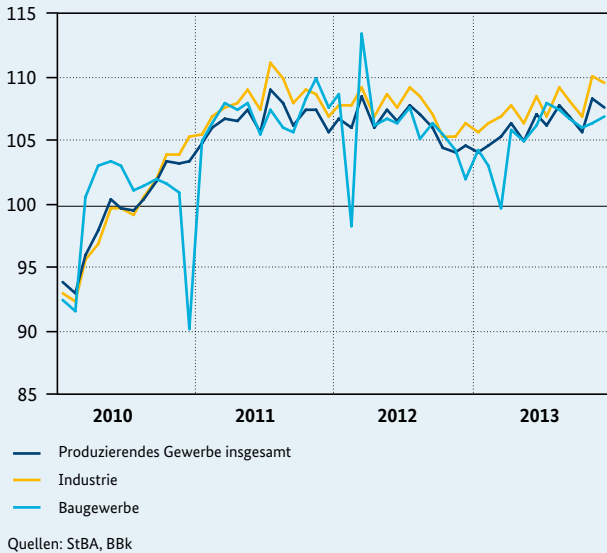
Gute Auftragslage in Industrie und Bau und anhaltende Aufhellung der Stimmungsindikatoren signalisieren weitere Aufwärtstendenzen.

Das Produzierende Gewerbe konnte trotz eines leichten Rückgangs der Erzeugung im Dezember im Jahresschlussquartal 2013 gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt erneut einen leichten Produktionszuwachs verbuchen (+0,2%). Im Jahr 2013 insgesamt lag die Gesamterzeugung damit auf dem Stand des Vorjahres. Stützende Impulse kamen im vergangenen Jahr von der Industrieproduktion, die gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,2% zulegte. Der Rückgang der Erzeugung im Baugewerbe (-0,4%) und im Bereich der Energie (-2,0%) dämpfte im vergangenen Jahr dagegen das Wachstum. Angesichts der in den letzten Monaten 2013 insgesamt recht lebhaften Bestelltätigkeit und der auch zu Beginn dieses Jahres anhaltend positiven Entwicklung der einschlägigen Stimmungsindikatoren bleiben die Perspektiven für das Produzierende Gewerbe aufgehellte.

Die Industrie blieb auch im vierten Quartal die treibende Kraft im Produzierenden Gewerbe. Mit einem Zuwachs um 0,6% erhöhte sich die Industrieproduktion im vierten Quartal ebenso stark wie im dritten Quartal. Bei insgesamt deutlichen Schwankungen in den Einzelmonaten ging die Erzeugung im Dezember zurück (-0,5%). Hierbei ist allerdings

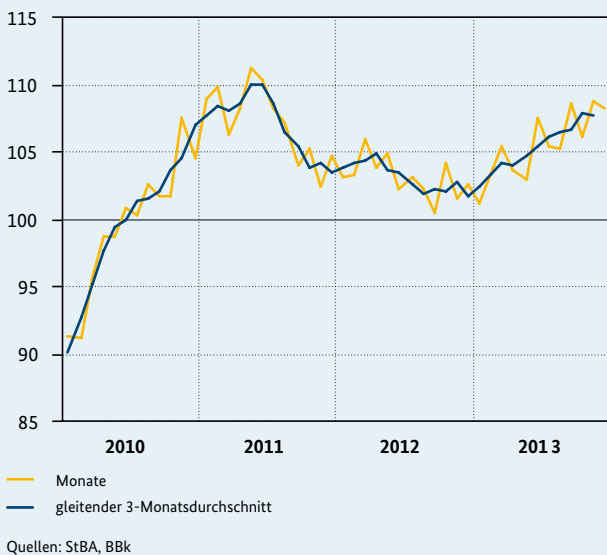
- Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Angaben.
- Laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 14. Februar 2014. Die ausführliche Meldung zum Bruttoinlandsprodukt für das vierte Quartal 2013 wird vom Statistischen Bundesamt am 25. Februar 2014 veröffentlicht.

Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



in Rechnung zu stellen, dass die Abschwächung maßgeblich auf Brückentagseffekten beruhte. Den Industrieumsätzen zufolge kamen die Wachstumsimpulse im vierten Quartal insgesamt weiter maßgeblich vom Auslandsgeschäft. Die Inlandsumsätze entwickelten sich dagegen verhalten. Die Expansion der Erzeugung in der Industrie wurde im vierten Quartal vor allem durch das Wachstum der Vorleistungsgüterproduktion getragen (+2,1%). Daneben trug die Zunahme

Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



der Konsumgüterproduktion zum Wachstum bei. Die Investitionsgütererzeugung wurde dagegen leicht eingeschränkt (-0,5%). Die Umsätze mit Investitionsgütern erhöhten sich im Jahresschlussquartal dennoch um 2,3%. Ein Teil davon wurde demnach durch Lagerabbau erbracht.

Die Auftragseingänge in der Industrie schwächten sich im Dezember um 0,5% ab. Gleichwohl zeigt sich der Aufwärtstrend bei den Industrieaufträgen wenig beeindruckt. Im letzten Quartal nahmen die Auftragseingänge trotz des leichten Rückgangs am aktuellen Rand weiter um 1,2% zu. Dabei wirkten die in den letzten Monaten überdurchschnittlichen Umsätze an Großaufträgen deutlich stützend. Durch die insgesamt lebhaftere Bestellaktivität im Verlauf des letzten Jahres hat sich die Auftragslage der Industrieunternehmen weiter verbessert. Dies ist eine gute Ausgangsposition für die Industriekonjunktur im laufenden Jahr. Die Nachfrageimpulse kamen im vierten Quartal dabei weiterhin in erster Linie aus dem Ausland. Hier sorgten vor allem die Bestellungen aus den Bereichen Chemie, Metallherstellung, Datenverarbeitung, optische und elektrische Geräte sowie aus dem Fahrzeugbau für Auftrieb. Die Inlandsnachfrage entwickelt sich demgegenüber noch recht verhalten. Dabei fällt weiterhin die recht schwache Bestellaktivität an Investitionsgütern auf, während die Nachfrage nach Vorleistungsgütern im Trend zunahm.

Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
Produktion					
Insgesamt	0,6	0,6	-1,1	3,0	-0,5
Vorleistungsgüter	0,1	2,1	0,7	1,2	1,0
Investitionsgüter	0,9	-0,5	-2,8	5,1	-2,5
Konsumgüter	0,2	1,0	-0,2	1,3	0,9
Umsätze					
Insgesamt	0,0	1,5	-0,2	2,6	-1,4
Inland	0,9	0,1	-0,9	2,0	-1,5
Ausland	-0,9	3,0	0,6	3,3	-1,3
Auftragseingänge					
Insgesamt	1,7	1,2	-2,2	2,4	-0,5
Inland	2,6	-0,7	-1,9	2,6	-1,6
Ausland	1,0	2,6	-2,4	2,3	0,4
Vorleistungsgüter	0,8	1,8	1,9	0,8	-2,2
Investitionsgüter	2,6	0,8	-4,9	3,6	1,0
Konsumgüter	-1,3	1,5	-0,4	1,7	-2,0

Quellen: StBA, BBk

Das von der Auftragslage vorgezeichnete optimistische Konjunkturbild für die Industrie wird durch die Entwicklung der einschlägigen Stimmungsindikatoren gestützt. So hoben die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im Rahmen des ifo Konjunkturtests im Januar sowohl ihre Urteile zur aktuellen Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen für die kommenden Monate spürbar an. Dabei zeigten sie sich auch hinsichtlich ihrer Exporterwartungen optimistischer. Angesichts der weiter leicht gestiegenen Kapazitätsauslastung haben sich die Aussichten für ein Anziehen der Investitionen verbessert. Dies wird im Grundsatz auch durch die jüngste Umfrage des DIHK bestätigt, wenngleich die Investitionsperspektiven weniger optimistisch ausfielen als erwartet. Der Markt/BME-Einkaufsmanagerindex verbesserte sich im Januar deutlich.

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
Insgesamt	1,6	-0,8	-0,6	0,3	0,5
Bauhauptgewerbe	1,3	0,3	-1,4	1,3	2,8
Ausbaugewerbe	1,8	-2,0	0,3	-0,8	-2,0

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
Insgesamt	1,2	-1,2	-2,6	3,9	4,7
Hochbau	7,3	-4,4	4,9	1,3	5,5
Wohnungsbau*	3,5	-0,7	-1,0	0,5	-2,9
Gewerblicher*	10,7	-5,4	10,7	4,2	11,1
Öffentlicher*	10,2	-7,9	2,3	-7,3	8,4
Tiefbau	-5,3	2,6	-10,4	7,2	3,6
Straßenbau*	-6,0	-3,4	-15,9	23,6	-7,4
Gewerblicher*	-2,7	1,2	0,8	-4,7	13,3
Öffentlicher*	-6,4	14,6	-16,3	4,3	8,5
Öffentlicher Bau insg.	-3,7	1,2	-13,1	10,4	0,4

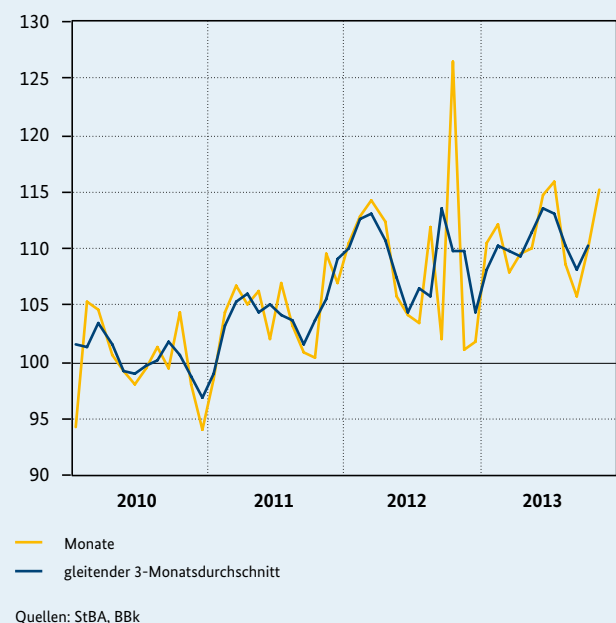
Quellen: StBA, BBK

* Angaben in jeweiligen Preisen

Die Bauproduktion hat sich zum Jahresende 2013 erholt. Nach einem leichten Zuwachs um 0,3% im November nahm sie im Dezember erneut um 0,5% zu. Sie unterschritt im vierten Quartal insgesamt aber das Ergebnis des durch Nachholeffekte begünstigten starken dritten Quartals 2013 um 0,8%. Die Aussichten für das Baugewerbe im laufenden Jahr bleiben gleichwohl günstig. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe verzeichneten im Oktober und November 2013 kräftige Zuwächse von 3,9% bzw. 4,7% und notie-

ren nur noch leicht unter dem Höchststand des vergangenen Jahres. Die gute Auftragslage und das anhaltend günstige Finanzierungsumfeld sind entscheidende Voraussetzungen dafür, dass sich die Baukonjunktur im laufenden Jahr wieder belebt. Der auch zu Beginn dieses Jahres zunehmende Optimismus der Unternehmen im Bauhauptgewerbe und insbesondere die kräftig verbesserten Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate unterlegen diese Einschätzung.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



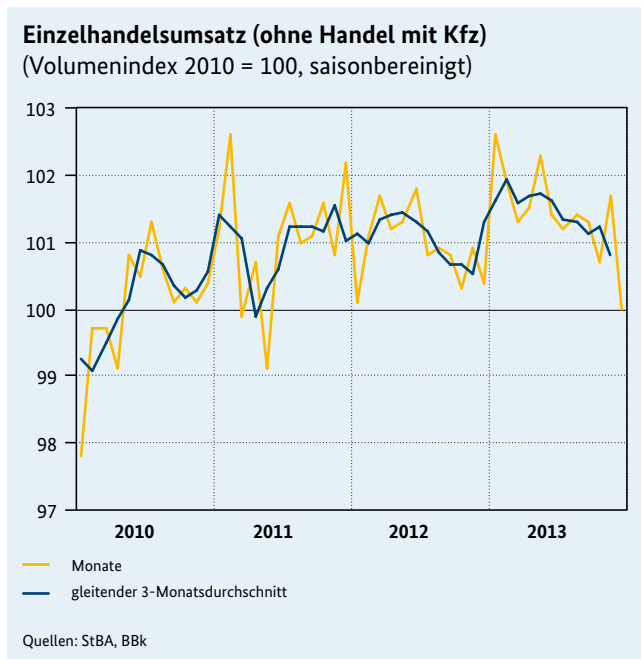
3. Privater Konsum

Nach kräftigen Zuwächsen leichter Rückgang der privaten Konsumausgaben im Jahresschlussquartal.

Im laufenden Jahr dürften die privaten Konsumausgaben eine Stütze des Wachstums bleiben.

Der private Konsum war im vergangenen Jahr einer der entscheidenden Wachstumsträger. Eine expandierende Beschäftigung und steigende Einkommen stärkten das Vertrauen der Verbraucher in die wirtschaftliche Zukunft. Die Sparquote ging 2013 das dritte Jahr in Folge auf 10,0% zurück. Die privaten Konsumausgaben nahmen 2013 gegenüber dem

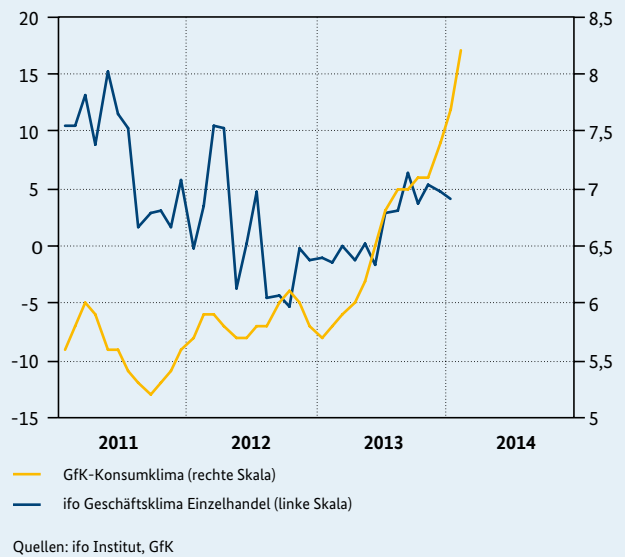
Vorjahr um 0,9% zu und leisteten einen Wachstumsbeitrag zum BIP von 0,5 Prozentpunkten. Das konsumfreundliche Umfeld spiegelt sich in der Stimmung der Einzelhandelsunternehmen wider, die sich im Verlauf des vergangenen Jahres deutlich aufgehellt hat. Trotz eines leichten Rückgangs zu Beginn dieses Jahres notiert das Geschäftsklima im Einzelhandel weiter auf hohem Niveau.



Gleichwohl schwächten sich die privaten Konsumausgaben nach den kräftigen Zuwächsen im Sommerhalbjahr im Jahresschlussquartal leicht ab. Die Einzelhandelsumsätze im engeren Sinne, d. h. ohne den Handel mit Kraftfahrzeugen, tendierten im Jahresschlussquartal 2013 leicht abwärts. Der Handel mit Kraftfahrzeugen, der allerdings auch gewerbliche Käufe einschließt, legte dagegen weiter zu.

Zu Beginn des laufenden Jahres zeigten sich die Konsumenten anhaltend optimistisch. Die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) prognostiziert für Februar einen weiteren Anstieg ihres Konsumklimaindikators um 0,5 auf 8,2 Punkte. Die befragten Verbraucher hoben ihre Konjunktur- und Einkommenserwartungen kräftig an. Auch die Anschaffungsneigung legte deutlich zu. Die privaten Konsumausgaben dürften daher auch im laufenden Jahr ein maßgeblicher Träger des gesamtwirtschaftlichen Wachstums bleiben.

Klimaindikatoren für den privaten Konsum (Salden)



4. Außenwirtschaft

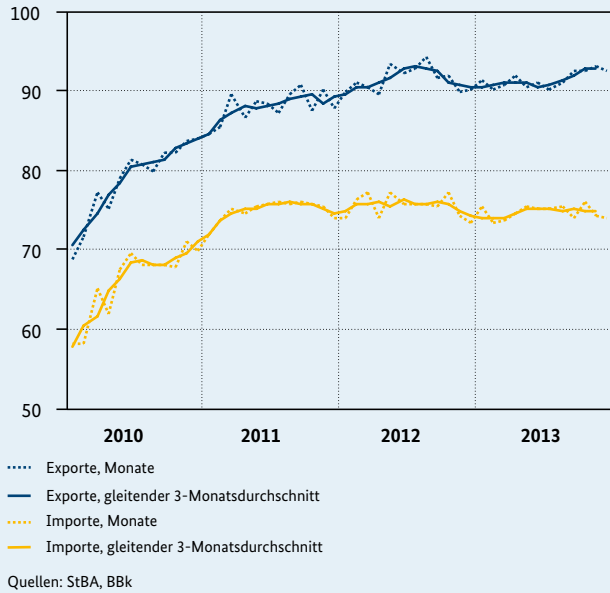
Die Perspektiven für den deutschen Außenhandel hellen sich auf.

Der deutsche Handelsbilanzüberschuss war im Jahr 2013 nur noch zu knapp einem Drittel auf den Handel im Euroraum zurückzuführen.

Die deutschen Warenausfuhren sind im Dezember kalender- und saisonbereinigt leicht um 0,9% im Vergleich zum Vormonat zurückgegangen, setzten im gesamten Jahresabschlussquartal aber ihren Aufwärtstrend fort. Im Gesamtjahr 2013 wurden Waren im Wert von 1.094 Mrd. Euro (Ursprungswert) exportiert, dies waren nominal 0,2% weniger als im Vorjahr. Dabei gingen im letzten Jahr knapp 37% der Ausfuhren in die Länder des Euroraums.

Die nominalen Wareneinfuhren gingen im Dezember kalender- und saisonbereinigt um 0,6% zurück. In den letzten Monaten bewegten sie sich überwiegend seitwärts. Im Jahr 2013 wurden insgesamt Waren im Wert von 895 Mrd. Euro (Ursprungswert) eingeführt. Das waren 1,2% weniger als im Vorjahr, was maßgeblich an den niedrigeren Einfuhrpreisen lag. Im Jahr 2013 wurden 38,4% der Waren aus Ländern des Eurogebiets bezogen und damit etwas mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Außenhandel mit Waren
(in Mrd. Euro, saisonbereinigt)



Für die Handelsbilanz ergab sich im Dezember ein Überschuss von 14,2 Mrd. Euro. Über das gesamte Jahr 2013 wies die Handelsbilanz ein Plus von 198,9 Mrd. Euro aus (+4,8% zum Vorjahr). Der Überschuss ging 2013 jedoch nur zu gut 30% auf den Handel mit anderen Euroländern zurück. Im entsprechenden Vorjahreszeitraum lag dieser Anteil bei 36% und 2011 noch bei etwa 53%. Der Leistungsbilanzsaldo betrug im Dezember 23,5 Mrd. Euro und summierte sich im Gesamtjahr 2013 auf 201,0 Mrd. Euro (+7,4% zum Vorjahr).

Außenhandel*

	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	0,2	1,7	0,3	0,7	-0,9
Einfuhr	-0,3	0,0	3,0	-2,3	-0,6
Veränderung gegen Vorjahresperiode in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	-0,8	2,0	0,7	1,1	4,6
Eurozone	0,2	1,8	0,3	0,4	5,5
EU Nicht-Eurozone	2,0	6,0	5,8	4,5	8,1
Drittländer	-2,0	2,6	0,2	3,1	4,8
Einfuhr	-0,5	-0,5	-1,5	-1,6	2,0
Eurozone	0,8	4,7	5,7	0,7	8,3
EU Nicht-Eurozone	3,5	6,6	6,7	2,9	11,0
Drittländer	-4,5	-6,8	-5,6	-6,7	-8,1

Quellen: StBA, BBk

* Warenhandel, in jeweiligen Preisen

Die Perspektiven für den Außenhandel hellen sich allmählich etwas auf. Die Weltindustrieproduktion hat zuletzt an Dynamik gewonnen. Die Bestellungen, die die deutsche Industrie aus dem Ausland erhält, entwickeln sich weiter günstig. Hier ist insbesondere die anziehende Nachfrage aus dem Euroraum ein positives Signal. Auch die ifo Exporterwartungen notieren trotz leichten Rückgangs im Dezember weiterhin auf hohem Niveau. Allerdings hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit – gemessen am realen effektiven Wechselkurs gegenüber 56 Handelspartnern – verschlechtert. Seit August 2012 hat Deutschland real um etwa 6% aufgewertet.

5. Arbeitsmarkt

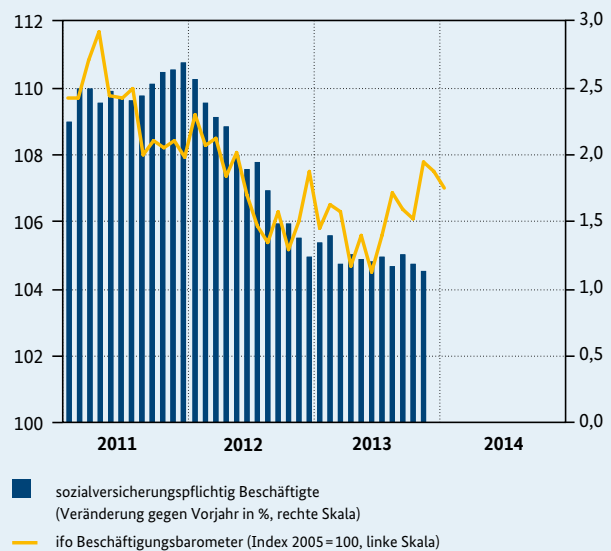
Der Arbeitsmarkt zeigte zum Jahresbeginn weiterhin eine erfreuliche Entwicklung.

Saisonbereinigt stieg die Beschäftigung weiter an, die Arbeitslosigkeit ging zurück.

Mit dem Aufschwung der deutschen Wirtschaft werden sich die positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt fortsetzen.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich zu Jahresbeginn günstig. Die Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt senden überwie-

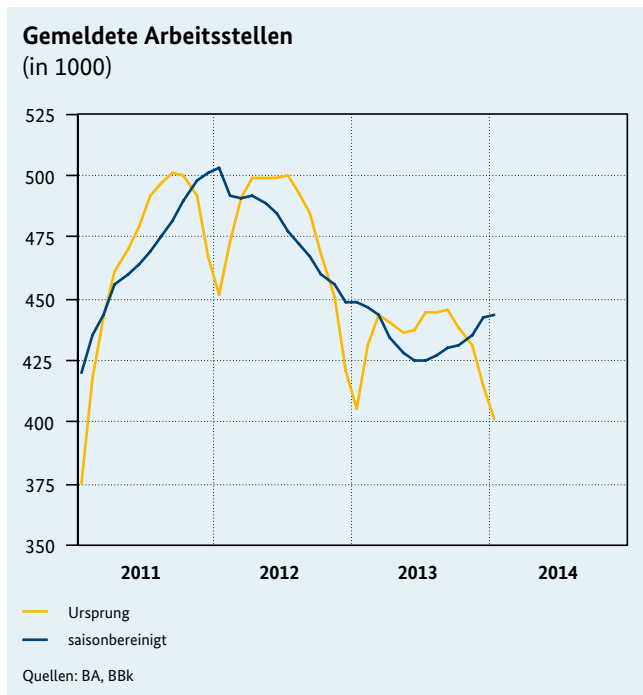
ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Quellen: BA, ifo Institut

gend freundliche Signale. Das ifo Beschäftigungsbarometer ging zwar im Januar leicht zurück, es deutet aber auf weitere Einstellungen durch die Unternehmen hin. Der BA-X Stellenindex verbesserte sich weiter um drei auf 156 Punkte.

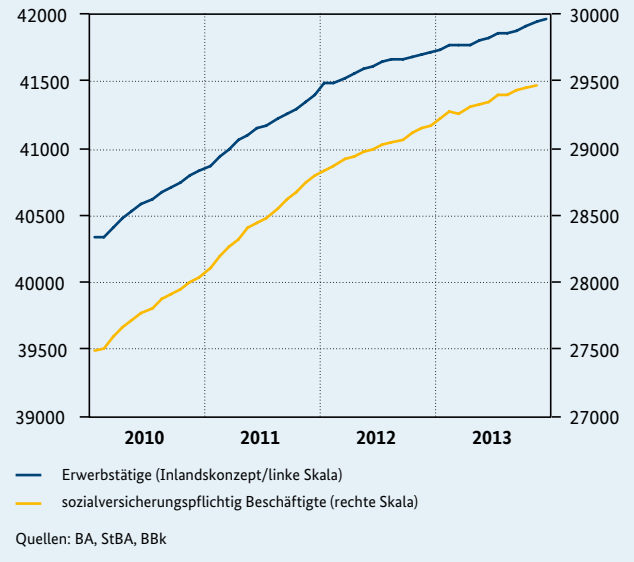
Die Nachfrage nach Arbeitskräften bewegt sich auf einem recht hohen Niveau. Sie zog in den vergangenen Monaten sogar leicht an. Der Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen erhöhte sich im Januar saisonbereinigt allerdings lediglich um 1.000 Stellen. Nicht saisonbereinigt belief sich der Bestand auf 401.000 Stellen.



Die Erwerbstätigkeit setzte zum Jahresende 2013 ihren Aufwärtstrend fort. Bereinigt von saisonalen Einflüssen nahm sie im Dezember um 24.000 Personen im Inland zu. Die nicht bereinigte Ursprungszahl der Erwerbstätigen sank jahreszeitlich bedingt auf 42,06 Mio. Personen. Der Vorjahresstand wurde mit leicht zunehmender Tendenz um 255.000 Personen überschritten.

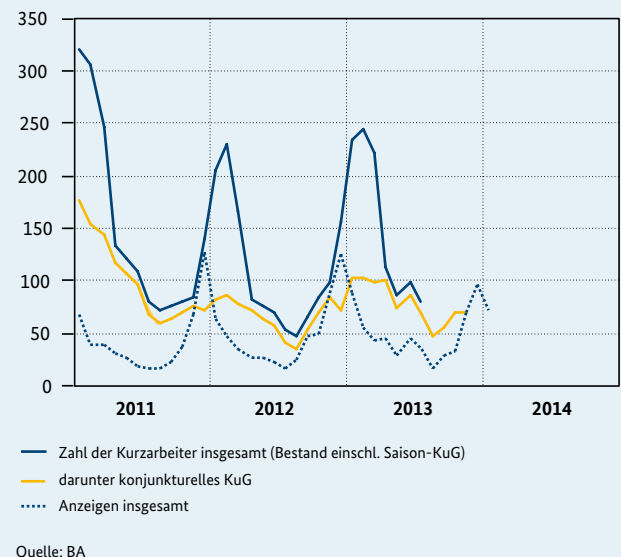
Getragen wird der Beschäftigungsaufbau weiterhin von der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Ihre Zahl erhöhte sich im November um saisonbereinigt 21.000 Personen. Nicht saisonbereinigt wurden 29,76 Mio. Beschäftigte gezählt. Im Vorjahresvergleich ergab sich damit ein Anstieg um 335.000 Personen. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nahm um 112.000 zu.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (in 1000, saisonbereinigt)



Die Beschäftigungsgewinne erstrecken sich weiterhin über eine Vielzahl von Branchen. Das größte Plus war mit Stand November binnen Jahresfrist bei den wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassung) mit +101.000 Beschäftigten zu verzeichnen, gefolgt vom Gesundheits- und Sozialwesen (+89.000). In der Arbeitnehmerüberlassung wurde im Vergleich zum Vorjahr wieder geringfügig Beschäftigung aufgebaut. Dies ist ein weiteres

Kurzarbeit und Anzeigen (in 1000)



Indiz für die erwartete konjunkturelle Belebung, nachdem zuvor die Beschäftigungszahlen in diesem Bereich längere Zeit rückläufig gewesen waren.

Die konjunkturelle Kurzarbeit zeigt sich weiter unauffällig. Im November wurde an 70.000 Personen Kurzarbeitergeld ausgezahlt, dies waren 1.000 mehr als im Oktober und 15.000 weniger als vor einem Jahr. Die Zahl neuer Anzeigen für Kurzarbeit wird für Januar auf ca. 26.000 Personen geschätzt, nach knapp 20.000 im Dezember.

Die Arbeitslosigkeit entwickelte sich im Januar trotz des Anstiegs auf über 3 Mio. den zweiten Monat in Folge günstig. Saisonbereinigt ging sie um 28.000 Personen zurück. Nicht saisonbereinigt stieg die Zahl der Arbeitslosen etwas weniger stark als im Januar üblich auf 3,136 Mio. Personen (Ursprungszahl). Die Arbeitslosenquote erhöhte sich jahreszeitlich bedingt auf 7,3 % (Vorjahr: 7,4 %).

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q3	Q4	Nov.	Dez.	Jan.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,903	2,827	2,806	2,873	3,136
gg. Vorjahr in 1.000	46	45	55	33	-2
gg. Vorperiode in 1.000*	3	13	6	-19	-28
Arbeitslosenquote	6,7	6,6	6,5	6,7	7,3

Erwerbstätige (Inland)

	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
in Mio.	42,0	42,2	42,3	42,3	42,1
gg. Vorjahr in 1.000	216	243	233	242	255
gg. Vorperiode in 1.000*	67	74	35	25	24

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
in Mio.	29,2	29,5	29,8	29,8	29,8
gg. Vorjahr in 1.000	355	355	368	349	335
gg. Vorperiode in 1.000*	73	81	33	28	21

Quellen: BA, StBA, BBk

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

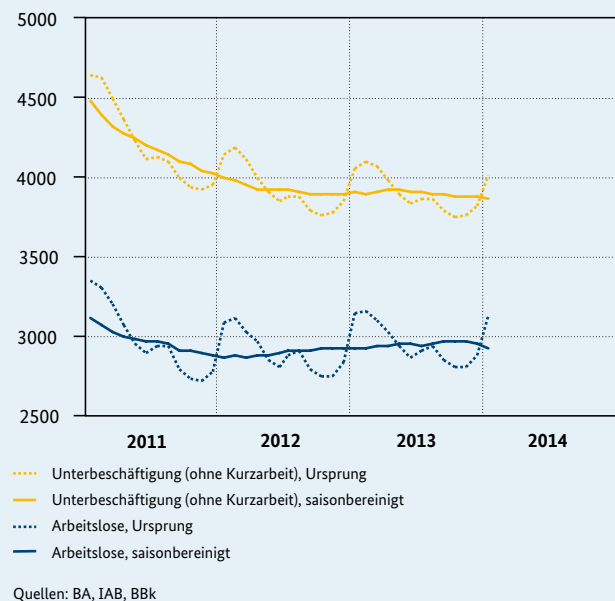
Der milde Start in den Winter könnte die günstige Entwicklung der Arbeitslosigkeit unterstützt haben. Der Zugang in Arbeitslosigkeit aus witterungsabhängigen Berufen war allerdings nicht geringer als jahreszeitlich üblich. Die günstige Entwicklung der Arbeitslosigkeit zum Jahreswechsel wurde dagegen erneut durch eine Zunahme der Entlastungswirkung der Arbeitsmarktpolitik unterstützt. Für die kommenden Monate signalisiert das Arbeitsmarktbarome-

ter des IAB als neuer Frühindikator eine weitere leichte Abnahme der Arbeitslosigkeit.

Die Erwerbslosenquote nach dem Konzept der ILO verharrte saisonbereinigt im Dezember bei 5,2 %. Deutschland hat damit eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten innerhalb der Industrieländer.

Dass sich die Arbeitslosigkeit derzeit weniger günstig als die Beschäftigung entwickelt, hat mehrere Ursachen. Das Erwerbspersonenpotenzial nimmt gegenwärtig gegen den langfristigen demografischen Trend zu. Die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren sowie eine höhere Zuwanderung überkompensieren die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung. Das IAB geht unter Berücksichtigung dieser Effekte davon aus, dass das Erwerbspersonenpotenzial im Jahr 2014 um 120.000 auf über 45,5 Mio. Personen zunehmen wird. Dies dämpft den Rückgang der Arbeitslosigkeit. Zudem werden mit dem bisher erreichten Abbau von Arbeitslosigkeit die Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt schwieriger. Die Profile der Arbeitslosen entsprechen nicht immer den Anforderungen. Der Abbau von Arbeitslosigkeit erfolgt daher trotz Nachfrage seitens der Wirtschaft schleppender.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (in 1000)



Die Entlastungswirkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik nahm im Januar erneut etwas zu. Die Unterbeschäftigung,

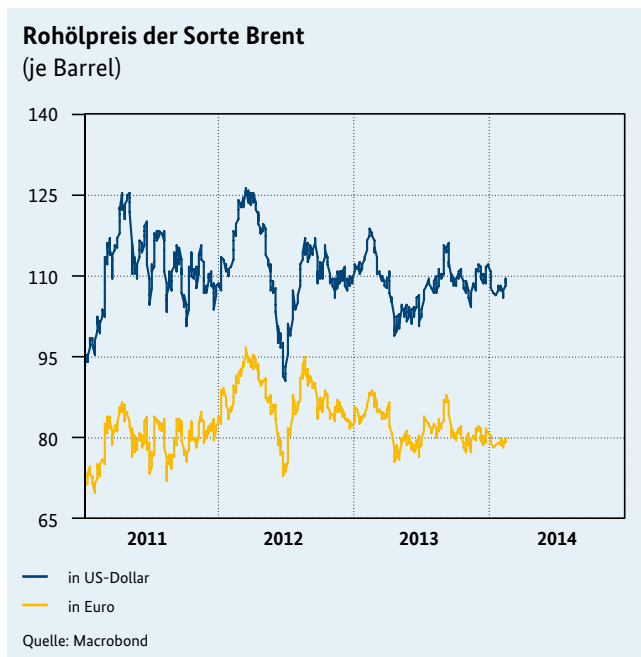
bei der die Entlastung durch die Arbeitsmarktpolitik unberücksichtigt bleibt, ging im Januar mit saisonbereinigt -7.000 Personen daher etwas weniger stark zurück als die Arbeitslosigkeit. Nicht saisonbereinigt waren im Januar 4,02 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit) unterbeschäftigt. Die Unterbeschäftigungsquote stieg auf 9,2% (Vorjahr: 9,4%).

6. Preise

Saisontypischer Preisrückgang bei den Verbraucherpreisen zum Jahresbeginn.

Preisklima bleibt unverändert ruhig.

Die Preisentwicklung verlief im vergangenen Jahr sehr gemäßigt. Mit +1,5% fiel der Anstieg der Verbraucherpreise merklich geringer aus als im Jahr 2012 (+2,0%). Dabei profitierten die Konsumenten insbesondere von der rückläufigen Entwicklung der Einfuhrpreise. Auch in diesem Jahr dürfte sich die moderate Entwicklung der Verbraucherpreise fortsetzen. Die Bundesregierung rechnet in ihrer aktuellen Projektion mit einem durchschnittlichen Verbraucherpreisanstieg von 1,5% im Jahr 2014.

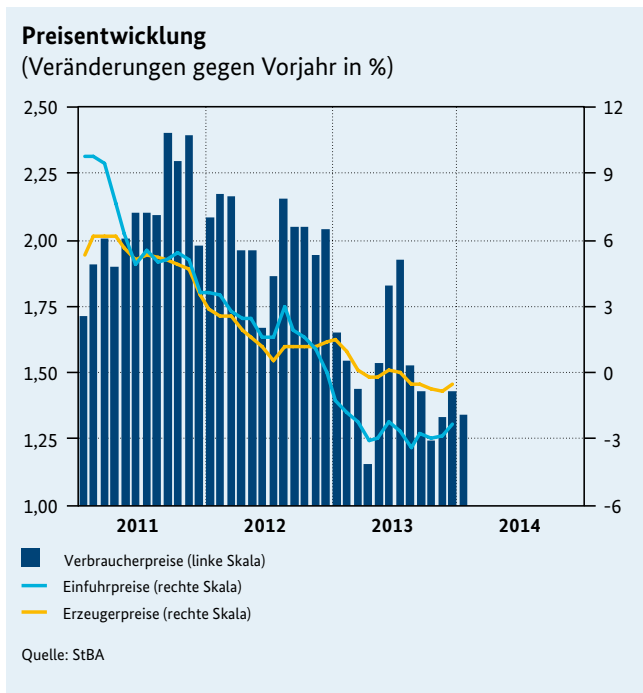


Der Rohölpreis der Sorte Brent zog im Februar mit den sich aufhellenden Perspektiven für die Weltwirtschaft etwas an und lag zur Monatsmitte bei 110 US-Dollar/Barrel. Er liegt aber weiterhin circa 7% unter Vorjahresniveau.

In Deutschland gingen die Einfuhrpreise im vergangenen Jahr spürbar zurück. Verantwortlich hierfür waren vor allem die rückläufigen Energiepreise auf den Weltmärkten, die unter dem Einfluss der gedämpften Wirtschaftsentwicklung in wichtigen Industrie- und Schwellenländern deutlich nachgaben. Insgesamt verbilligten sich die Preise für Importwaren im Jahresdurchschnitt 2013 um 2,6% im Vergleich zum Vorjahr (2012: +2,2%). Besonders stark fielen die Preise für Rohöl (-6,2%) und Erdgas (-7,4%). Im Dezember lag die Jahresrate der Einfuhrpreise bei -2,3%. Von November auf Dezember blieben die Preise für die deutschen Importeure stabil.

Die Ausführpreise gingen im Jahr 2013 ebenfalls zurück, wenn auch im geringeren Maße als die Einfuhrpreise. In der Hauptsache trugen dazu die Euroaufwertung sowie die schwache Entwicklung der deutschen Absatzmärkte bei. Im Jahresdurchschnitt 2013 lagen die Preise für Ausfuhrgüter um 0,6% unter denen des Vorjahres (2012: +1,5%), wobei die deutschen Exporteure insbesondere bei Vorleistungsgütern (2013: -1,3%) Preisnachlässe gewähren mussten. Im Dezember 2013 unterschritten die Preise für Ausfuhrgüter ihr Vorjahresniveau um 1,0%; gegenüber dem Vormonat gingen sie um 0,1% leicht zurück. Das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis (Terms of Trade) verbesserte sich im Jahresdurchschnitt 2013 durch den stärkeren Rückgang der Einfuhrpreise aus deutscher Sicht um 2,0% gegenüber dem Vorjahr. Im Dezember lagen die Terms of Trade um 1,4% höher als vor einem Jahr.

Auch auf der inländischen Erzeugerstufe verlief die Preisentwicklung deutlich ruhiger als im Vorjahr. Die Preise für Industrieprodukte verbilligten sich im Gesamtjahr 2013 um durchschnittlich 0,1% (2012: +1,6%). Damit waren die Produzentenpreise – analog zu den Ein- und Ausführpreisen – erstmals seit dem Krisenjahr 2009 wieder rückläufig. Ohne die Berücksichtigung der Energiepreise erhöhten sich die Preise im vergangenen Jahr im Vorjahresvergleich um 0,3%. In den letzten Monaten bewegten sich die Preise seitwärts. Die Jahresrate lag im Dezember bei -0,5%. Von November auf Dezember 2013 stiegen die Preise für gewerbliche Produkte geringfügig um 0,1% an und glichen damit den Preisrückgang des Vormonats wieder aus.



Verbraucherpreisindex

Veränderung in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Dez.	Jan.	Dez.	Jan.
Insgesamt	0,4	-0,6	1,4	1,3
Nahrungsmittel	1,5	0,7	3,8	3,6
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2,6	-4,6	3,0	3,1
Pauschalreisen	11,1	-17,3	1,9	2,4
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	0,3	0,1	2,6	2,2
Energie	0,3	-0,7	1,1	-1,8
Strom	0,0	1,1	11,3	2,5
Heizöl	0,2	-2,2	-5,5	-7,1
Zentralheizung, Fernwärme	-0,2	-0,1	-0,3	-0,8
Kraftstoffe	1,1	-2,2	-2,7	-4,6
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,0	0,2	-	-

Quellen: StBA, BBk

Bei den Verbraucherpreisen setzte sich die ruhige Preisentwicklung zum Jahresbeginn 2014 fort. Bereits seit sechs Monaten pendelt die Jahresrate in einer kleinen Spanne von 1,2 bis 1,5 %. Im Januar schwächte sie sich auf 1,3 % ab. Der anhaltend sehr moderate Verlauf beruht in erster Linie auf der günstigen Preisentwicklung von Heizöl und Kraftstoffen, die sich binnen Jahresfrist spürbar um 7,1 % bzw. 4,6 % verbilligten. Belastend wirkt weiterhin die Entwick-

lung der Nahrungsmittelpreise, die sich im Vorjahresvergleich um 3,6 % verteuerten. Im Vergleich zum Vormonat entwickelten sich die Verbraucherpreise Anfang 2014 saisontypisch. Nach den vorübergehenden Preiserhöhungen zur Weihnachtszeit (insbesondere bei Nahrungsmitteln, Kraftstoffen und Pauschalreisen) gingen zum Jahreswechsel die Preise für die Konsumenten wieder zurück. Sie verringerten sich von Dezember auf Januar insgesamt deutlich um 0,6 %.

7. Monetäre Entwicklung⁴

US-Zentralbank reduziert Anleihekäufe weiter. Die Geldpolitik bleibt expansiv.

Entspannung am europäischen Interbankenmarkt setzte sich zuletzt nicht fort.

Renditen auf europäische Staatsanleihen geben weiter nach.

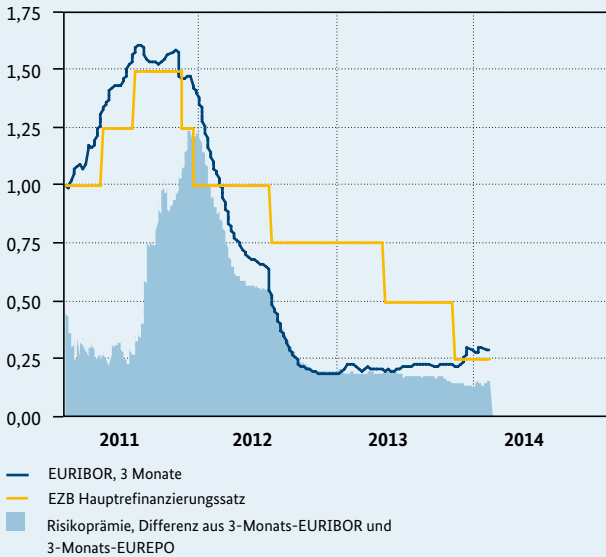
Die Geldpolitik der Zentralbanken in den Industriestaaten bleibt weiter expansiv. Trotz anziehender Wirtschaft und Besserungen am Arbeitsmarkt ließ der Offenmarktausschuss der amerikanischen Notenbank den Leitzins bei seiner letzten Sitzung am 28./29. Januar unverändert bei 0,0 bis 0,25 %. Der Zinssatz wird mindestens solange beibehalten, bis die Arbeitslosenquote unter die Marke von 6,5 % fällt (Januar: 6,6 %). Allerdings wurde das Anleiheankaufprogramm weiter gedrosselt. Ab Februar wurden die Käufe weiter auf 65 Mrd. US-Dollar reduziert.

Auch der EZB-Rat ließ den Leitzins auf seiner letzten Sitzung am 6. Februar unverändert. Der Hauptrefinanzierungssatz liegt seit November 2013 bei 0,25 %.

Nach deutlichen Anstiegen zum Jahreswechsel schwächten sich die wichtigsten Aktienmärkte im Berichtszeitraum nur zwischenzeitlich deutlich ab. Mitte Februar notierten der europäische STOXX 50, der amerikanische S&P 500 und der deutsche Aktienindex DAX praktisch auf dem gleichen Niveau wie Mitte Januar. Lediglich der japanische Nikkei notierte um 7,2 % niedriger. Der Euro gab nach der Zinsentscheidung der Fed ebenfalls zwischenzeitlich nach, notierte Mitte Februar aber wieder bei 1,37 US-Dollar. Der

Geldmarktsätze in der Eurozone

(in %)



Quelle: Macrobond

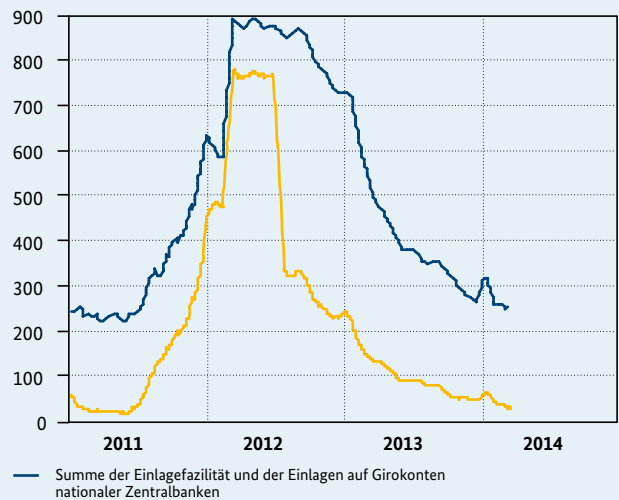
Wechselkurs zur japanischen Währung blieb recht stabil bei zuletzt 139 Yen.

Am europäischen Interbankenmarkt hat sich die Entspannung zuletzt nicht weiter fortgesetzt. Der Risikoaufschlag für unbesicherte Kredite zwischen Geschäftsbanken ist leicht

auf zuletzt 0,158 Prozentpunkte gestiegen. Im Dezember lag dieser noch bei durchschnittlich 0,134 Punkten. Auch das durchschnittliche Volumen unbesicherter Interbankkredite lag im Januar etwas unter dem Wert des Vormonats, blieb aber in der Tendenz leicht aufwärtsgerichtet. Der Abbau der Überschussliquidität der Banken hat an Schwung verloren. Diese lag im Mittel bei circa 181 Mrd. Euro, das sind 3,7 % weniger als im Vormonat.

Liquidität im Eurobankensystem

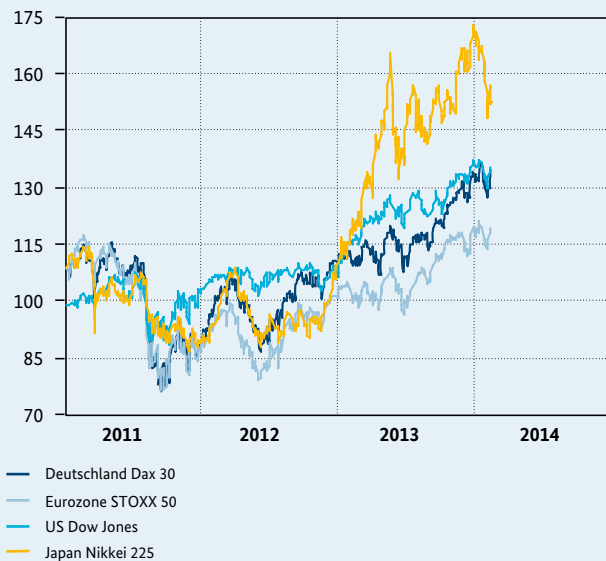
(in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



Quellen: EZB, Macrobond

Aktienindizes

(Preisindizes in Landeswährung, 2010 = 100)

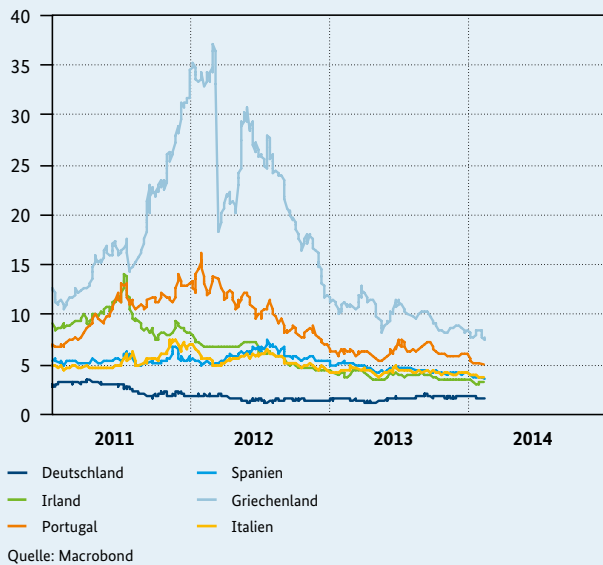


Quellen: Macrobond, eigene Berechnung

Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen sind in den meisten europäischen Staaten seit Jahresanfang zum Teil deutlich gesunken. Dies gilt vor allem für Griechenland (-83 Basispunkte), Spanien (-57), Italien (-41) und Portugal (-119). Deutsche und US-amerikanische Staatsanleihen gaben seit Beginn des Jahres ebenfalls nach und lagen zuletzt bei 1,68 % bzw. 2,72 %. Dies dürfte auch ein Reflex der jüngsten Kapitalabflüsse aus vielen Schwellenländern sein.

Die Vergabe von Buchkrediten an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland lag im Dezember nur noch 0,7 % unter dem Vorjahresniveau. Im Vormonat lag die Veränderung zum Vorjahr noch bei -1,3%. Vor allem kurzfristige Kredite lagen nur noch 4,2% unter Vorjahresniveau (November: -6,3 %). Die Vergabe längerfristiger Kredite mit Laufzeiten über fünf Jahren hat sich in den letzten Monaten merklich erholt und lag im Dezember erstmals seit Juli vergangenen Jahres wieder im Plus (+0,4%). Dies könnte ein weiteres Signal für die erwartete Belebung der Investitions-

Renditen 10-jähriger Staatsanleihen (Tageswerte in %)

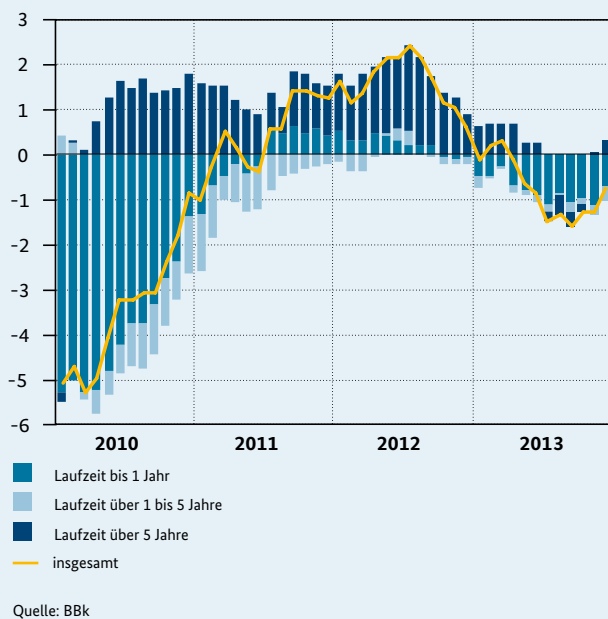


Die Finanzierungsbedingungen für deutsche Unternehmen bleiben weiterhin sehr gut. Nachdem die vom ifo Institut ermittelte Kredithürde im Dezember ein historisches Tief erreicht hatte, ist sie im Januar leicht gestiegen. Von den befragten Unternehmen beklagten 19,5% eine restriktive Kreditvergabe. Im Vergleich zum Vormonat meldeten etwas mehr kleinere und mittelgroße Unternehmen Probleme.

Die Geldmenge im Euroraum entwickelt sich weiter verhalten. Die Geldmenge M3 wurde im Dezember im Vergleich zum Vorjahr um lediglich 1,0% ausgeweitet. Im November lag der jährliche Zuwachs noch bei 1,5%.

tätigkeit sein. Die Kreditvergabe an private Haushalte wurde im Vergleich zum Vorjahr um 1,0% ausgeweitet. Dazu trug vor allem die Zunahme von Wohnungsbaukrediten bei (+2,0%), die sich in den vergangenen Monaten allerdings abgeschwächt hatte.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland (Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



III. Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

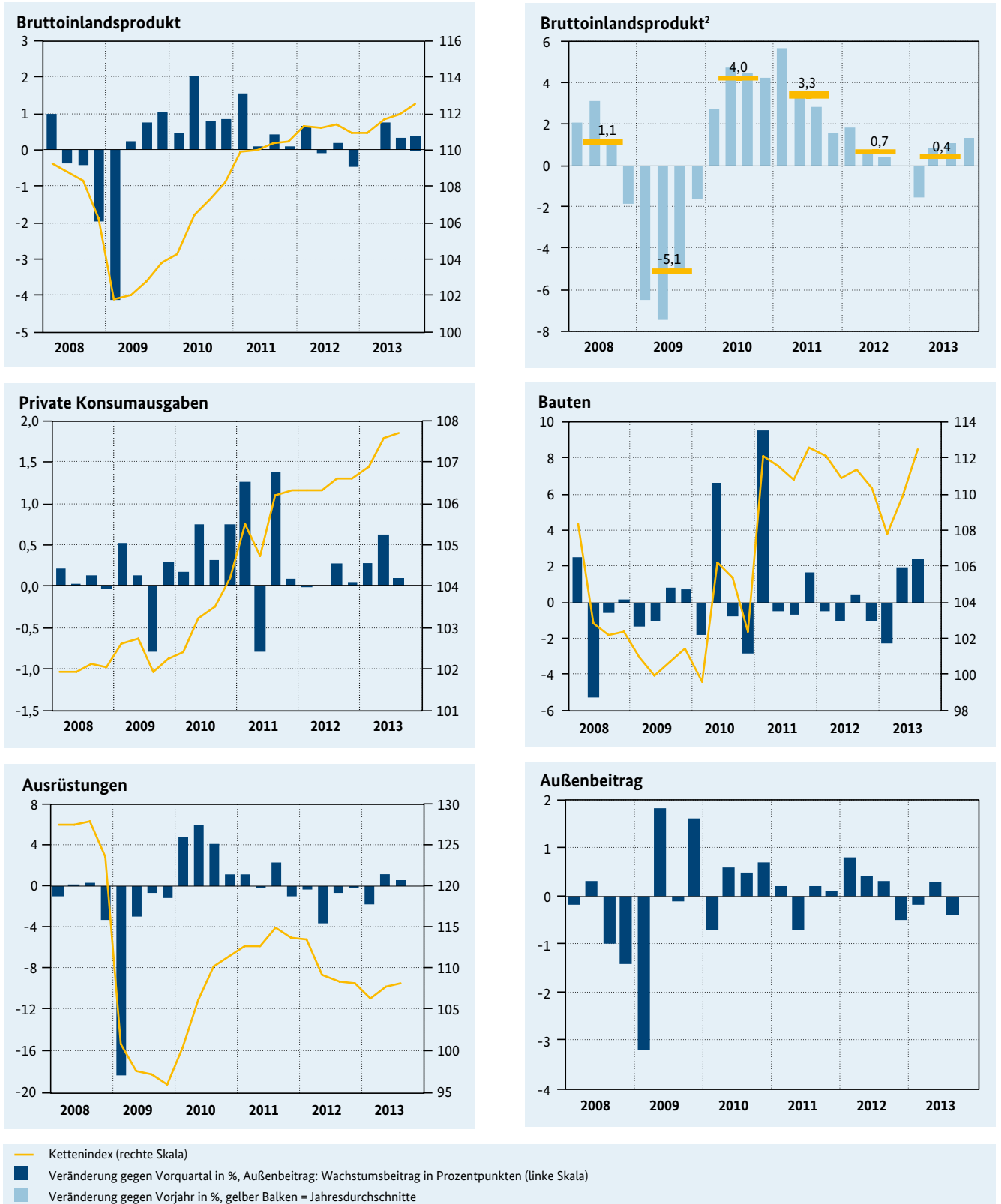
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²							
	2012				2013			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten								
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	- 0,5	0,0	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,4
Inländische Verwendung	- 0,1	- 0,5	0,0	0,0	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	-
Private Konsumausgaben ³	0,0	0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,1	-
Konsumausgaben des Staates	+ 0,4	- 0,5	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	+ 0,5	-
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,4	- 1,9	+ 0,1	- 0,6	- 1,9	+ 1,6	+ 1,6	-
Ausrüstungen	- 0,4	- 3,7	- 0,6	- 0,3	- 1,6	+ 1,2	+ 0,5	-
Bauten	- 0,5	- 1,0	+ 0,5	- 1,0	- 2,3	+ 1,9	+ 2,4	-
Sonstige Anlagen	- 0,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,1	- 0,9	+ 1,5	+ 1,5	-
Exporte	+ 1,7	+ 1,4	+ 0,5	- 1,6	- 1,0	+ 2,4	+ 0,1	-
Importe	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1	- 0,9	- 0,6	+ 1,9	+ 0,8	-
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴								
Inländische Verwendung	- 0,1	- 0,5	0,0	0,0	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	-
Private Konsumausgaben ³	0,0	0,0	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	-
Konsumausgaben des Staates	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	+ 0,1	-
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,1	- 0,3	0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	+ 0,3	-
Ausrüstungen	0,0	- 0,3	0,0	0,0	- 0,1	+ 0,1	0,0	-
Bauten	0,0	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	-
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Vorratsveränderung ⁵	- 0,1	- 0,1	- 0,3	+ 0,1	+ 0,4	- 0,3	+ 0,2	-
Außenbeitrag	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3	- 0,5	- 0,2	+ 0,3	- 0,4	-

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶							
	2011	2012	2013	2012		2013		
				4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten								
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,4	0,0	- 1,6	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,3
Inländische Verwendung	+ 2,8	- 0,3	+ 0,7	- 0,7	- 1,1	+ 0,9	+ 1,7	-
Private Konsumausgaben ³	+ 2,3	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,5	- 0,4	+ 1,2	+ 1,5	-
Konsumausgaben des Staates	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,4	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 6,9	- 2,1	+ 0,8	- 4,0	- 7,7	+ 0,4	+ 1,9	-
Ausrüstungen	+ 5,8	- 4,0	- 2,2	- 6,2	- 8,9	- 0,4	+ 1,0	-
Bauten	+ 7,8	- 1,4	- 0,3	- 3,1	- 8,0	+ 0,5	+ 2,2	-
Sonstige Anlagen	+ 5,1	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,3	+ 2,1	+ 3,1	+ 3,3	-
Exporte	+ 8,0	+ 3,2	+ 0,6	+ 0,5	- 2,9	+ 1,1	+ 0,7	-
Importe	+ 7,4	+ 1,4	+ 1,3	- 1,0	- 2,2	+ 1,2	+ 1,9	-

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2005=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹							
	2011	2012				2013		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²								
Bruttowertschöpfung ³	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	0,0	+ 0,7	+ 0,3
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	- 0,6	+ 0,9	- 0,3	- 0,2	- 1,5	+ 0,6	+ 0,5	0,0
Baugewerbe	+ 2,0	- 0,1	- 1,8	- 0,8	- 2,4	- 0,2	+ 1,3	+ 1,2
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	0,0	+ 0,6	+ 0,6	- 1,1	- 0,1	+ 0,2	+ 1,6	0,0
Finanzierung und Versicherungsdienstleister	- 2,8	- 0,7	+ 2,9	+ 1,9	+ 2,4	- 5,3	- 4,2	+ 1,4
Unternehmensdienstleister	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,7
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,6	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3	0,0	- 0,4	+ 0,4	+ 0,2

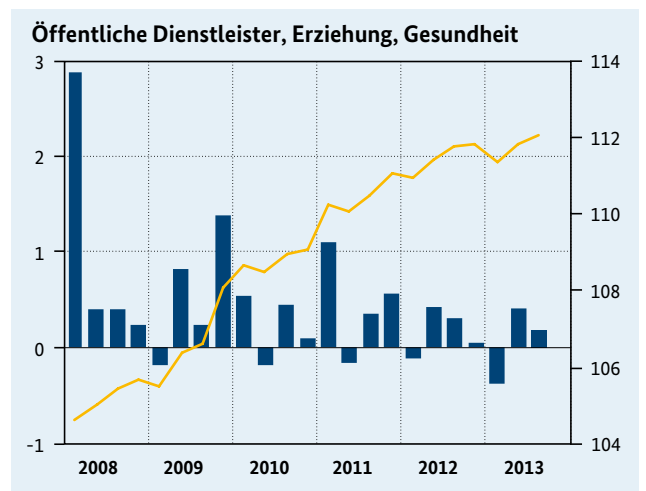
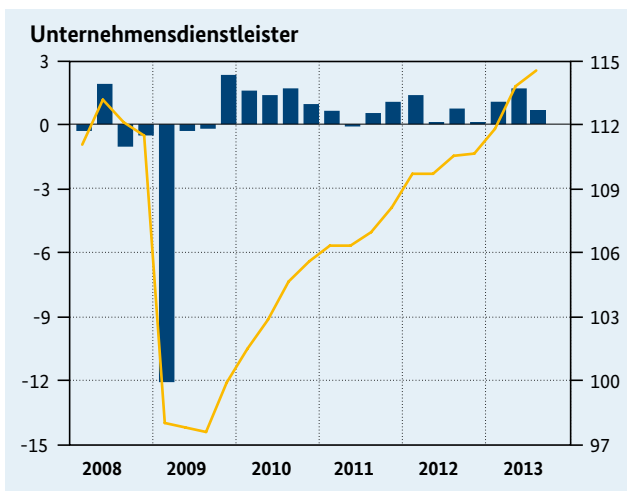
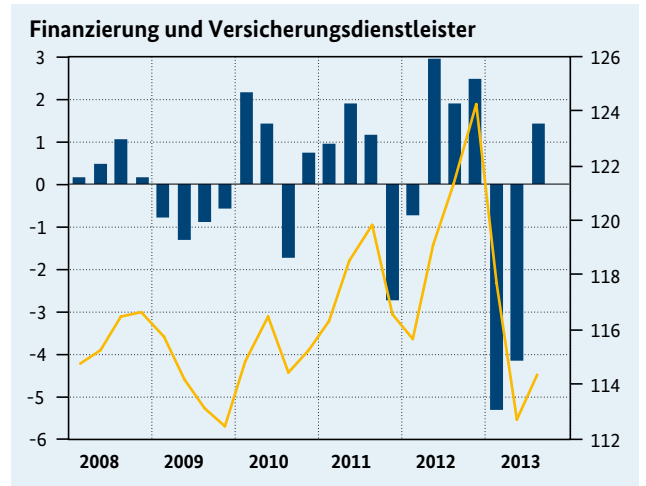
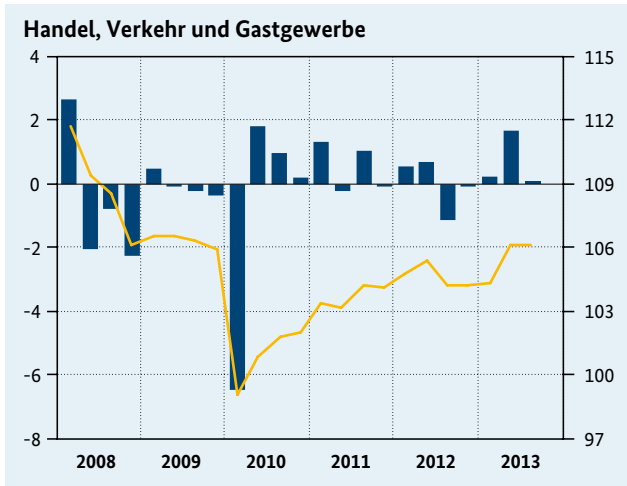
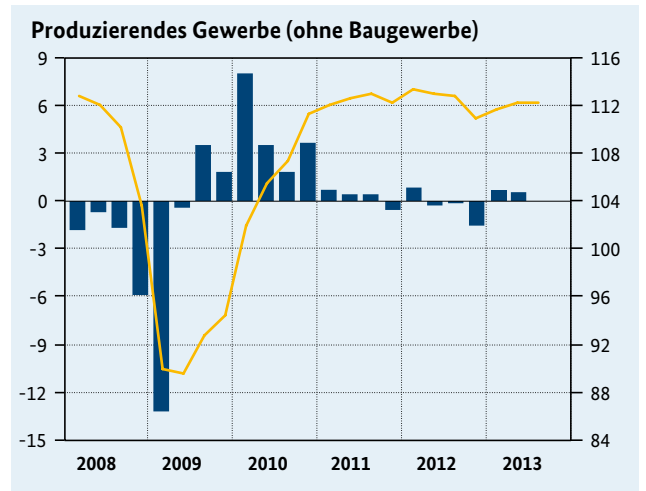
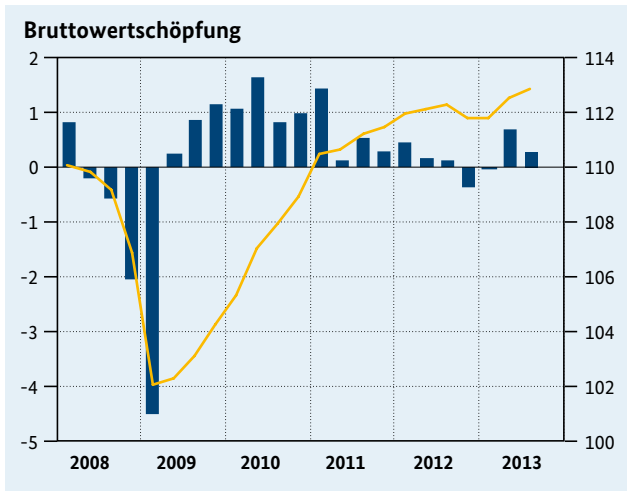
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶							
	2011	2012	2013	2012		2013		
				3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Preisentwicklung								
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,2
Inländische Verwendung	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7
Private Konsumausgaben	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,7
Kennzahlen								
Erwerbstätige ³	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6
Arbeitsvolumen ⁴	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,5	- 2,1	+ 1,2	+ 1,2
Arbeitsproduktivität ⁵	+ 1,9	- 0,4	- 0,2	- 0,6	- 0,8	- 2,2	+ 0,3	+ 0,5
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,8
Lohnstückkosten ⁷	+ 1,0	+ 3,1	+ 2,2	+ 3,3	+ 3,6	+ 4,5	+ 1,6	+ 1,3
verfügbares Einkommen ⁸	+ 3,8	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,9	+ 0,6	+ 2,5	+ 3,0
Terms of Trade	- 2,3	- 0,4	+ 1,4	- 0,3	- 0,1	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,4

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2014	2015
Bundesregierung	Jahresprojektion	01/2014	+ 1,8	+ 2,0
IWF	Internationaler Währungsfonds	01/2014	+ 1,6	+ 1,7
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2013	+ 1,6	+ 2,0
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	12/2013	+ 1,7	-
ifo	ifo-Institut für Wirtschaftsforschung	12/2013	+ 1,9	-
IfW	Institut für Weltwirtschaft	12/2013	+ 1,7	+ 2,5
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	12/2013	+ 1,8	+ 2,0
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2013	+ 1,5	-
EU	Europäische Union	11/2013	+ 1,7	+ 1,9
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development ¹⁰	11/2013	+ 1,7	+ 2,2
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	10/2013	+ 1,8	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; 10 Eigene Berechnung kalenderbereinigte Werte in Ursprungswerte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

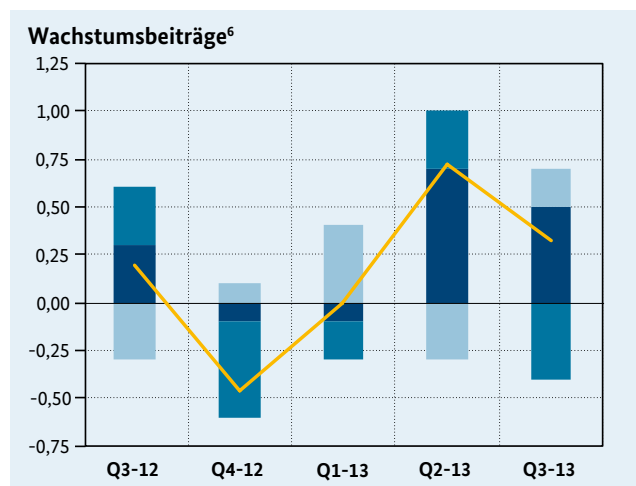
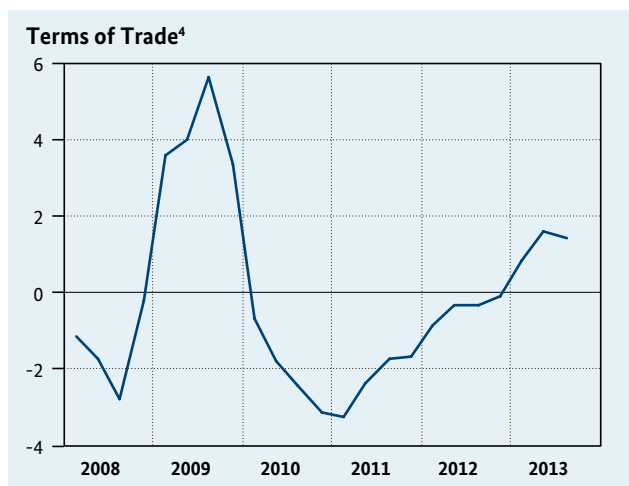
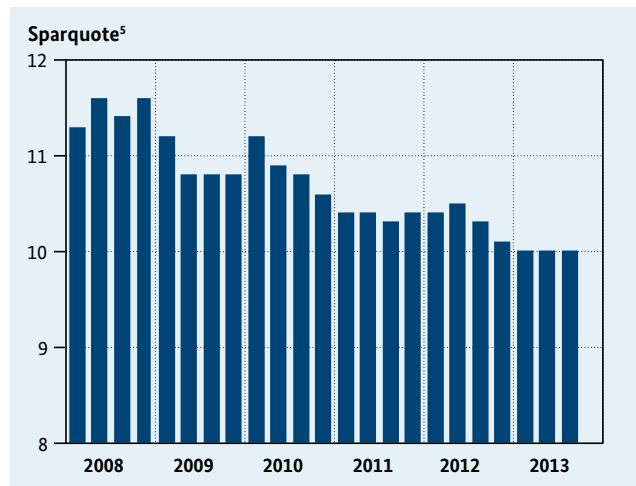
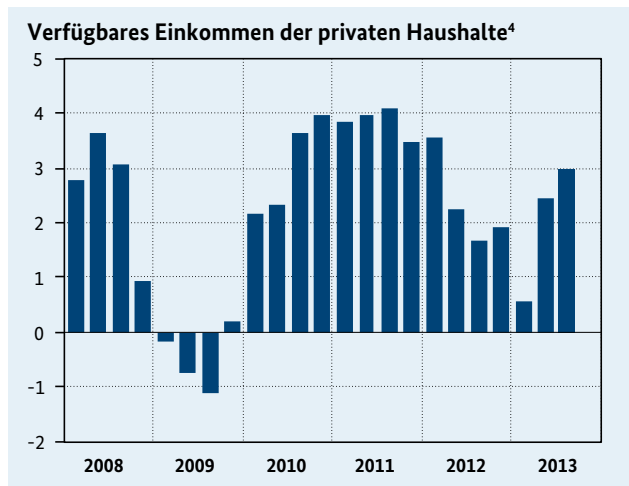
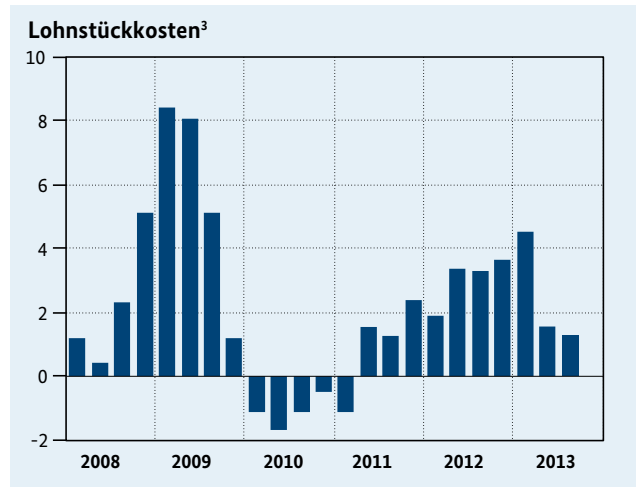
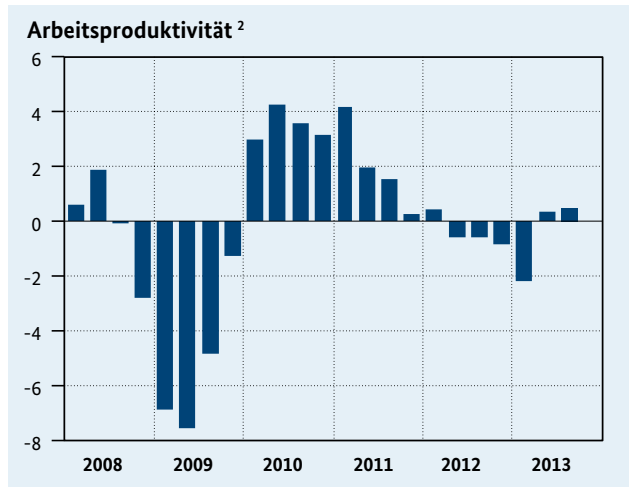


— Kettenindex (rechte Skala)
 ■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Vorratsveränderungen ■ Außenbeitrag
■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
— reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2011				2012				2013			
	2010	2011	2012	2013	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
	Bruttoinlandsprodukt¹															
Deutschland	+ 4,0	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,5	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	- 0,5	0,0	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,4
Eurozone (EZ 18) ²	+ 2,0	+ 1,6	- 0,7	- 0,4	+ 0,8	0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,5	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3
Europäische Union (EU 28) ³	+ 2,0	+ 1,7	- 0,4	0,0	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,2	- 0,2	0,0	- 0,2	0,0	- 0,4	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4
Japan	+ 4,7	- 0,5	+ 1,4	+ 1,6	- 1,9	- 0,6	+ 2,6	+ 0,2	+ 0,9	- 0,4	- 0,8	- 0,1	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,3
USA	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,8	+ 1,9	- 0,3	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,7	0,0	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,8
	Leistungsbilanzsaldo in % des BIP⁴															
Deutschland	+ 6,1	+ 6,2	+ 7,1	+ 7,4	+ 6,8	+ 5,8	+ 6,2	+ 6,0	+ 6,8	+ 7,0	+ 7,7	+ 6,9	+ 6,9	+ 7,2	+ 7,1	+ 8,4
Eurozone (EZ 18) ²	0,0	+ 0,1	+ 1,4	-	0,0	- 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,6	+ 1,8	-
Europäische Union (EU 28) ³	- 0,5	- 0,2	+ 0,5	-	- 0,6	- 0,8	- 0,3	+ 0,6	- 0,1	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,0	-
Japan	+ 3,7	+ 2,0	+ 1,1	+ 0,7	+ 3,0	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,9	+ 0,5	- 0,3
USA	- 3,0	- 2,9	- 2,7	-	- 3,1	- 3,1	- 2,7	- 2,9	- 3,0	- 2,7	- 2,6	- 2,5	- 2,5	- 2,3	- 2,2	-
	Jahresdurchschnitt			2013												2014
	2011	2012	2013	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
	Arbeitslosenquoten in %⁵															
Deutschland	6,0	5,5	5,3	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,3	5,3	5,3	5,2	5,2	5,2	-
Eurozone (EZ 18) ²	10,2	11,4	12,1	12,0	12,0	12,0	12,1	12,1	12,1	12,1	12,1	12,1	12,0	12,0	12,0	-
Europäische Union (EU 28) ³	9,7	10,5	10,9	10,9	10,9	10,9	10,9	10,9	10,9	10,9	10,9	10,8	10,8	10,8	10,7	-
Japan	4,6	4,4	4,0	4,2	4,3	4,1	4,1	4,1	3,9	3,8	4,1	4,0	4,0	4,0	3,7	-
USA	8,9	8,1	7,4	7,9	7,7	7,5	7,5	7,5	7,5	7,3	7,2	7,2	7,2	7,0	6,7	6,6
	Verbraucherpreise⁶															
Deutschland	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,2
Eurozone (EZ 18) ²	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7
Europäische Union (EU 28) ³	+ 3,1	+ 2,6	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	-
Japan	- 0,3	0,0	+ 0,4	- 0,3	- 0,6	- 0,9	- 0,7	- 0,3	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,6	-
USA	+ 3,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,5	-

Quellen: EUROSTAT, OECD, Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungswerten berechnet, Quartalsangaben auf Basis saisonbereinigter Werte berechnet;
- 2 Zur Eurozone gehören folgende 18 Mitgliedstaaten (Stand seit dem 1. Januar 2014): Belgien, Deutschland, Estland (seit 2011), Finnland, Frankreich, Griechenland (seit 2001), Irland, Italien, Lettland (seit 2014), Luxemburg, Niederlande, Malta (seit 2008), Österreich, Portugal, Slowakei (seit 2009), Slowenien (seit 2007), Spanien, Zypern (seit 2008). Die neuen Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel integriert;
- 3 Der Europäischen Union gehören folgende 28 Mitgliedstaaten an (Stand seit dem 1. Juli 2013): Belgien, Bulgarien (seit 2007), Dänemark, Deutschland, Estland (seit 2004), Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien (seit 2013), Lettland (seit 2004), Litauen (seit 2004), Luxemburg, Niederlande, Malta (seit 2004), Österreich, Polen (seit 2004), Portugal, Rumänien (seit 2007), Schweden, Slowenien (seit 2004), die Slowakei (seit 2004), Spanien, Tschechische Republik (seit 2004), Ungarn (seit 2004), das Vereinigte Königreich, Zypern (seit 2004). Die neuen Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel integriert;
- 4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben (außer EU-28-Ursprungszahlen);
- 5 Abgrenzung nach IAO, Berechnung auf Basis saisonbereinigter Größen, für Deutschland, EZ 18 und EU 28 harmonisierte Daten;
- 6 Veränderung in % gegen Vorjahreszeitraum.

1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

	2013										2014	
	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
USA												
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ¹	51,5	50,0	50,0	52,5	54,9	56,3	56,0	56,6	57,0	56,5	51,3	-
Industrieproduktion ²	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,8	+ 2,7	+ 4,0	+ 2,9	+ 2,2	+ 1,5	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,0	1,8	1,9	2,3	2,6	2,7	2,8	2,6	2,7	2,9	2,9	-
Konsumentenvertrauen ³	61,9	69,0	74,3	82,1	81,0	81,8	80,2	72,4	72,0	77,5	80,7	-
Japan												
All-Industry-Activity-Index ⁴	96,5	96,6	97,7	96,9	97,3	97,6	98,1	97,7	98,0	-	-	-
Industrieproduktion ⁵	- 7,2	- 3,4	- 1,1	- 4,6	+ 1,8	- 0,4	+ 5,1	+ 5,4	+ 4,8	+ 7,1	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,6	0,6	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7	0,6	0,6	0,7	0,6	0,6
Konsumentenvertrauen ⁶	44,8	44,5	45,7	44,3	43,6	43,0	45,4	41,2	42,5	41,3	40,5	-
Eurozone												
Vertrauensindikator für die Industrie ⁷	-12,2	-13,8	-13,0	-11,2	-10,6	- 7,8	- 6,6	- 5,0	- 3,9	- 3,4	- 3,9	-
Industrieproduktion ⁸	- 3,4	- 0,9	- 2,0	0,0	- 2,0	- 1,0	+ 0,3	+ 0,8	+ 3,2	+ 0,8	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,0	2,8	2,7	3,0	3,1	3,1	3,2	3,0	2,9	3,0	2,8	-
Konsumentenvertrauen ⁹	-23,3	-22,1	-21,7	-18,7	-17,3	-15,5	-14,8	-14,4	-15,3	-13,5	-11,7	-

1 Institute for Supply Management (ISM), Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) der Geschäftslage, saisonbereinigt;

2 FED, Index 2007 = 100, preis- und kalenderbereinigt, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

3 University of Michigan;

4 Ministry of Economy, Trade and Industry, Index 2005 = 100, saisonbereinigt;

5 Ministry of Economy, Trade and Industry, Index 2010 = 100, preisbereinigt, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

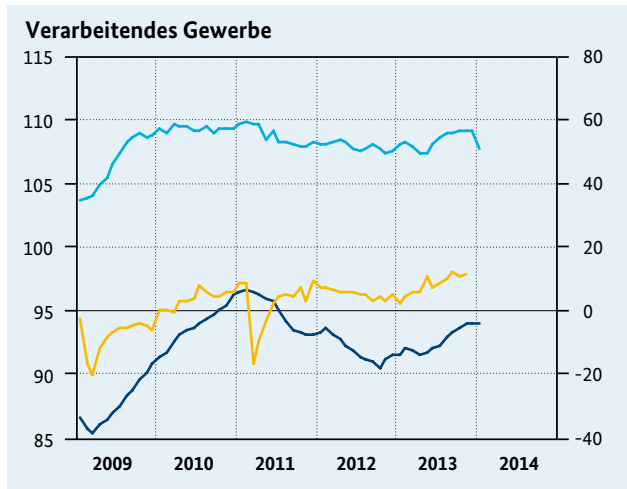
6 Ministry of Economy, Trade and Industry, ohne Einpersonenhaushalte, Index, saisonbereinigt;

7 EU-Kommission, Salden, saisonbereinigt;

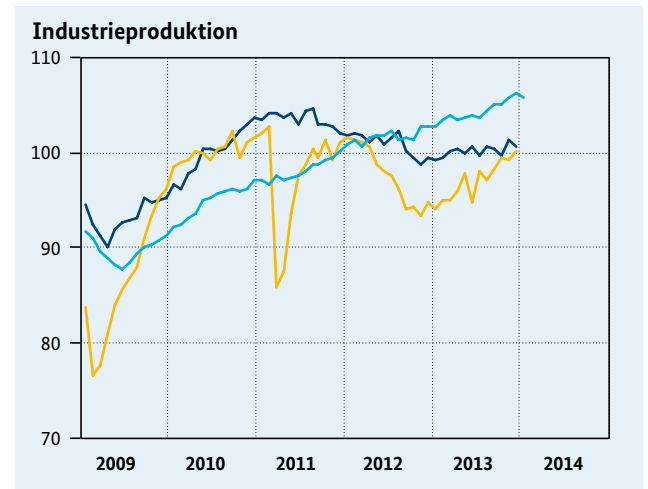
8 Eurostat, Index 2010 = 100, preis- und kalenderbereinigt, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

9 EU-Kommission, saisonbereinigte Salden.

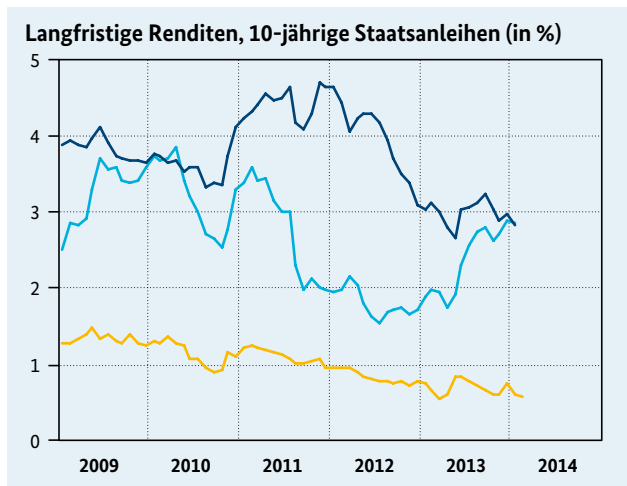
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



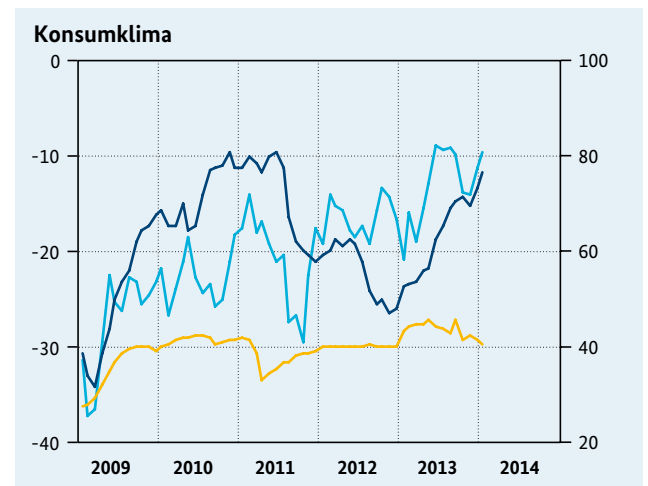
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

1 Institute for Supply Management (ISM), Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) der Geschäftslage, saisonbereinigt;
 2 Ministry of Economy, Trade and Industry, Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
 3 EU-Kommission, Salden, saisonbereinigt;
 4 FED, Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
 5 Ministry of Economy, Trade and Industry, Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
 6 Eurostat, Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
 7 University of Michigan;
 8 Ministry of Economy, Trade and Industry, ohne Einpersonenhaushalte, Index, saisonbereinigt;
 9 EU-Kommission, saisonbereinigte Salden.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung

Bundesrepublik Deutschland

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2013				
	4. Vj. ^p	Oktober	November	Dezember ^p	Nov./Dez. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	+ 0,2	- 1,1	+ 2,4	- 0,6	+ 1,5
Industrie ³	+ 0,6	- 1,1	+ 3,0	- 0,5	+ 2,1
Vorleistungsgüter	+ 2,1	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,0	+ 2,1
Investitionsgüter	- 0,5	- 2,8	+ 5,1	- 2,5	+ 2,4
Konsumgüter	+ 1,0	- 0,2	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,7
Gebrauchsgüter	- 1,5	- 3,2	+ 1,9	+ 0,1	+ 0,4
Verbrauchsgüter	+ 1,5	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 2,0
Energie ⁴	- 3,0	- 2,0	- 1,0	- 2,6	- 3,3
Baugewerbe	- 0,8	- 0,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵				
	2013				
	4. Vj. ^p	Oktober	November	Dezember ^p	Nov./Dez. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	+ 2,5	+ 1,1	+ 3,8	+ 2,6	+ 3,3
Industrie ³	+ 3,0	+ 1,4	+ 4,6	+ 2,7	+ 3,8
Vorleistungsgüter	+ 3,9	+ 2,5	+ 4,3	+ 5,0	+ 4,6
Investitionsgüter	+ 3,1	+ 1,6	+ 5,6	+ 1,9	+ 3,8
Konsumgüter	+ 1,1	- 0,8	+ 3,0	+ 1,1	+ 2,1
Gebrauchsgüter	+ 2,6	0,0	+ 4,9	+ 3,0	+ 4,0
Verbrauchsgüter	+ 0,8	- 1,0	+ 2,6	+ 0,8	+ 1,7
Energie ⁴	- 0,7	- 0,9	- 0,8	- 0,5	- 0,6
Baugewerbe	+ 2,0	+ 0,4	+ 1,7	+ 3,8	+ 2,7

Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollaustattung (saisonbereinigt ⁶)				
	2013				2014
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe⁷	82,5	82,2	83,2	83,2	83,4

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Preisbereinigt, Index 2010 = 100;

3 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden;

4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung;

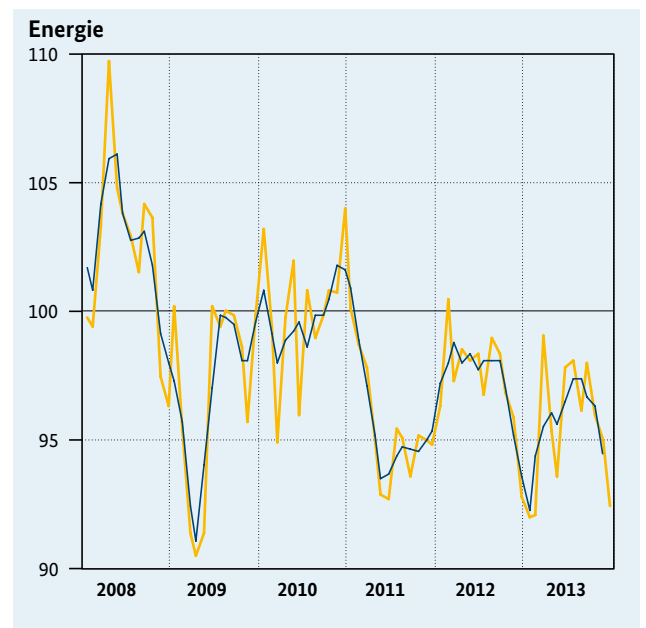
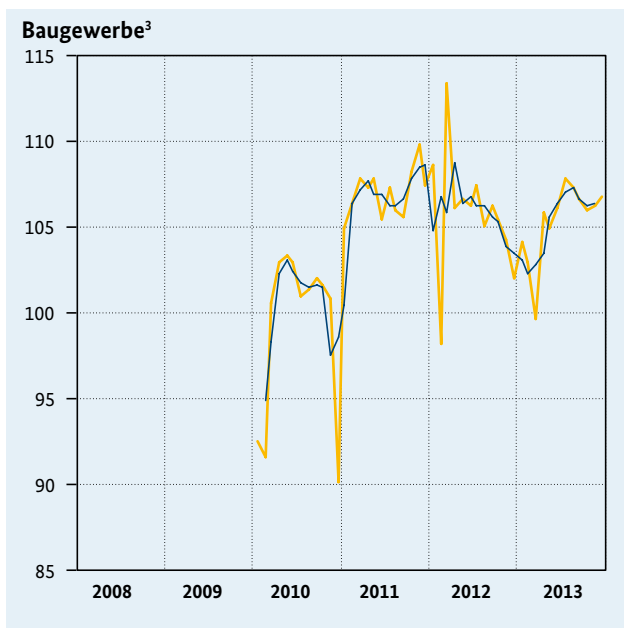
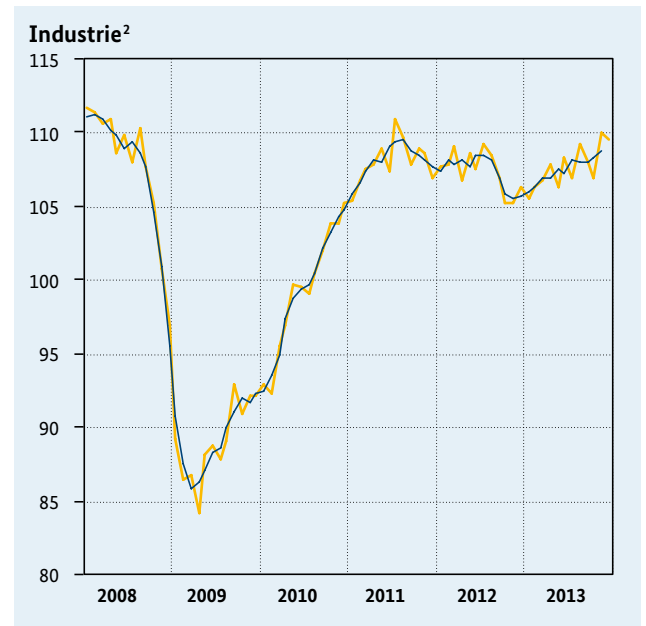
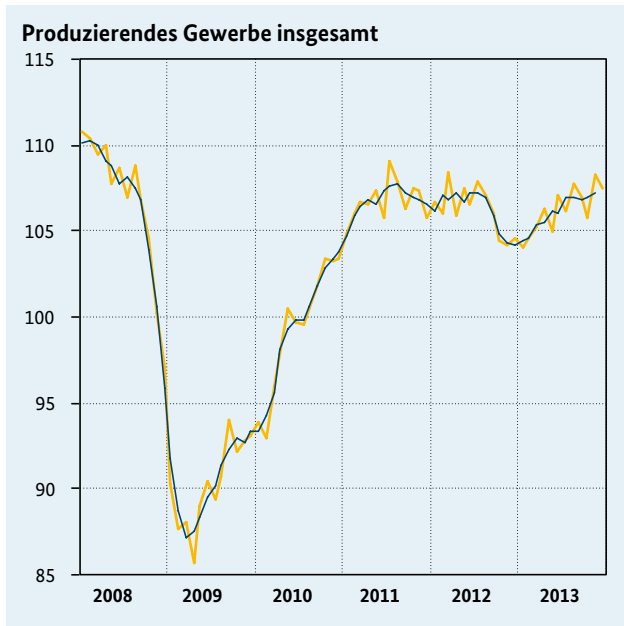
5 Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt;

6 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

7 Ohne Energie;

p Vorläufiges Ergebnis.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
— Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang der Industrie/ Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2013				
	4. Vj. ^p	Oktober	November	Dezember ^p	Nov./Dez. ^p
Industrie insgesamt³	+ 1,2	- 2,2	+ 2,4	- 0,5	+ 1,1
Inland	- 0,7	- 1,9	+ 2,6	- 1,6	+ 0,8
Ausland	+ 2,6	- 2,4	+ 2,3	+ 0,4	+ 1,3
Eurozone	+ 6,2	- 1,7	- 0,1	+ 7,5	+ 2,7
Nicht-Eurozone	+ 0,8	- 2,9	+ 3,9	- 3,7	+ 0,5
Vorleistungsgüter	+ 1,8	+ 1,9	+ 0,8	- 2,2	+ 0,6
Inland	+ 1,1	- 0,4	+ 1,7	- 0,5	+ 1,3
Ausland	+ 2,7	+ 4,5	- 0,1	- 4,3	- 0,1
Investitionsgüter	+ 0,8	- 4,9	+ 3,6	+ 1,0	+ 1,5
Inland	- 2,5	- 3,8	+ 3,5	- 2,5	+ 0,2
Ausland	+ 2,7	- 5,6	+ 3,8	+ 2,9	+ 2,2
Konsumgüter	+ 1,5	- 0,4	+ 1,7	- 2,0	+ 0,6
Inland	+ 0,4	+ 0,6	+ 3,0	- 2,1	+ 2,3
Ausland	+ 2,3	- 1,2	+ 0,9	- 1,9	- 0,6

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁴				
	2013				
	4. Vj. ^p	Oktober	November	Dezember ^p	Nov./Dez. ^p
Industrie insgesamt³	+ 5,1	+ 2,0	+ 7,2	+ 6,0	+ 6,6
Inland	+ 3,1	+ 1,9	+ 4,6	+ 2,6	+ 3,7
Ausland	+ 6,5	+ 2,1	+ 9,3	+ 8,2	+ 8,7
Eurozone	+ 9,8	+ 7,0	+ 8,4	+ 14,1	+ 11,2
Nicht-Eurozone	+ 4,6	- 0,7	+ 9,7	+ 4,7	+ 7,2
Vorleistungsgüter	+ 3,3	+ 2,8	+ 4,5	+ 2,3	+ 3,4
Inland	+ 3,5	+ 2,7	+ 3,6	+ 4,1	+ 3,8
Ausland	+ 3,1	+ 3,0	+ 5,6	+ 0,6	+ 3,2
Investitionsgüter	+ 6,3	+ 1,6	+ 9,2	+ 8,2	+ 8,7
Inland	+ 2,9	+ 1,5	+ 5,7	+ 1,2	+ 3,5
Ausland	+ 8,3	+ 1,6	+ 11,3	+ 11,9	+ 11,6
Konsumgüter	+ 2,7	+ 1,1	+ 5,0	+ 2,1	+ 3,6
Inland	+ 1,4	- 1,6	+ 3,5	+ 2,5	+ 3,1
Ausland	+ 3,9	+ 3,4	+ 6,2	+ 1,8	+ 4,1
Gebrauchsgüter	+ 5,3	+ 2,9	+ 7,1	+ 6,3	+ 6,8
Verbrauchsgüter	+ 1,9	+ 0,6	+ 4,3	+ 0,7	+ 2,6

Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁵)							
	2012			2013				2014
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	2,8	2,7	2,8	2,8	2,8	2,9	2,9	2,7
Vorleistungsgüter	2,5	2,5	2,4	2,4	2,5	2,5	2,6	2,5
Investitionsgüter	3,3	3,1	3,2	3,2	3,3	3,4	3,2	3,0
Konsumgüter	2,3	2,3	2,7	2,4	2,4	2,5	2,7	2,4

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 2 Preisbereinigt, Index 2010 = 100;

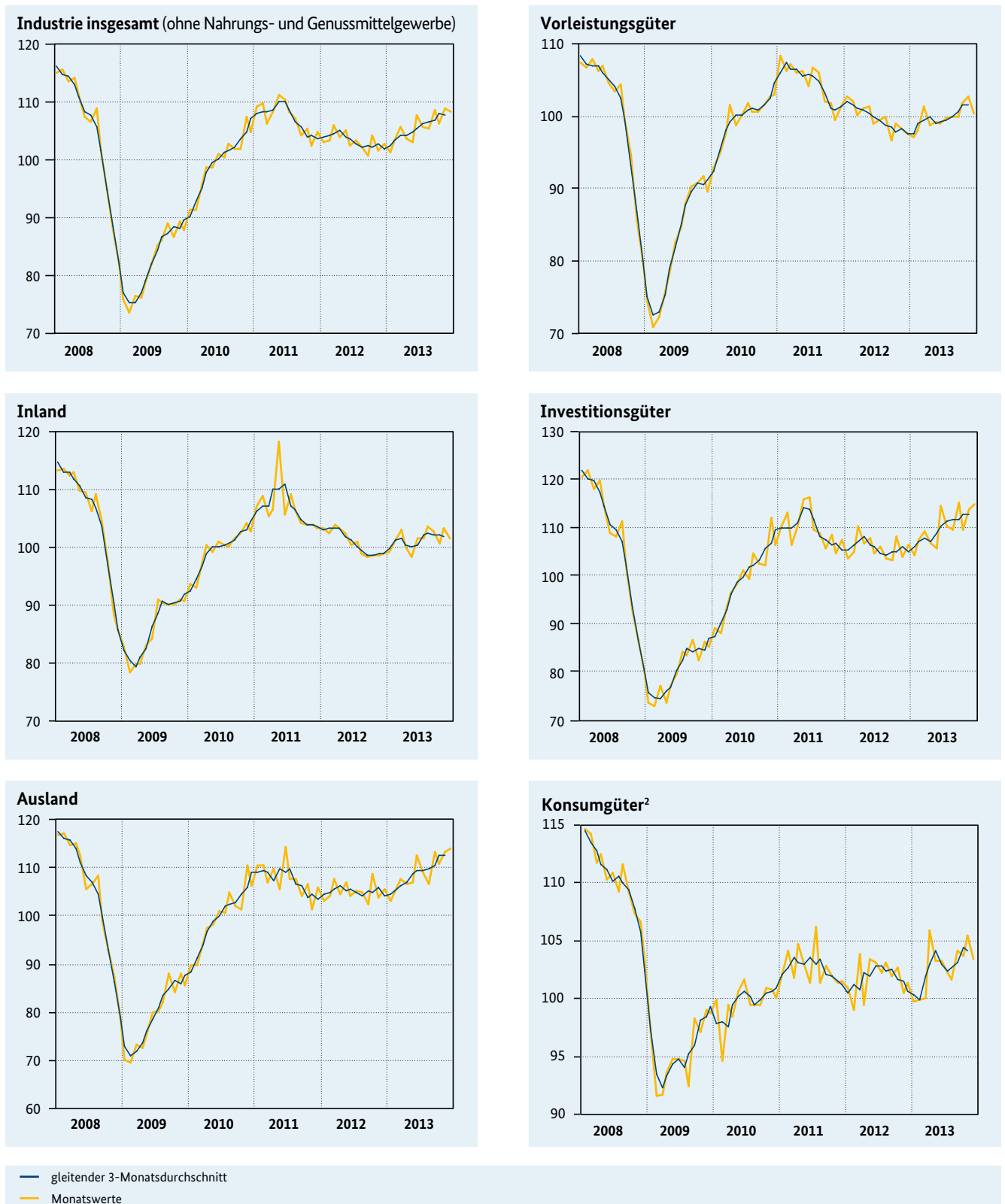
3 Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen;

4 Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt; 5 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

p Vorläufiges Ergebnis.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

¹ Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland

Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)						
Auftragseingang ²	2013					
	Juli	August	September	Oktober	November	Okt./Nov.
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 1,0	- 6,2	- 2,6	+ 3,9	+ 4,7	+ 4,9
Hochbau	- 2,5	- 10,0	+ 4,9	+ 1,3	+ 5,5	+ 6,6
Wohnungsbau	- 7,0	- 3,2	- 1,1	+ 0,3	- 3,2	- 1,8
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 0,3	- 13,9	+ 8,7	+ 1,8	+ 10,6	+ 11,7
Tiefbau	+ 5,3	- 1,8	- 10,4	+ 7,2	+ 3,6	+ 3,2
Straßenbau	+ 0,4	- 1,1	- 16,0	+ 23,4	- 7,4	+ 8,5
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 8,3	- 2,3	- 7,1	- 1,2	+ 10,8	+ 0,3
Baugenehmigungen³						
Hochbau insgesamt	+ 12,6	- 7,3	+ 9,9	- 8,9	- 4,2	- 6,6
Wohnungsbau	+ 11,2	- 8,6	+ 9,7	- 8,8	+ 1,9	- 3,7
Wirtschaftsbau	+ 4,7	- 3,5	+ 17,9	- 17,8	- 3,7	- 12,7
Öffentlicher Bau	+ 45,9	- 10,1	- 8,8	+ 19,2	- 31,0	- 3,9

Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %						
Auftragseingang ²	2013					
	Juli	August	September	Oktober	November	Okt./Nov.
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 15,0	- 5,1	+ 5,6	- 12,5	+ 12,3	- 2,4
Hochbau	+ 15,0	- 15,0	+ 5,3	- 3,8	+ 14,0	+ 3,9
Wohnungsbau	+ 13,8	+ 2,4	+ 9,9	+ 2,1	- 2,8	- 0,2
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 15,8	- 23,2	+ 2,7	- 6,9	+ 25,2	+ 6,3
Tiefbau	+ 15,0	+ 7,8	+ 5,7	- 21,1	+ 10,1	- 9,2
Straßenbau	+ 10,8	+ 5,2	+ 7,0	+ 3,9	- 4,1	+ 0,5
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 17,7	+ 9,6	+ 5,1	- 31,6	+ 18,0	- 13,8
Baugenehmigungen im Wohnungsbau⁴	+ 15,9	+ 2,9	+ 13,4	+ 5,4	+ 3,4	+ 4,5

Weitere Konjunkturindikatoren im Baugewerbe						
Kapazitäts- und Geräteauslastung	2013/2014					
	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Dez./Jan.
Baubehinderungen⁵	0,0	+ 3,0	+ 7,0	+ 13,0	+ 18,0	+ 15,5
Geräte- bzw. Kapazitätsausnutzung⁶	+ 79,4	+ 79,1	+ 78,8	+ 76,1	+ 65,9	+ 71,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten; preisbereinigt, Index 2010=100;

3 Veranschlagte Baukosten, saisonbereinigt;

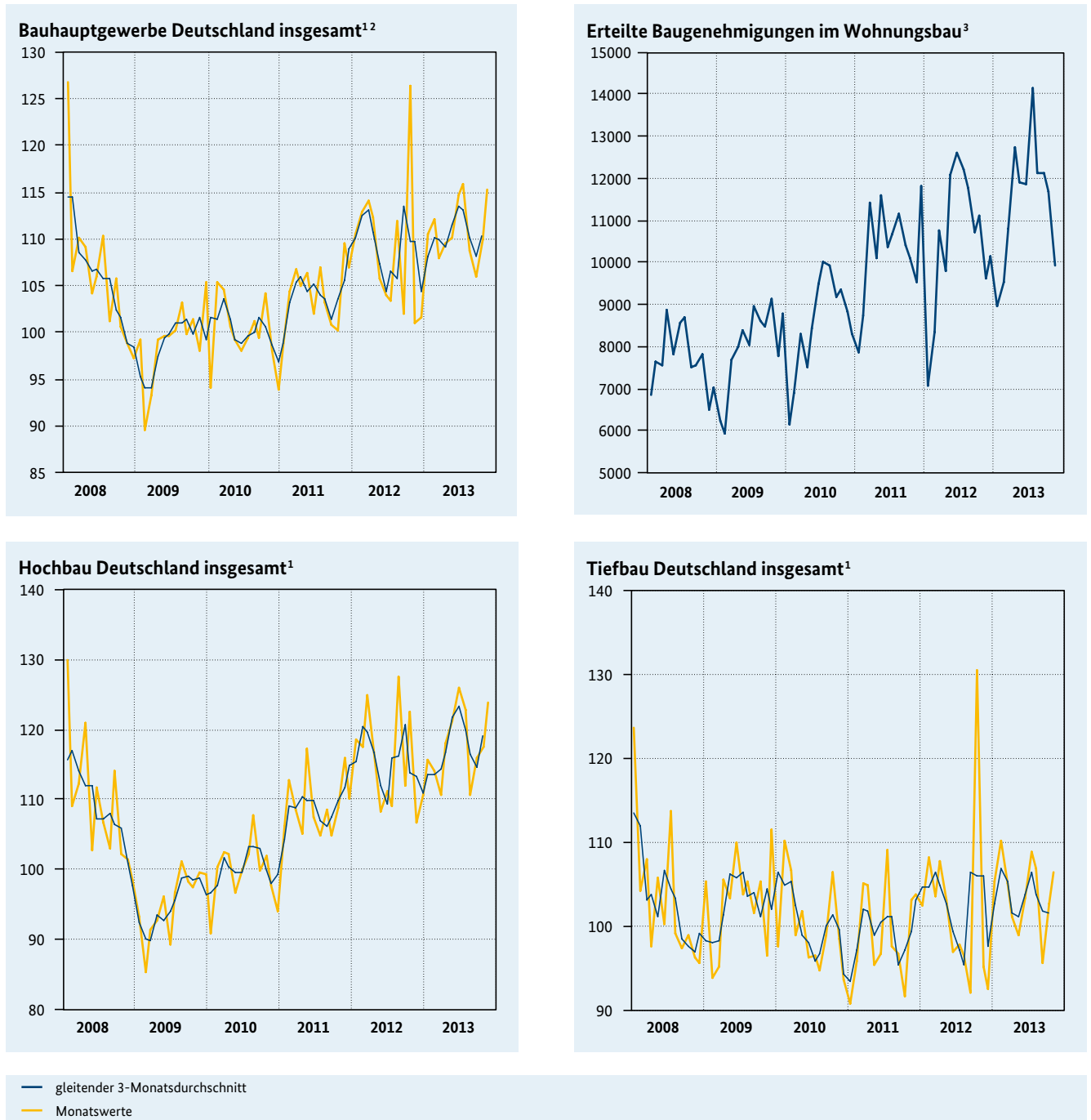
4 Kubikmeter umbauter Raum, Ursprungszahlen;

5 ifo Konjunkturtest, Behinderungen der Bautätigkeit durch ungünstige Witterungsbedingungen, Ursprungszahlen, Anteil der positiven Antworten in Prozent;

6 ifo Konjunkturtest, Ursprungszahlen, in Prozent.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo – Geschäftsklima

Bundesrepublik Deutschland

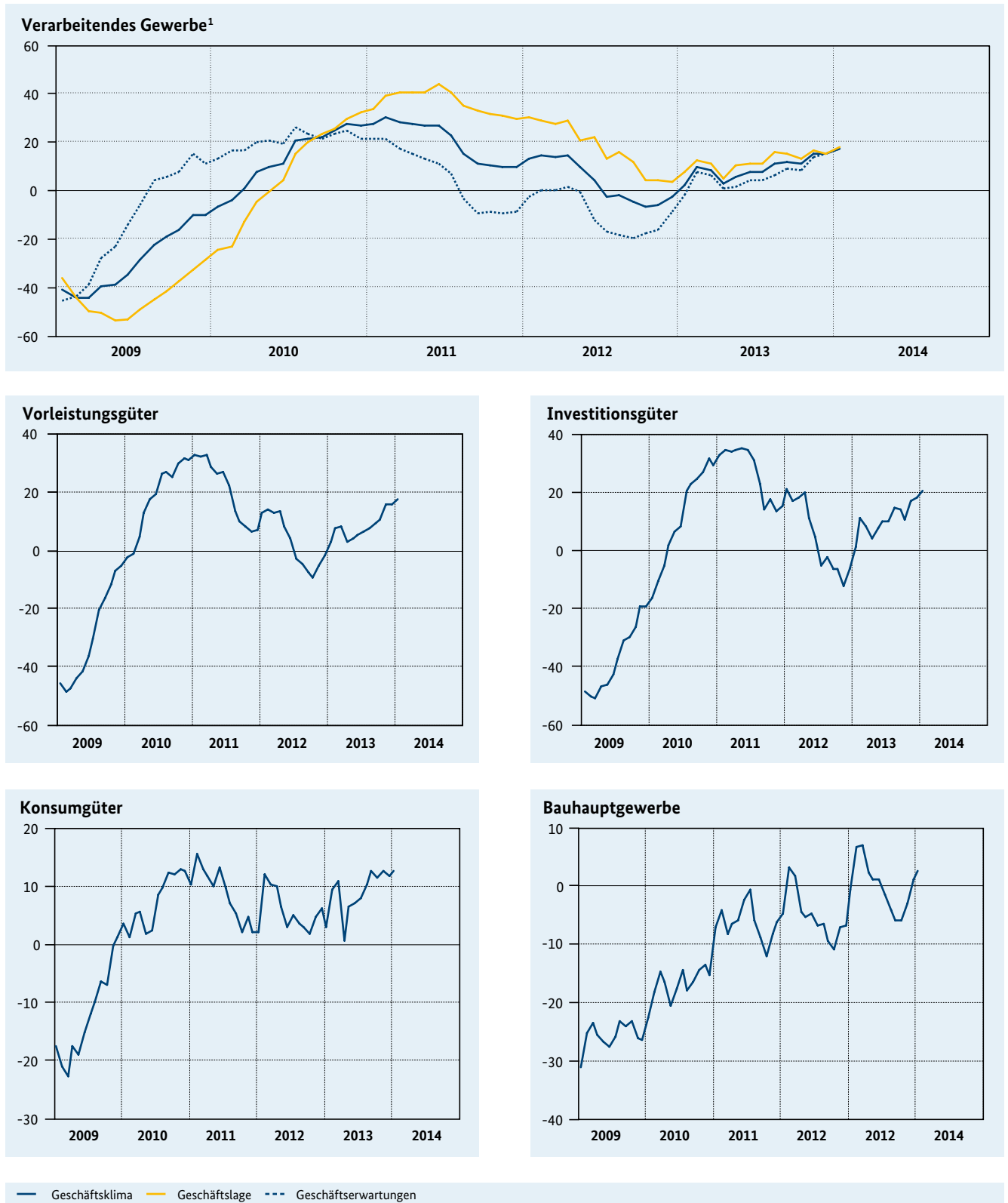
	Salden saisonbereinigt ¹					
	2013					2014
	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar
Gewerbliche Wirtschaft						
Geschäftsklima	+ 7,8	+ 8,2	+ 7,7	+ 11,3	+ 11,4	+ 13,7
Geschäftslage (Beurteilung)	+ 12,7	+ 11,4	+ 11,3	+ 13,1	+ 11,8	+ 13,3
Geschäftslage (Erwartungen)	+ 3,1	+ 5,1	+ 4,1	+ 9,5	+ 11,1	+ 14,0
Verarbeitendes Gewerbe						
Geschäftsklima	+ 11,2	+ 12,1	+ 11,2	+ 15,4	+ 15,5	+ 17,7
Geschäftslage (Beurteilung)	+ 16,3	+ 15,2	+ 13,7	+ 16,8	+ 15,5	+ 18,1
Geschäftslage (Erwartungen)	+ 6,3	+ 9,0	+ 8,8	+ 14,1	+ 15,5	+ 17,3
Vorleistungsgüter						
Geschäftsklima	+ 7,9	+ 9,5	+ 10,8	+ 16,0	+ 15,8	+ 17,9
Geschäftslage (Beurteilung)	+ 10,3	+ 9,7	+ 10,2	+ 14,9	+ 13,2	+ 16,9
Geschäftslage (Erwartungen)	+ 5,6	+ 9,4	+ 11,5	+ 17,0	+ 18,5	+ 18,9
Investitionsgüter						
Geschäftsklima	+ 14,6	+ 14,0	+ 10,7	+ 16,9	+ 18,2	+ 20,3
Geschäftslage (Beurteilung)	+ 19,8	+ 17,1	+ 17,4	+ 17,9	+ 19,9	+ 22,5
Geschäftslage (Erwartungen)	+ 9,6	+ 11,0	+ 4,3	+ 15,9	+ 16,5	+ 18,1
Konsumgüter						
Geschäftsklima	+ 10,3	+ 12,6	+ 11,4	+ 12,7	+ 11,8	+ 12,7
Geschäftslage (Beurteilung)	+ 21,2	+ 20,0	+ 15,7	+ 20,8	+ 12,8	+ 16,4
Geschäftslage (Erwartungen)	0,0	+ 5,4	+ 7,2	+ 4,9	+ 10,8	+ 9,1
Bauhauptgewerbe						
Geschäftsklima	- 4,1	- 6,0	- 6,0	- 2,9	+ 1,3	+ 2,5
Geschäftslage (Beurteilung)	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,7	- 2,2
Geschäftslage (Erwartungen)	- 8,7	- 13,2	- 12,9	- 6,0	+ 1,8	+ 7,3

Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Einzelhandelsumsatz, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

	Umsätze ¹ (Monatliche Messzahlen)							
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²				Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³			
	2013							
	Oktober	November	Dezember	Nov./Dez.	Oktober	November	Dezember	Nov./Dez.
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	- 0,6	+ 1,0	- 1,7	- 0,1	+ 0,3	+ 1,4	- 1,5	- 0,1
darunter:								
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 0,3	+ 0,7	- 2,6	- 0,5	+ 1,2	+ 2,6	- 1,5	+ 0,4
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	- 2,7	+ 3,6	- 3,8	+ 0,2	- 1,3	+ 6,0	- 1,9	+ 1,7
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	- 6,1	+ 0,5	- 4,2	- 4,7	+ 2,7	+ 1,6	- 3,1	- 1,1
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	- 1,1	+ 0,8	- 1,4	- 0,5	- 3,5	- 2,1	- 3,7	- 2,9
Apotheken und medizinischer Facheinzelhandel	0,0	- 0,8	- 0,3	- 0,9	+ 3,5	+ 2,0	+ 5,1	+ 3,6
Handel mit Kfz; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	+ 1,4	+ 0,5	-	-	+ 3,6	+ 3,8	-	-
Gastgewerbe	+ 1,6	+ 0,2	- 3,3	- 0,7	+ 1,4	0,0	- 3,4	- 1,7

	Weitere Indikatoren							
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %							
	2013/2014							
	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Dez./Jan.	Jan.-Jan.
Pkw-Neuzulassungen⁴	- 5,5	- 1,2	+ 2,3	- 2,0	+ 5,4	+ 7,2	+ 6,3	+ 7,2
Preise für Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe⁵	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,8	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,8

	Stimmungsindikatoren							
	2013				2014			
	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar
ifo – Konjunkturtest Einzelhandel⁶								
Geschäftsklima	+ 2,9	+ 3,1	+ 6,4	+ 3,6	+ 5,3	+ 4,7	+ 4,2	-
Geschäftslage	+ 6,8	+ 5,4	+ 7,2	+ 7,4	+ 6,6	+ 9,0	+ 6,2	-
Geschäftserwartungen	- 0,9	+ 0,9	+ 5,5	- 0,1	+ 4,0	+ 0,6	+ 2,2	-
GfK – Konsumklima⁷	+ 6,8	+ 7,0	+ 7,0	+ 7,1	+ 7,1	+ 7,4	+ 7,7	+ 8,2
darunter: Anschaffungsneigung	+ 40,4	+ 41,7	+ 43,0	+ 44,1	+ 44,9	+ 45,9	+ 47,1	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrzeugbundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Index 2010=100;

2 Preis-, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Gastgewerbe nach Berliner Verfahren (BV 4.1);

3 Einzelhandelsumsatz: preis- und kalenderbereinigt; Handel mit Kfz; Gastgewerbe: Preisbereinigt, Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt;

4 Ursprungszahlen;

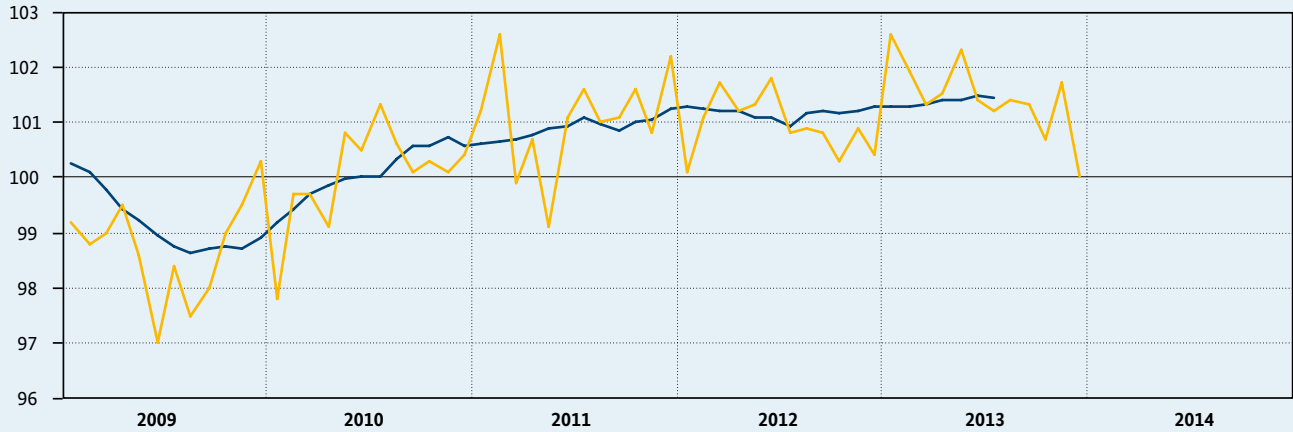
5 Indikator für die Entwicklung der Ausgaben der Privaten Haushalte für Wohnen (COICOP-VPI-Nr. 04);

6 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts;

7 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

3.2 Entwicklung des privaten Konsums

Einzelhandelsumsätze insgesamt (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)¹

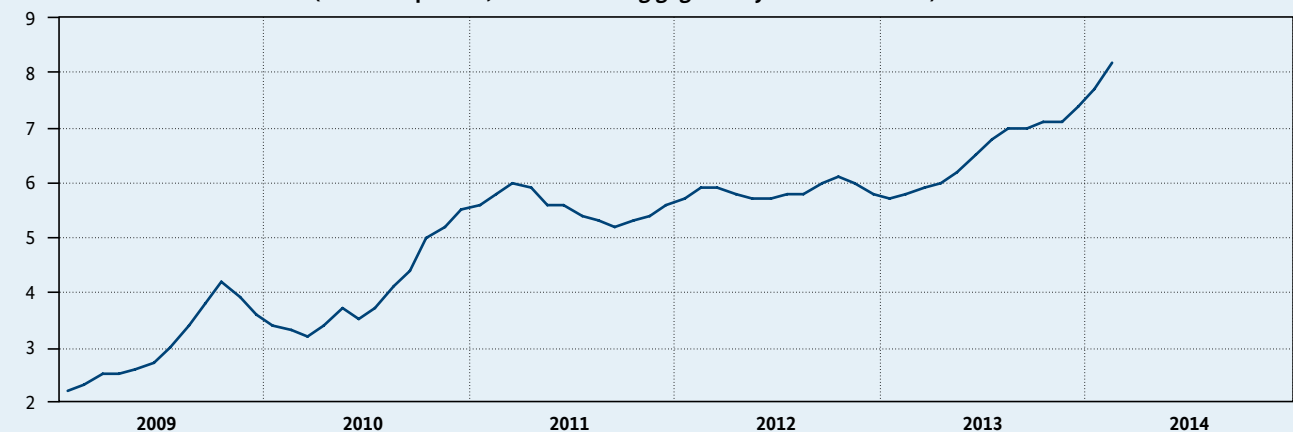


— gleitender 12-Monatswert — Monatswerte

Geschäftsklima Einzelhandel – Salden (ifo Institut)²



GfK – Indikator Konsumklima (Indikatorpunkte, reale Änderung gegen Vorjahresmonat in %)³



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Einfuhr, Ausfuhr, Leistungsbilanz

	Werte in Mrd. Euro					
	2012			2013		
	4. Vj.	November	Dezember	4. Vj.	November	Dezember
Einfuhr (Waren)	225,9	76,8	66,6	224,8	75,6	68,0
Ausfuhr (Waren)	270,7	93,7	78,6	276,0	94,7	82,2
Saldo der						
Handelsbilanz	+ 44,8	+ 16,9	+ 11,9	+ 51,2	+ 19,1	+ 14,2
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 7,2	- 2,7	- 2,0	- 8,1	- 2,8	- 3,5
Dienstleistungen	+ 2,0	+ 0,2	+ 3,4	+ 5,7	+ 2,4	+ 4,1
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	+ 20,1	+ 6,5	+ 6,6	+ 22,1	+ 7,3	+ 8,2
laufenden Übertragungen	- 5,9	- 3,1	+ 0,4	- 5,3	- 2,8	+ 0,5
Leistungsbilanz	+ 53,8	+ 17,8	+ 20,4	+ 65,6	+ 23,3	+ 23,5

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum ¹					
	2012			2013		
	4. Vj.	November	Dezember	4. Vj.	November	Dezember
	in Mrd. Euro					
Saldo der						
Handelsbilanz	+ 5,2	+ 0,8	- 0,6	+ 6,4	+ 2,2	+ 2,3
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 0,4	- 0,7	+ 0,7	- 0,9	- 0,2	- 1,5
Dienstleistungen	+ 0,1	- 0,1	+ 0,9	+ 3,7	+ 2,2	+ 0,7
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,3	+ 2,0	+ 0,8	+ 1,5
laufenden Übertragungen	- 0,1	+ 0,5	- 0,9	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1
Leistungsbilanz	+ 6,0	+ 0,9	+ 0,4	+ 11,8	+ 5,4	+ 3,1
	in %					
Einfuhr (Waren)	- 1,1	- 1,5	- 7,8	- 0,5	- 1,6	+ 2,0
Ausfuhr (Waren)	+ 1,0	- 0,5	- 7,3	+ 2,0	+ 1,1	+ 4,6

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ²)					
	2013					
	Werte			Volumen ³		
	November	Dezember	Nov./Dez.	-	-	-
Einfuhr (Waren)	- 2,3	- 0,6	- 1,2	-	-	-
Ausfuhr (Waren)	+ 0,7	- 0,9	+ 0,4	-	-	-

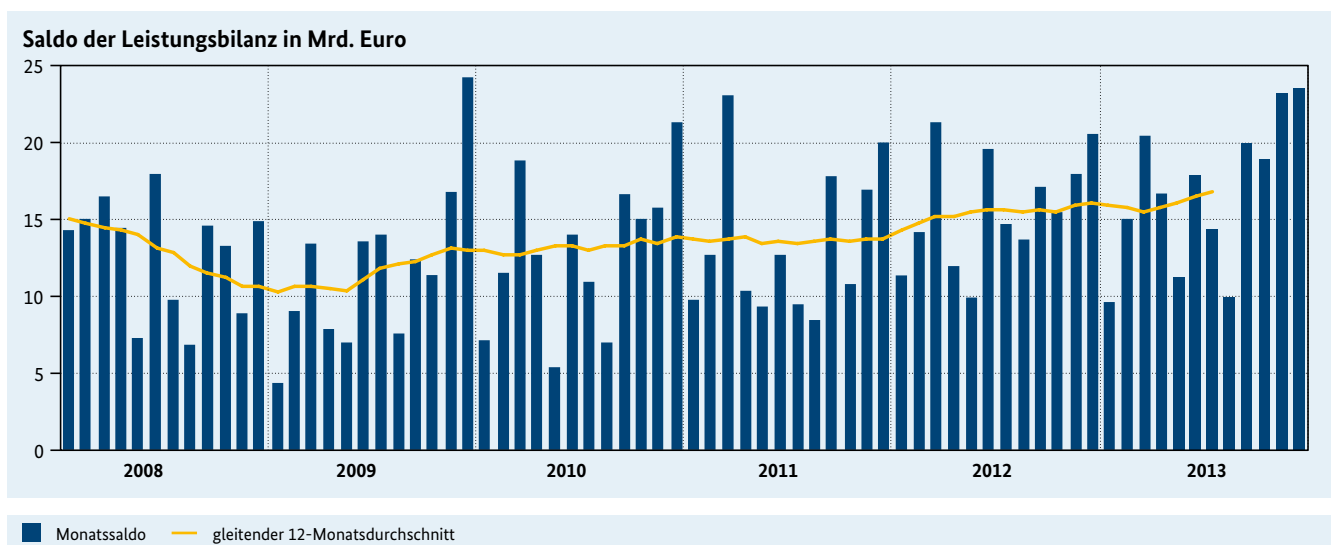
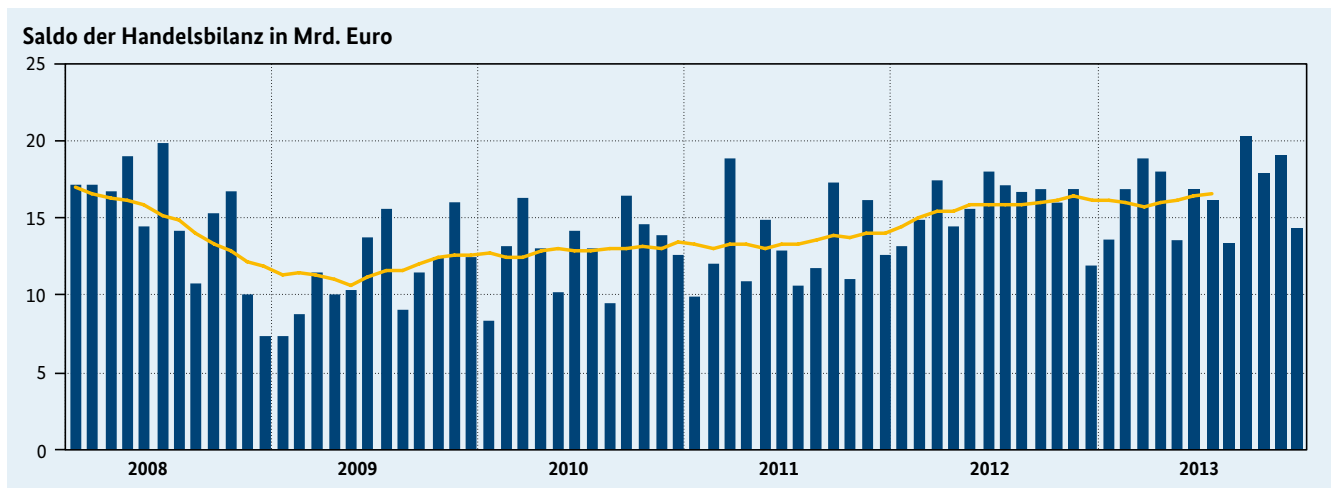
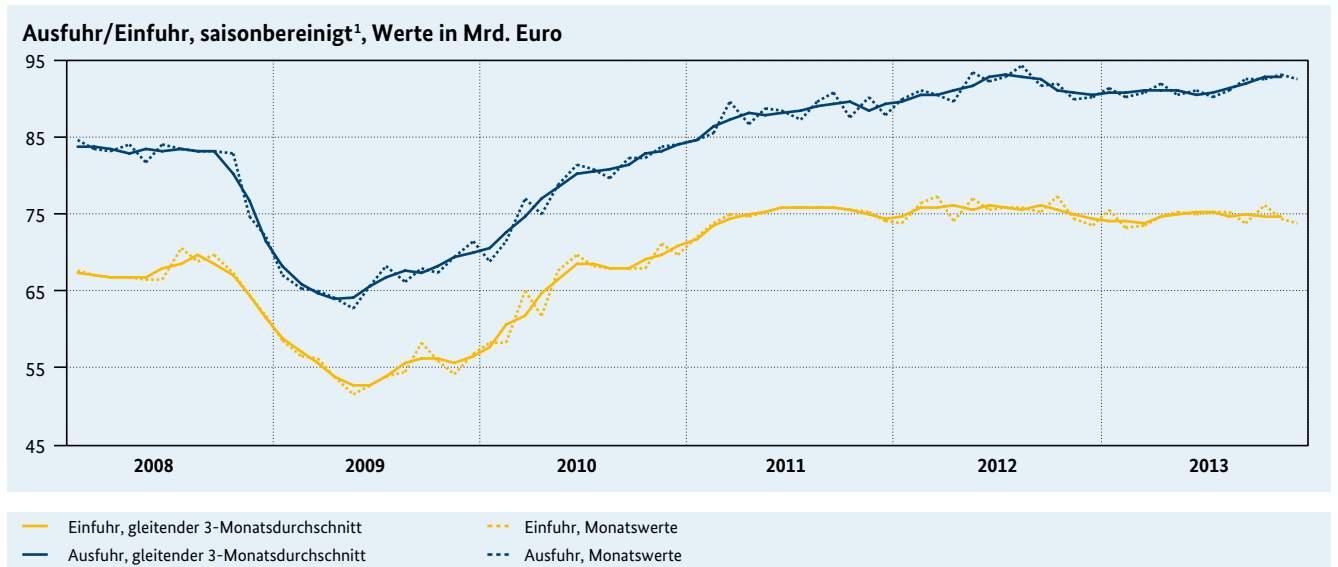
Quellen: Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank.

1 Ursprungszahlen;

2 Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Preisbasis 2005. Aufgrund der Umstellung auf ein neues Basisjahr liegen die preisbereinigten Daten vorübergehend nicht vor.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, Kurzarbeiter, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

	Ursprungszahlen ⁶					
	2012		2013	2013		2014
	November	Dezember	Januar	November	Dezember	Januar
Erwerbstätige ¹	42 034	41 804	41 383	42 276	42 059	-
Erwerbslose ²	2 222	2 242	2 499	2 128	2 096	-
Erwerbslosenquote in % ^{2,3}	5,2	5,3	5,9	5,0	4,9	-
Arbeitslose ⁴	2 751	2 840	3 138	2 806	2 873	3 136
Westdeutschland ⁴	1 926	1 974	2 172	1 996	2 033	2 207
Ostdeutschland ⁴	826	866	967	810	839	928
Arbeitslosenquote in % ⁴	6,5	6,7	7,4	6,5	6,7	7,3
Westdeutschland in % ⁴	5,6	5,8	6,4	5,8	5,9	6,4
Ostdeutschland in % ⁴	9,8	10,3	11,5	9,6	9,9	11,0
Zugänge an Arbeitslosen	620	657	798	611	623	802
Abgänge an Arbeitslosen	622	568	499	606	557	539
Kurzarbeiter	98	156	234	-	-	-
Gemeldete Arbeitsstellen	451	421	405	431	414	401

	Veränderungen gegen Vorzeitraum			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum		
	2013		2014	2013		2014
	November	Dezember	Januar	November	Dezember	Januar
Erwerbstätige ¹	- 1	- 217	-	+ 242	+ 255	-
Erwerbslose ²	- 29	- 32	-	- 94	- 146	-
Arbeitslose ⁴	+ 5	+ 67	+ 263	+ 55	+ 33	- 2

	Saisonbereinigte Zahlen ^{5,6}					
	2013					2014
	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar
Erwerbstätige ¹	41 865	41 882	41 917	41 942	41 966	-
Erwerbslose ²	2 244	2 228	2 208	2 183	2 156	-
Erwerbslosenquote in % ^{2,3}	5,3	5,2	5,2	5,1	5,1	-
Arbeitslose ⁴	2 947	2 969	2 968	2 974	2 955	2 927
Westdeutschland ⁴	2 084	2 102	2 100	2 106	2 098	2 082
Ostdeutschland ⁴	863	867	868	868	857	845
Arbeitslosenquote in % ⁴	6,8	6,9	6,9	6,9	6,8	6,8
Westdeutschland in % ⁴	6,0	6,1	6,1	6,1	6,0	6,0
Ostdeutschland in % ⁴	10,2	10,2	10,3	10,3	10,1	10,0
Gemeldete Arbeitsstellen	427	430	431	435	442	443

	Veränderungen gegen Vorzeitraum					
	November	Dezember	Januar	November	Dezember	Januar
Erwerbstätige ¹	+ 8	+ 17	+ 35	+ 25	+ 24	-
Arbeitslose ⁴	+ 6	+ 22	- 1	+ 6	- 19	- 28

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Berechnung nach dem Inlandskonzept im Rahmen der Erwerbstätigenrechnung des StBA;

2 Abgrenzung nach IAO. Die Angaben werden seit September 2007 im Rahmen der Arbeitskräftestichprobe des Mikrozensus erhoben;

3 Mit dem Berichtsmonat März 2011 werden die Erwerbslosenquoten ausschließlich auf Basis von Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung ermittelt;

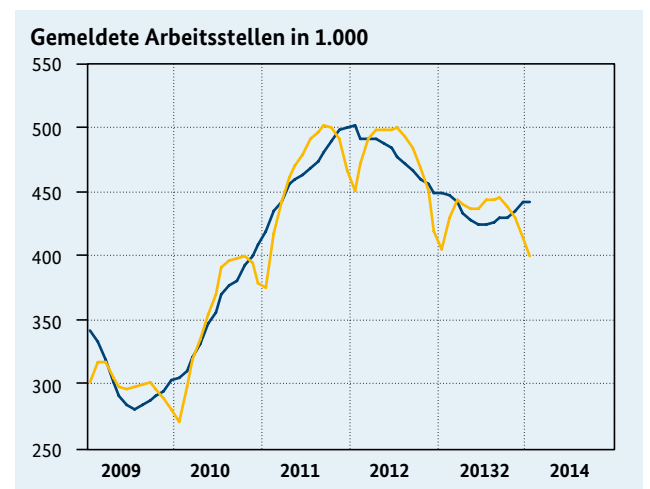
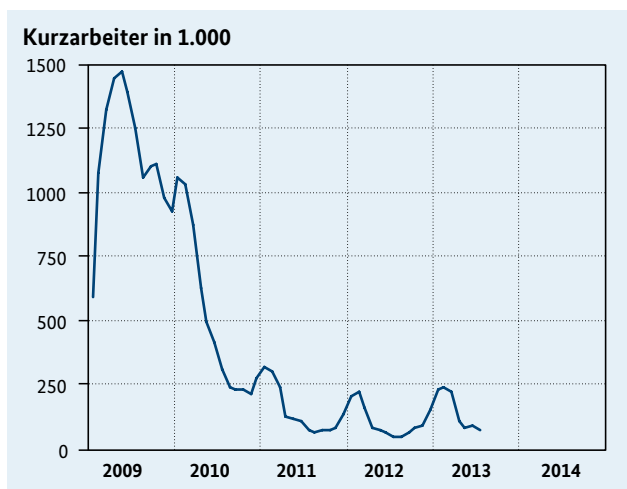
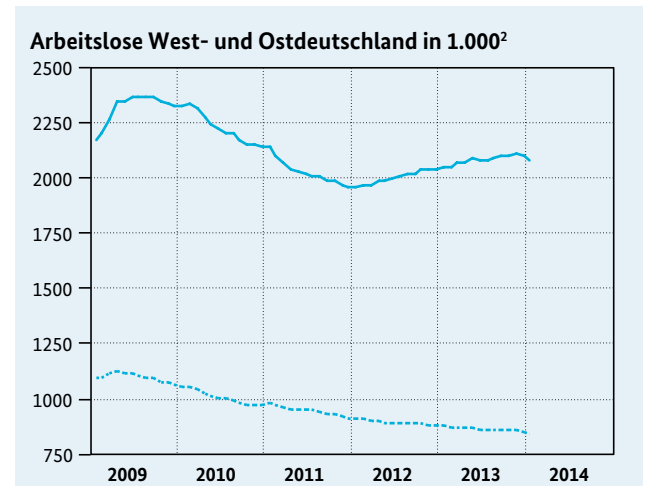
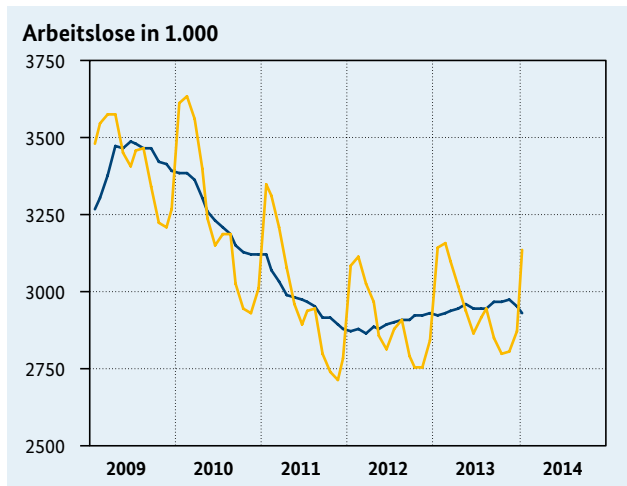
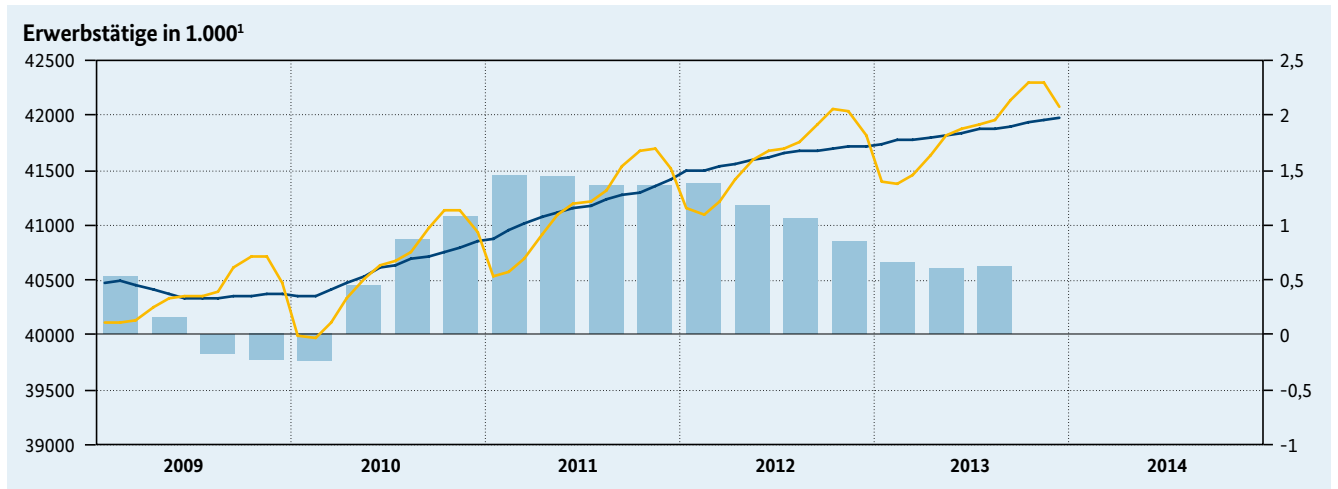
4 Nationale Abgrenzung, Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;

5 Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 In 1.000 Personen, Quoten in %.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 ⋯ Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

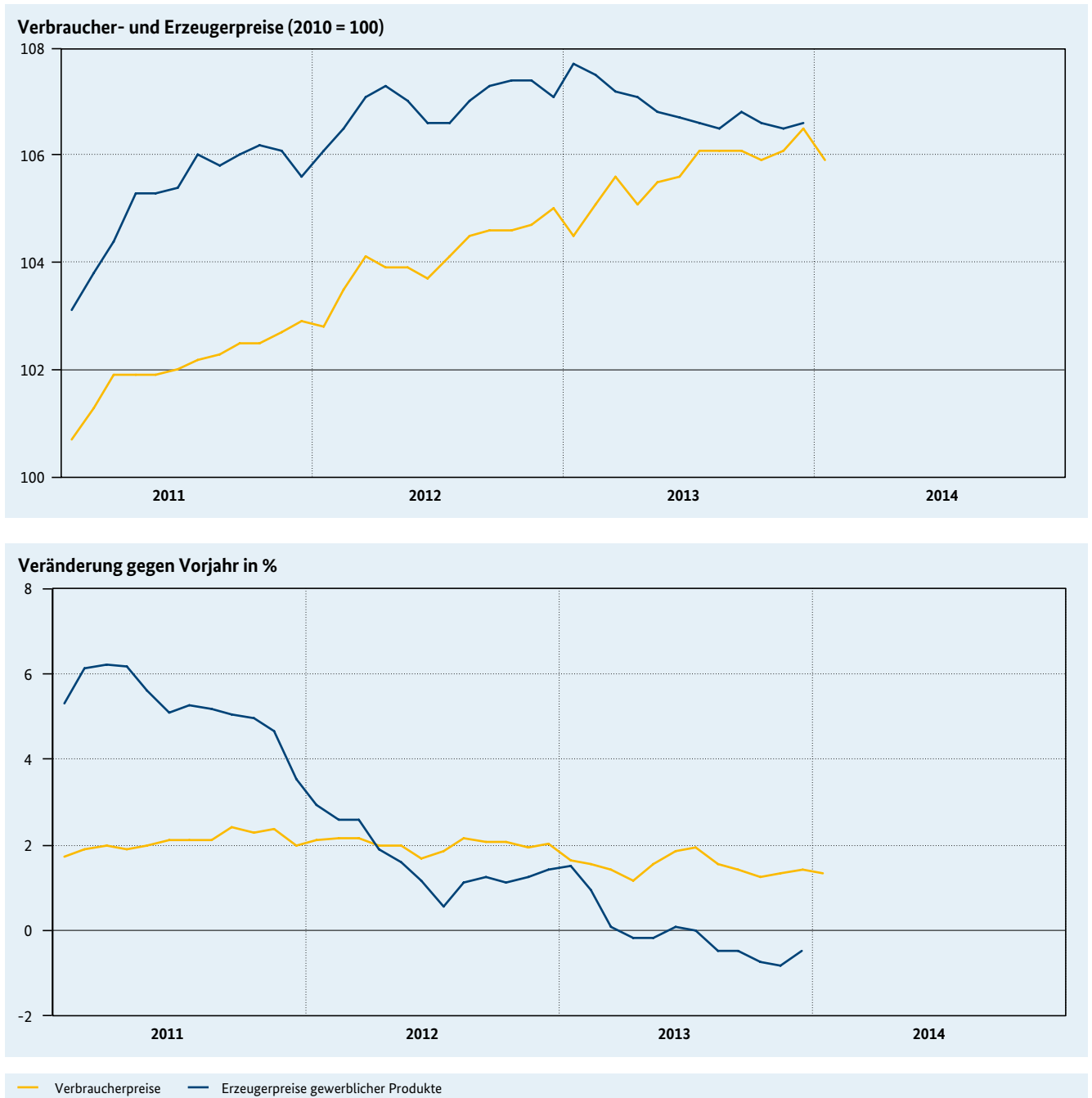
Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2013		2014	2013		2014
	November	Dezember	Januar	November	Dezember	Januar
Verbraucherpreise¹						
Insgesamt (Ursprungszahlen)	+ 0,2	+ 0,4	- 0,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3
Waren	- 0,2	+ 0,1	- 0,4	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,8
Verbrauchsgüter	- 0,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,1
darunter: Nahrungsmittel	+ 0,3	+ 1,5	+ 0,7	+ 3,2	+ 3,8	+ 3,6
darunter: Haushaltsenergie ²	- 0,5	+ 0,1	0,0	+ 2,3	+ 3,4	- 0,3
Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer	0,0	- 1,4	- 2,2	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,3
Langlebige Gebrauchsgüter	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,3
Dienstleistungen	+ 0,5	+ 0,8	- 0,8	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,9
darunter: Wohnmiete	+ 0,2	0,0	+ 0,3	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4
Insgesamt ohne Energie	+ 0,3	+ 0,5	- 0,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,8
Insgesamt (saisonbereinigt³)	+ 0,1	0,0	+ 0,2	-	-	-
Insgesamt ohne Energie (saisonbereinigt⁴)	+ 0,3	- 0,1	+ 0,4	-	-	-
	November	Dezember	Januar	November	Dezember	Januar
HVPI ⁴	+ 0,2	- 0,2	0,0	+ 1,6	+ 0,5	+ 1,2
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵						
Insgesamt	- 0,1	+ 0,1	-	- 0,8	- 0,5	-
Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,2	0,0	-	- 2,0	- 1,8	-
Investitionsgüterproduzenten	0,0	0,0	-	+ 0,7	+ 0,7	-
Konsumgüterproduzenten	0,0	0,0	-	+ 1,5	+ 1,4	-
Gebrauchsgüterproduzenten	0,0	0,0	-	+ 1,1	+ 1,1	-
Verbrauchsgüterproduzenten	0,0	+ 0,1	-	+ 1,5	+ 1,5	-
Energie	- 0,1	+ 0,2	-	- 2,1	- 1,1	-
	2013			2013		
	Mai ⁷	August ⁷	November ⁷	Mai ⁷	August ⁷	November ⁷
Baupreise⁶						
Wohngebäude	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0
Straßenbau	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,2	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose);
- 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe;
- 3 Saisonbereinigungsverfahren Cesus x-12-ARIMA;
- 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Ursprungszahlen, Basis 2005 = 100;
- 5 Ursprungszahlen, Preisindex 2010 = 100;
- 6 Ursprungszahlen, Preisindex 2010 = 100.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2013		2014	2013		2014
	November	Dezember	Januar	November	Dezember	Januar
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹						
Insgesamt	- 2,1	+ 2,4	- 2,7	+ 0,3	+ 1,9	- 4,1
Nahrungs- und Genussmittel	- 1,3	+ 1,4	- 1,9	- 17,9	- 15,4	- 15,4
Industrie-Rohstoffe	- 0,4	+ 1,5	- 0,9	+ 0,9	- 2,1	- 6,0
Energie-Rohstoffe (Kohle und Rohöl)	- 2,5	+ 2,7	- 3,0	+ 1,4	+ 3,6	- 3,1
Außenhandelspreise²						
Einfuhrpreise insgesamt	+ 0,1	0,0	-	- 2,9	- 2,3	-
Güter der Ernährungswirtschaft	0,0	+ 1,5	-	- 1,3	- 0,2	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	0,0	- 0,1	-	- 3,1	- 2,5	-
Rohstoffe und Halbwaren	0,0	+ 0,2	-	- 7,3	- 6,0	-
Fertigwaren	0,0	- 0,2	-	- 1,5	- 1,3	-
Ausfuhrpreise insgesamt	0,0	- 0,1	-	- 1,1	- 1,0	-
Terms of Trade	- 0,1	- 0,1	-	+ 1,8	+ 1,4	-
Wechselkurs des Euro						
nominaler effektiver Wechselkurs des Euro ³	- 0,2	+ 1,2	- 0,4	+ 5,6	+ 5,2	+ 3,0
realer effektiver Wechselkurs des Euro ³	- 0,2	+ 1,5	- 0,5	+ 4,8	+ 4,9	+ 2,6
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ⁴	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	+ 3,3	+ 2,7	+ 1,6
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ⁵	+ 0,3	+ 0,6	0,0	+ 3,9	+ 3,6	+ 2,8
Ursprungszahlen, Monatsdurchschnitte						
	2013					2014
	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar
Wechselkurs 1 Euro / US-Dollar	1,3310	1,3348	1,3635	1,3493	1,3704	1,3610
Wechselkurs 1 Euro / Yen	130,34	132,41	133,32	134,97	141,68	141,47
Wechselkurs 1 Euro / Pfund Sterling	0,8590	0,8417	0,8472	0,8378	0,8364	0,8267

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

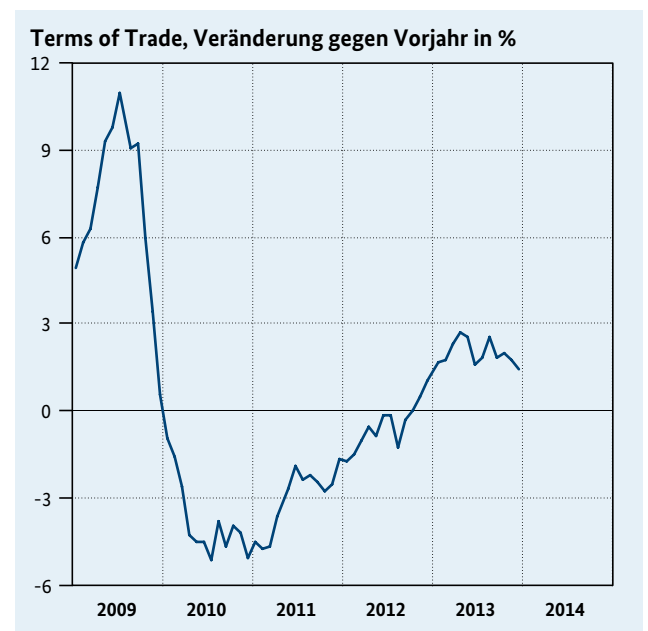
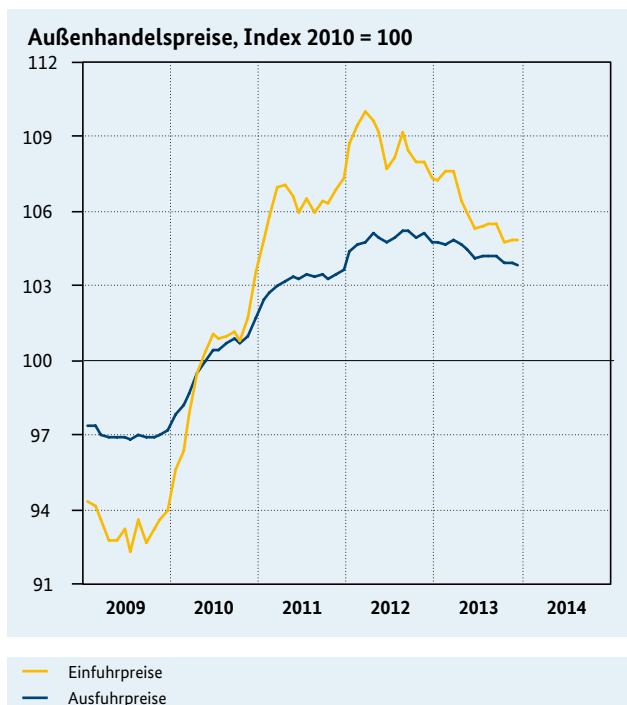
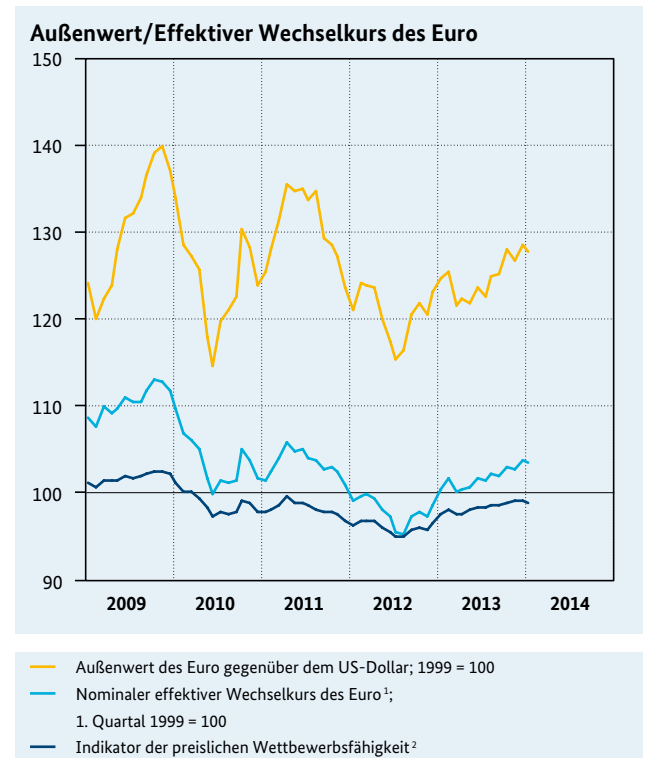
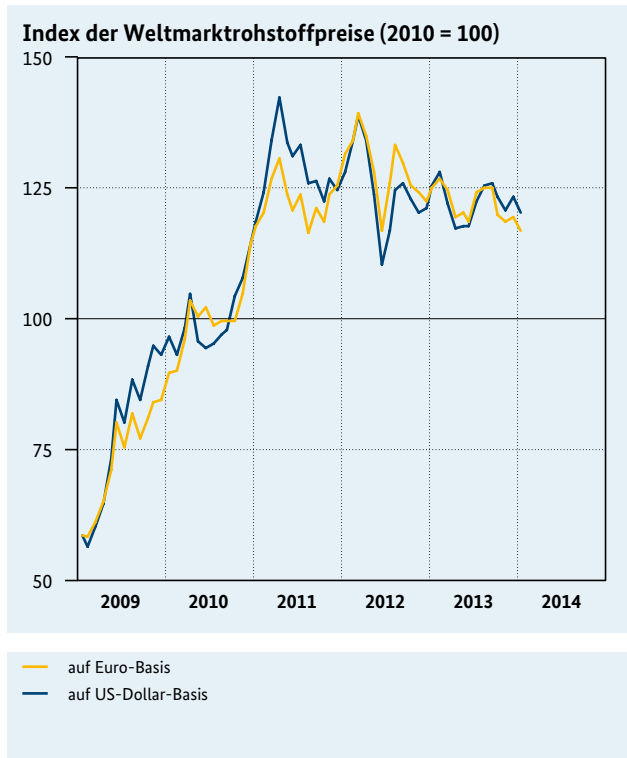
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010 = 100;

2 Index 2010 = 100;

3 Berechnung der EZB; EWK-20-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den zehn nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-20-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (24 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

	Ursprungszahlen in % p.a., Monatsdurchschnitte					
	2013					2014
	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar
3-Monats EURIBOR	0,23	0,22	0,23	0,22	0,27	0,29
6-Monats EURIBOR	0,34	0,34	0,34	0,33	0,37	0,40
12-Monats EURIBOR	0,54	0,54	0,54	0,51	0,54	0,56
Umlaufrendite 3-5-jähriger Bundesanleihen	0,57	0,62	0,51	0,40	0,53	0,57
Umlaufrendite 5-8-jähriger Bundesanleihen	1,13	1,23	1,08	0,97	1,12	1,18
Umlaufrendite 9-10-jähriger Bundesanleihen	1,73	1,89	1,76	1,68	1,80	1,76

	Veränderungen zum Vorjahr in %					
Wachstum der Geldmenge M1 ¹	+ 6,8	+ 6,7	+ 6,5	+ 6,5	+ 5,8	-
Wachstum der Geldmenge M2 ¹	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,5	-
Wachstum der Geldmenge M3 ¹	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,0	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt ¹	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,3	-	-

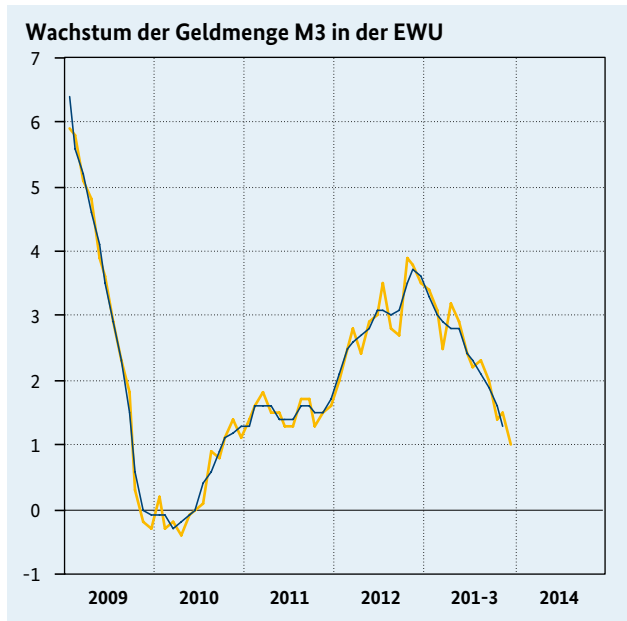
Kredite an den privaten Sektor im Euroraum ¹	- 0,9	- 1,0	- 1,3	- 1,3	- 2,0	-
Kredite an den privaten Sektor in Deutschland ¹	- 0,1	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,6	-
darunter: Buchkredite im Euroraum	- 1,7	- 1,8	- 2,0	- 2,0	- 1,8	-
Buchkredite in Deutschland	- 0,3	- 0,1	- 0,5	- 0,1	+ 0,6	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland ²	- 1,3	- 1,6	- 1,3	- 1,3	- 0,7	-
darunter: Laufzeit bis 1 Jahr	- 4,9	- 6,1	- 5,4	- 6,3	- 4,2	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	- 0,5	- 1,6	- 1,4	- 1,7	- 2,4	-
Laufzeit über 5 Jahre	- 0,6	- 0,4	- 0,2	0,0	+ 0,4	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ²	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	-
darunter: Wohnungsbaukredite	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,0	-

	Ursprungszahlen, Monatsdurchschnitte					
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ³	8332,46	8497,84	8800,49	9170,55	9284,04	9518,32
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁴	2803,85	2864,56	2988,88	3055,98	3015,90	3093,12
Standard & Poor's 500 ⁴	1670,09	1684,59	1720,03	1784,67	1808,94	1824,20
Nikkei 225 ⁴	13726,66	14391,30	14332,31	14896,97	15693,92	15685,79

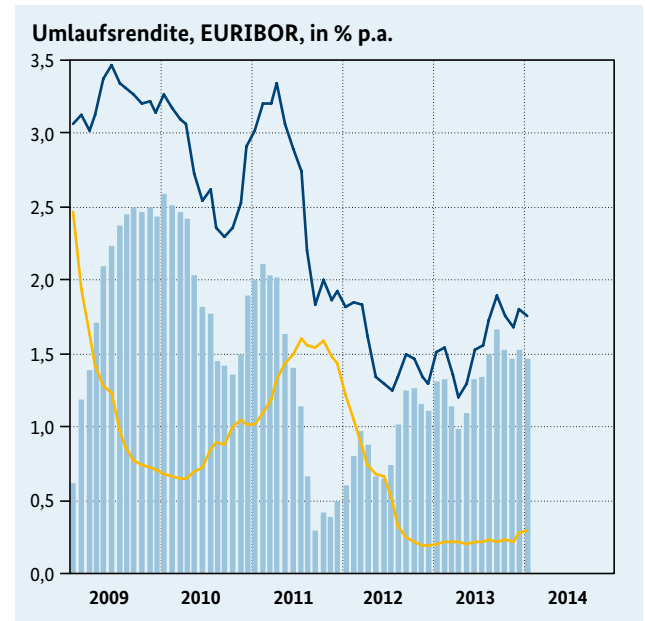
Quellen: Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company.

- 1 Geldmengenaggregate in der Eurozone, saisonbereinigt (Census X-12-ARIMA);
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 4 Kurs- bzw. Preisindex.

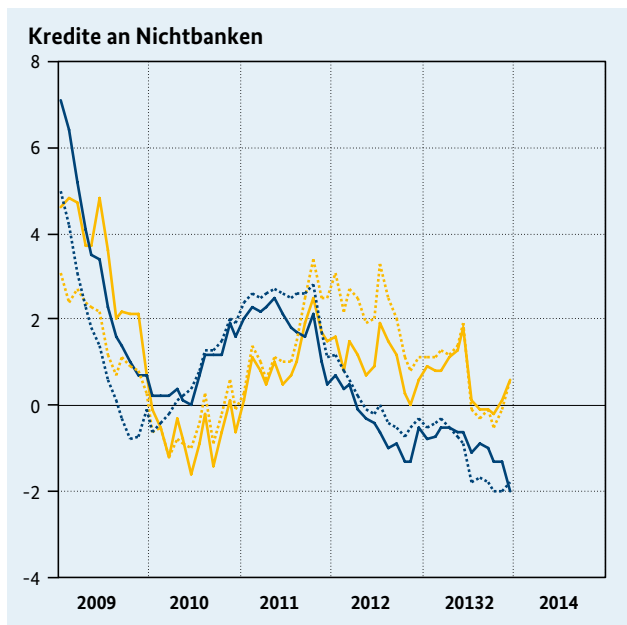
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



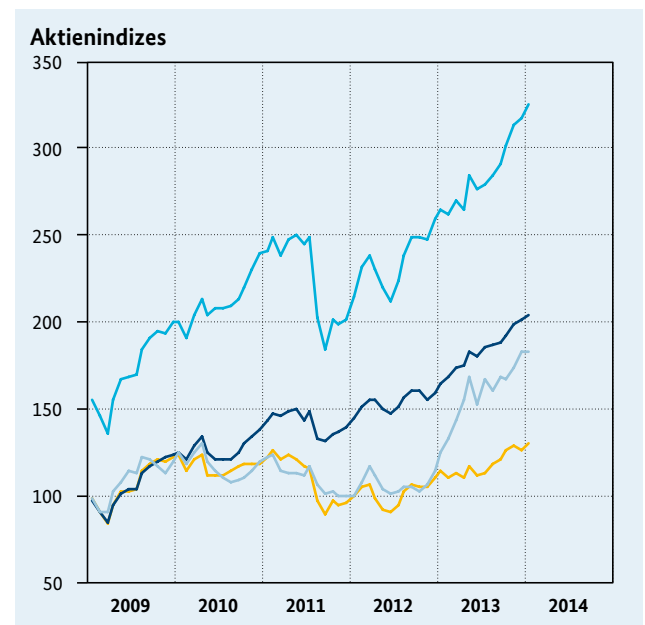
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Dr. Markus Utsch
(Der Jahreswirtschaftsbericht 2014)

Elena Brosch-Pahlke, Karin Lenski
(Ohne Energieeffizienz keine Energiewende)

Arne Küper
(Die EU-Ökodesign-Richtlinie: weniger ist oft mehr)

Marianne Bielecka, Katharina Hierl
(Demografiestrategie und Fachkräftesicherung für die deutsche Wirtschaft)

Sören Enkelmann, Jenny Hildebrandt,
Joachim Kaiser, Mathias Kesting, Miriam Mey
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne
an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
März 2013	Reform des EU-Vergaberechts – weniger wäre mehr Speicher für die Energiewende Pflégewirtschaft im demografischen Wandel
April 2013	Zum aktuellen Stand der Geldpolitik Nordafrika – eine Region im Umbruch Dimensionen und Auswirkungen eines Transatlantischen Freihandelsabkommens Effizientere und wirksamere Beihilfen in Europa – ein Reformversuch aus Brüssel Die wirtschaftliche Stärke des kooperierenden Einzelhandels
Mai 2013	Die Frühjahrsprojektion 2013 der Bundesregierung Das Nationale Reformprogramm 2013 Die Lage der Freien Berufe Technologietransfer aus der Ressortforschung
Juni 2013	Die europäische Bankenaufsicht – ein Fundament der Bankenunion Gesundheit als volkswirtschaftlicher Produktionsfaktor
Juli 2013	Wirtschaftspolitisch relevante Bewegungen in der deutschen Leistungsbilanz im Jahr 2012 Fakten und Hintergründe zur deutschen Auslandsvermögensposition Die Renaissance des Produzierenden Gewerbes in den USA – Schein oder Sein? Förderberatung „Forschung und Innovation“ des Bundes – ein Wegweiser Die ökonomische Bedeutung des Sports in Deutschland – Ergebnisse des Sportsatellitenkontos
August 2013	Die Wirkung wirtschaftspolitischer Unsicherheit auf das Investitionsverhalten in Deutschland Innovationen für die Energiewende Bundestag beschließt Stärkung der Aktionärsrechte bei der Festlegung der Vorstandsvergütung Der „Investitionszuschuss Wagniskapital“ Strategie Intelligente Netze
September 2013	Der Stabilitätsrat aus gesamtwirtschaftlicher Sicht Die Energiewende gelingt nur mit den energieintensiven Industrien Neue Chancen für kluge Köpfe Elektromobilität – Längst keine Utopie mehr Mit Recht in der Cloud
Oktober 2013	Exportinitiative Erneuerbare Energien – Auf in neue Märkte! Weniger Formulare, bessere Gesetze Kommission legt Grünbuch zum Kunststoffrecycling vor
November 2013	Die Herbstprojektion 2013 der Bundesregierung Smart Metering in Deutschland Internationale FuE-Kooperationen im Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand Im Geschäftsverkehr das richtige Maß Erdbeobachtung in Zeiten der Globalisierung
Dezember 2013	Investitionsschwäche in Deutschland? Wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa – ein Fundament für den Euro Ökonomischer Zugewinn durch Zuwanderung Nebenerwerbsgründer haben große Chancen

Ausgabe	Fachartikel
Januar 2014	Das Wunder von Bali: die multilaterale Handelspolitik ist zurück EU-Finzen im Zeichen der Zeit Versteckte Talente entdecken
Februar 2014	Wettbewerbsaufsicht in Deutschland: das Bundeskartellamt Mehr Licht! COSME: Große Hilfe für kleine Unternehmen Sukuk Murabaha und Sukuk Musharaka Innovationsförderung in der EU – auf zu neuen Horizonten Ökonomische Bedeutung des Wintersports in Deutschland



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>
